

# zivilschutz magazin



Das „Sicherheits-Lexikon“ vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

## „Ein praktisches Nachschlagewerk zur häuslichen Sicherheit“

Daß Leuchtstofflampen, Leitungsroller und Liegestühle Gefahren in sich bergen, ist vielen möglicherweise unbekannt. Informationen zum Thema „Unfallgefahren“ gibt es nun für alle Interessenten: In der 16. Auflage ist jüngst das „Sicherheits-Lexikon für alle Haushalte“ erschienen, herausgegeben vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Hermann Heinemann.

Nicht zuletzt die 1 835 Menschen, die 1985 im häuslichen Bereich tödlich verunglückten, bilden eine alarmierende Zahl, die in drastischer Weise aufzeigt, wie wichtig eine Information zur Sicherheit ist. Die breite Informationspalette reicht im „Sicherheits-Lexikon für alle Haushalte“ in alphabetischer Reihenfolge von „Abfallbeseitigung“ bis hin zu „Zündsicherungen“.

Erstmals 1968 wurde das „Sicherheits-Lexikon“ den Bürgern in Nordrhein-Westfalen angeboten. Inzwischen hat es eine Auflage von 2,55 Millionen erreicht. „Die Nachfrage nach diesem praktischen Nachschlagewerk zur häuslichen Sicherheit ist so groß, daß wir uns zu einem Nachdruck der Broschüre entschlossen haben.“ — so der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Hermann Heinemann, im Vorwort zum „Sicherheits-Lexikon“.

Weiter heißt es darin: „Den vielfältigen Unfallgefahren im Haushalt kann nur dadurch wirksam begegnet werden, wenn jeder rechtzeitig eine drohende Unfallgefahr erkennt und wenn man durch geeignete Maßnahmen den Gefahrenzustand sofort beseitigt. Wichtig ist auch, daß man sich nur sicherer hauswirtschaftlicher Einrichtungen und Geräte bedient. Niemand darf Gefahren einfach in Kauf nehmen . . .“. Bonbons können für Kleinkinder gefährlich werden, durch Elektroherde besteht bei unsachgemäßer Benutzung Brandgefahr, Gasflaschen, auch leere, dürfen nicht in Fluren, Schlafräumen oder Treppenhäusern aufgestellt werden, beim Kauf von Kin-

dersportwagen ist auf das Sicherheitszeichen zu achten . . . Unter den einzelnen Stichworten, die alphabetisch geordnet sind, findet der Leser wertvolle und wichtige Tips auf insgesamt 167 Seiten.

„In diesem Lexikon“, so heißt es weiter im Vorwort, „soll versucht werden, Ihnen die Erfahrungen von Sicherheitsfachleuten über Unfallgefahren und Schutz vor Unfällen zu vermitteln. Sie werden manches bewußter wahrnehmen, manches an Unsicherheit nicht mehr hinnehmen und vieles kritischer sehen als bisher“.

Das praktische Handbuch, das in keinem Haushalt fehlen sollte, weist auf der letzten Seite noch eine Liste für wichtige Daten auf, die von den jeweiligen Benutzern des „Sicherheits-Lexikons“ individuell einzutragen

sind: Es handelt sich dabei um eine Notruftafel, die nach dem Vorschlag des Herausgebers angefertigt werden sollte. In der Notruftafel sind die Rufnummern der Polizei/Überfall (110) und der Feuerwehr/Rettungswagen (112) bereits aufgeführt.

Selbst einzutragen hat der jeweilige Besitzer der Notruftafel die Telefonnummern, Namen und Adressen der Ersten Hilfe/Krankenwagen, des Hausarztes und seines Vertreters, des Kinderarztes und des Krankenhauses (Ambulanz). So sind die Telefonnummern übersichtlich geordnet und im Ernstfall schnell zu finden.

Das Sicherheits-Lexikon ist kostenlos erhältlich beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. boe



# zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

April  
4/87

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft — nach Entfernen des Umschlags — zur Altpapiersammlung.



## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5000 Köln 41 Ruf (02 21) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August und im November/Dezember als Doppelnummer

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Dorothee Boeken  
Günter Sers

## Layout:

Paul Claes

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei  
Postfach 1204 06, 5300 Bonn 1  
Ruf (02 28) 5 46-0, Telex 17-2 283 687  
Teletex 228 36 87, Telefax 546-150

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5000 Köln 41  
Postfach 45 02 47, Ruf (02 21) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60, Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

„Ein praktisches Nachschlagewerk zur häuslichen Sicherheit“	U 2
Umschau	2
<b>Aktuelle Fragen der Katastrophenschutz- und der Zivilschutzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland</b>	6
Ministerialrat Dr. Andrews stellt die Zusammenhänge dar	
<b>Beachtlicher Beitrag des Bundes zur Verbesserung der Daseinsvorsorge</b>	12
Parlamentarischer Staatssekretär Spranger zum Zivil- und Katastrophenschutz	
<b>„Kugelblitz“ in Hessen</b>	13
Fernmeldeübung des Regierungspräsidenten Darmstadt	
<b>Die Hauptaufgaben sind die Erkundung und Dekontamination</b>	15
Praktische Unterweisung des ABC-Zuges	
<b>Das Rote Kreuz auf weißem Feld</b>	19
Die Philatelie als Spiegel der Geschichte einer humanitären Organisation	
<b>Atemschutzausbildung für Notärzte</b>	23
Berufsfeuerwehr Wuppertal bildet Mediziner aus	
<b>Neue Technik bringt Vorteile</b>	24
Telekopierer im Brand- und Katastrophenschutz	
<b>Engagement für den Selbstschutz rührt aus der Zivildienstzeit</b>	25
Behördenselbstschutz der Bielefelder Stadtverwaltung	
<b>Bundesverband für den Selbstschutz</b>	28
<b>GZS Berlin</b>	32
<b>Technisches Hilfswerk</b>	33
<b>Warndienst</b>	40
<b>Deutsches Rotes Kreuz</b>	41
<b>Arbeiter-Samariter-Bund</b>	43
<b>Johanniter-Unfall-Hilfe</b>	45
<b>Malteser-Hilfsdienst</b>	47
<b>Deutscher Feuerwehrverband</b>	49
<b>Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft</b>	55
<b>Presseschau des Inlands</b>	61
<b>Presseschau des Auslands</b>	62
<b>Wissenschaft &amp; Technik</b>	63
<b>Neue Bücher</b>	64
<b>Das Minimagazin</b>	U 3

## Übung im Hilfskrankenhaus

Im Katastrophenfall können in Bayern innerhalb kürzester Zeit 50 Prozent der 80 000 Krankenhausbetten in 416 Häusern für die Notversorgung zur Verfügung gestellt werden. 30 Prozent der Betten würden durch Entlassungen nicht akut Erkrankter frei, weitere 20 Prozent durch die Erweiterung der chirurgischen Behandlungskapazitäten.

Darauf verwies Leitender Ministerialrat Helmut Düll vom Bayerischen Innenministerium anlässlich der Inbetriebnahme des unterirdischen Hilfskrankenhauses an der Staatlichen Berufsschule in Gunzenhausen.

Insgesamt 170 Hilfskräfte des Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerkes und der Feuerwehr standen während der Übung im Einsatz. Sieben Ärzte des Stammkrankenhauses Gunzenhausen, vier niedergelassene Mediziner sowie 40 Bedienstete des Kreiskrankenhauses der Altmühlstadt nahmen ebenfalls an der Übung teil.

Das Hilfskrankenhaus Berufsschule war 1965 fertiggestellt worden. Für die Übung im Rahmen der Inbetriebnahme wurde angenommen, daß im Regierungsbezirk Mittelfranken Sabotageakte zu erheblichen Verlusten in der Zivilbevölkerung geführt haben. Brandstiftungen und Sprengungen erforderten den pausenlosen Einsatz der Hilfsorganisationen. Zusätzlich sei ein Waldbrand bei Muhr am See hinzugekommen. Schließlich wurde noch ein Raketenangriff auf das Munition-Depot Langlaur gemeldet, der eine große Anzahl von Verletzten und Toten gefordert habe.

Ziel des Einsatzes waren die Erprobung der Konzeption des Freistaates Bayern zur Aktivierung des Hilfskrankenhauses in einem Krisenfall, die Erprobung des Funktionsablaufes sowie der Zusammenarbeit des Personals, die Versorgung und Betreuung von Kranken und Verletzten in einer Bettenstation des Hilfskrankenhauses unter den vorgesehenen Verhältnissen, als auch ein Probelauf der technischen Anlagen des

Hilfskrankenhauses während der Übung.

Landrat Dr. Karl Friedrich Zink hatte bereits zu Beginn allen Beteiligten aus dem Herzen gesprochen, als er erklärte: „Wir wollen Erfahrungen für den Ernstfall sammeln und keine publikumswirksame Schauübung veranstalten!“ Er erinnerte an den Atomstörfall Tschernobyl und den Giftunfall am Rhein, die dazu beigetragen haben, „daß die Aufmerksamkeit für den zivilen Bevölkerungsschutz geschärft wurde.“ Gut gerüstet sei der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen mit dem Notkrankenhaus, das Platz für 430 Verletzte bietet, eine Notstrom- und Notwasserversorgung hat, fünf Operationsräume aufweist und sieben Räume zur Entgiftung freihält. Darüber hinaus sind Einrichtungen zur Wasseraufbereitung und ein Notbrunnen mit 80 Metern Tiefe vorhanden.

Das Foto vermittelt einen Einblick in die Übung. (Foto: Kugler)



## Schäden in Millionenhöhe

Bei einem Großfeuer im Baden-Badener Kurhaus sind nach ersten Schätzungen Schäden in Millionenhöhe entstanden.

Als Brandursache vermutet die Polizei, daß sich heißes Fett entzündet hatte und zur Explosion eines Grills führte. Die

Flammen griffen daraufhin wahrscheinlich durch den Lüftungsschacht auf den Dachstuhl über.

Noch am folgenden Tag waren Feuerwehrleute mit Sicherungsmaßnahmen beschäftigt (unser Bild). (Foto: dpa)



## Gemeinsame Fernmeldeübung in Rheinland-Pfalz

Nachdem die Fernmeldezüge des Landes Rheinland-Pfalz letztes Jahr durch eine Landesausstattung, bestehend aus einem FuG 9c, Richtfunkantenne, Rund-

strahlantenne, Überleiteeinrichtung, HF-Kabel, Weichen sowie diverses Zubehör- und Befestigungsmaterial ausgerüstet worden waren, fand der erste Auf-

bau und Betrieb einer Richtfunkstrecke auf dem 2 m-Band über eine große Entfernung statt. Die Fernmeldezüge Westerbürg und Bad Kreuznach (THW) errichteten diese Funkstrecke über eine Entfernung von 95 km. Auch die Fernmeldezüge Alzey und Landau (Regie) sowie Andernach (THW) beteiligten sich an der Übung.

Am 7. April 1987 wurden die beiden Standorte, Höhn bei Westerbürg (Höhe 530 m) und Kuhberg bei Bad Kreuznach (Höhe 240 m), bezogen und der Antennenaufbau begonnen. Die 2 m-Richtfunkantennen wurde horizontal polarisiert aufgebaut und mit Hilfe von Karte und Kompaß eingerichtet. Der Betrieb wurde auf Kanal 27 U/W durchgeführt. Nach der Zuschaltung der Überleiteneinrichtungen 2 m/4 m wurde in Bad Kreuznach der Kanal 495 U/W und in Westerbürg der Kanal 355 U/W geschaltet. Die Verständigung war klar und deutlich und dies über eine Entfernung von 95 km.

Der Fernmeldezug Landau konnte leider nur durch den Zugführer vertreten sein, so daß es einem Helfer allein nicht möglich war, die Antenneneinrichtungen optimal aufzubauen und anschließend zu betreiben. Somit war ein Funkkon-

takt auf der Strecke Bad Kreuznach — Landau (Länge 78 km bzw. Alzey — Landau (64 km) nicht möglich.

Der Fernmeldezug Alzey baute mit fünf Helfern die Antenneneinrichtungen komplett auf. Es bestand eine einwandfreie Funkverbindung nach Westerbürg über eine Entfernung von 100 km. Ebenso konnte der Fernmeldezug Bad Kreuznach den Fernmeldezug Alzey klar und deutlich empfangen.

Der Fernmeldezug Andernach konnte keine Verbindung zum Fernmeldezug Westerbürg herstellen, obwohl die Entfernung nur 45 km betrug und eine direkte Verbindung ohne eine Beugung der Wellen bestand. Vielleicht lag hier ein Bedienungsfehler (Ausrichtung der Antenne) vor.

Das ursprüngliche Ziel, eine Richtfunkverbindung zwischen Bad Kreuznach und Westerbürg zu schaffen und zu betreiben, wurde voll erreicht.

Zum Einmessen der Richtfunkantennen ist es in Zukunft unbedingt erforderlich, daß alle acht Fernmeldezüge je mit einer UTM-Karte 1:250 000 für ganz Rheinland-Pfalz und mit mindestens einem Kompaß ausgestattet werden.

## Neues Löschfahrzeug vorgestellt

Zu einer Arbeitstagung trafen sich die saarländischen Brandinspektoren im Werkschutzraum eines bekannten Autoherstellers in Saarlouis. Die Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, um die neuen Löschfahrzeuge der Firma zu begutachten.

Im Mittelpunkt des Interesses stand dabei das moderne Löschfahrzeug vom Typ LF 8 auf einem neuentwickelten Fahrgestell.

Die Feuerwehrleute inspizierten das Fahrzeug und bescheinigten den Planern eine gelungene Arbeit — wenngleich aus der Sicht der Experten noch einige Verbesserungsvorschläge gemacht wurden.

Unser Bild zeigt Landesbrandinspektor Friedel Kräuter — Bildmitte — vor dem neuen Fahrzeug.

(Foto: Otmar Schneider)



## Brandinspektoren tagten in Saarbrücken

Die saarländischen Brandinspektoren trafen sich zu einem zweitägigen Meinungsaustausch in ihrer Landeshauptstadt. Unter zahlreichen Gästen aus Politik und Feuerwehr konnte Landesbrandinspektor Friedel Kräuter insbesondere Innenminister Läßple begrüßen.

Auf der Tagesordnung stand ein umfangreiches Arbeitsprogramm: Die Inspektoren diskutierten über die Novellierung des saarländischen Feuerschutzgesetzes und informierten sich über den Entwicklungsstand moderner Brandbekämpfung. Außerdem wurden Termine für die weitere Planung festgehalten.

Der Schulausschuß befaßte sich mit der Situation der Landesfeuerwehrschule: Nach den Worten von Branddirektor Mahl ist der Schulneubau bis Mitte 1987 bezugsfertig — die Zeit drängt, denn schon 1986 haben 579 Kursteilnehmer die Lehrgänge besucht. Damit steht dem neuen technischen Schulleiter, Ortwin Meyer, ein großzügiges Raumangebot zur Verfügung.

Der scheidende Amtsinhaber, Friedel Kräuter, brachte für das kommende Jahr weitere Themenvorschläge zum Lehrplan ein; unter anderem sollen nun auch die Sachgebiete „Umweltschutz“ und „Strahlenschutz“ berücksichtigt werden. Der Ausschuß debattierte außerdem über die Erfahrungen, die hinsichtlich der Bewertungskriterien für das Saarländische Feuerwehrreizeichen in Gold gemacht wurden.

## Spende für Hilfsorganisationen

Ein besonderes Geschenk machte eine Ausstattungsfirma dem ABC-Zug Buchen sowie dem Betreuungszug Hardheim:

Für den ABC-Zug Buchen wurden zwei VW-Kombifahrzeuge des Erkundungstrupps umgerüstet, wobei die Techniker des Werkes eng mit Führern des ABC-Zuges zusammenarbeiteten. — Unser Bild zeigt ein Fahrzeug mit vollständiger Beladung. Neu ist auch ein Alu-Behälter, in dem die gesamte ABC-Schutzausstattung, ABC-Bekleidung sowie die Meßgeräte untergebracht werden können.

Der Betreuungszug Hardheim, dessen Träger das Rote Kreuz ist, erhielt drei Trinkwasserbehälter. Mit einem Fassungsvermögen von je 1 000 Liter sind sie für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung im Katastrophenfall unentbehrlich. Die Behälter wurden auf einem



Klein-Lastwagen des Zuges untergebracht.

Christian Nordmann vom ABC-Zug Buchen und Hans Sieber vom Betreuungszug Hardheim dankten für die nicht alltägliche Spende — mit jedem neuen Ausrüstungsgegenstand erhoffe man sich einen weiteren „Motivationsschub“ für die Helfer.

(Foto: Deschner)

### **Bundesverdienstkreuz 1. Klasse für Ministerialdirigent Dr. Hellmut Oehler**

Aus der Hand des für das Feuerwesen in Bayern zuständigen neuen Staatsministers des Innern, August R. Lang, empfing der Leiter der Abteilung Zivile Verteidigung, Brand- und Katastrophenschutz im Bayer. Staatsministerium des Innern, Dr. Hellmut Oehler, das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

Diese hohe Auszeichnung ist ihm auf Vorschlag des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Franz Josef Strauß von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Würdigung seiner besonderen Verdienste um das Gemeinwohl verliehen worden.

Dr. Hellmut Oehler wurde 1959 als Referent für das Feuerlöschwesen in das Bayerische Staatsministerium des Innern berufen; seit 1977 leitet er die Abteilung „Zivile Verteidigung, Brand- und Katastrophenschutz“. Er hat bei der tiefgreifenden Neuorganisation auf dem Gebiet des Rettungswesens Außerordentliches geleistet und am Bayerischen Gesetz über den Rettungsdienst und am Bayerischen Katastrophenschutzgesetz maßgeblich mitgewirkt.

Große Verdienste erwarb er sich auch bei der Katastrophenhilfe über die Lan-



desgrenzen hinweg. Federführend war Dr. Oehler darüber hinaus beteiligt am Ausbau des Luft-, Berg- und Wasserrettungsdienstes, an der Neuordnung des Feuerwehrrechts, der Fortentwicklung des Katastrophenschutzes, insbesondere am Modell einer Katastrophenschutzleitung und der Verbesserung der Ausstattung sowie am Aufbau einer angemessenen zivilen Verteidigung.

Hervorzuheben sind auch seine erfolgreichen Bemühungen um eine enge Zusammenarbeit mit privaten Hilfsorgani-

sationen, staatlichen Stellen und mit der Bundeswehr sowie dem Bundesverband für den Selbstschutz. Dr. Oehler zeichnet sich in Fachkreisen auch als Kommentator zahlreicher Vorschriften auf dem Gebiet des Brand- und Katastrophenschutzes aus.

Unser Foto zeigt v. l. n. r.: Ministerialdirektor Dr. Siegwinn Süß, Innenminister August R. Lang, Ministerialdirigent Dr. Hellmut Oehler sowie die Staatssekretäre Dr. Heinz Rosenbauer und Dr. Peter Gauweiler.

### **Neue Führungskräfte in Hamburg**

Im Rahmen eines Empfanges wurden der neugewählte Direktionsbereichsführer West, Winfried Reichelt, sowie sein

Vertreter, Walter Voß, durch den Landesbereichsführer der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg, Hermann Stahlbuhk, in



ihre neuen Ämter eingeführt. An der Amtseinführung nahmen zahlreiche Führungskräfte der Berufsfeuerwehr, Freiwilligen Feuerwehr, Hilfsorganisationen und Vertreter des öffentlichen Lebens teil.

Die neuen Amtsinhaber sind in ihrer Funktion zuständig für die Feuerwehrbereiche Mitte, Altona, Eimsbüttel, Hohe- luft und Nord. Dieses Gebiet im Westen

Hamburgs umfaßt 33 Freiwillige Feuerwehren mit etwa 1 000 Dienstkräften.

Unser Foto zeigt v. l. n. r.: Ltd. Branddirektor Maximilian Puchner, den neuen Direktionsbereichsführer Winfried Reichelt und seinen Vertreter Walter Voß sowie Landesbereichsführer Hermann Stahlbuhk.

(Foto: D. Frommer)

## Hofbräukeller stand in Flammen

Der Großbrand im Münchener Hofbräukeller hat einen Sachschaden von 14 Millionen DM verursacht (unser Bild).

Brandexperten haben bislang noch keine Erklärung für die Ursache des Feuers. Nach ersten Ermittlungen brachen

die Flammen nicht — wie ursprünglich angenommen — in der Mälzerei aus, sondern in einem oberen Stockwerk.

Dort befanden sich alte Theken, schmiedeeiserne Leuchter und Ausstattungsgegenstände für Großgaststätten.

(Foto: dpa)



## Jahresbericht der Luftrettungsstaffel Bayern e. V.

Auf ein erfolgreiches Jahr 1986 kann die Luftrettungsstaffel Bayern e. V. (LRST) zurückblicken — bei 3 105 Beobachtungsflügen verbrachten die ehrenamtlich engagierten Sportflieger 2 547 Stunden und 12 Minuten hinter dem Steuerknüppel.

In Schulungen und Katastrophenschutzübungen frischten die Mitglieder der Staffel ihre Kenntnisse immer wieder auf, denn die derzeit 398 Piloten widmen sich einem breiten Aufgabenfeld:

Das frühzeitige Aufspüren von Wald- und Flächenbränden gehört ebenso dazu wie die Suche nach Umweltverschmutzung durch verbotene Abwasserleitungen oder „wilde Mülldeponien“. Außerdem fliegt die LRST für Zwecke der Luftbildarchäologie und Denkmalpflege.

Allerdings — einen Wermutstropfen mußte der Jahresbericht 1986 vermerken: Am 27. November vernichteten Brandstifter alle Flugzeuge und die komplette Einrichtung des Stützpunktes Kempten.

## Aktuelle Termine

Die Interspiro GmbH weist auf die Tagesseminare und Lehrgänge für Gerätewarte und Sicherheitsbeauftragte in der Industrie hin:

- Tagesseminar Prüfstand — Atemschutzgeräteprüfungen mit der Mather Prüfzentrale und Spirograph  
Lehrgang P 3: 15. September 1987
- Lehrgang für Gerätewarte — Wartung und Prüfung von Atemschutzgeräten  
Lehrgang G 3: 16. bis 17. September 1987
- Tagesseminar Chemieschutzanzüge — Prüfung, Pflege und Reparatur von Chemikalienschutzanzügen  
Lehrgang C 3: 18. September 1987

Alle Lehrgänge und Seminare finden im Werk Interspiro GmbH in Forst/Baden statt.

Die Unterkunft erfolgt im nahegelegenen Hotel.

Weitere Auskünfte:  
Interspiro GmbH  
Werner-von-Siemens-Straße 8  
7529 Forst/Baden  
Tel.: 0 72 51/1 70 31

# Aktuelle Fragen der Katastrophenschutz- und der Zivilschutzpolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Zusammenhänge zwischen der Katastrophenschutz- und Zivilschutzpolitik im Rahmen eines übergreifenden Hilfeleistungssystems von Bund und Ländern

**Vor Führungskräften der Verwaltung und der Feuerwehren des Landkreises Emsland hat kürzlich der Leiter der Arbeitsgruppe ZV 2 innerhalb der Abteilung „Zivile Verteidigung“ des Bundesministeriums des Innern, Ministerialrat Dr. Andrews, die Zusammenhänge zwischen der Katastrophen- und Zivilschutzpolitik im Rahmen eines übergreifen-**

**den Hilfeleistungssystems von Bund und Ländern für den Frieden und den Verteidigungsfall dargestellt. Dabei hat Andrews auch die Rolle der Feuerwehren als tragende Säule des Katastrophen- und Zivilschutzes hervorgehoben.**

**Dr. Andrews führte im einzelnen aus:**

Die deutschen Feuerwehren sind das Rückgrat des Katastrophenschutzes im friedensmäßigen Einsatz. Sie sind aber auch die tragende Säule des in der Zuständigkeit des Bundes geschaffenen Zivilschutzes gegen Gefahren und Schäden, die in einem Verteidigungsfall drohen.

Dies kommt nicht von ungefähr. Auf dem Gebiete der humanitären Hilfe sind die deutschen Feuerwehren die gesellschaftliche Gruppe, die in Bezug auf Alter, Tradition und Umfang von keiner anderen Organisation mit humanitärer Zielsetzung übertroffen wird. Heute gehören, einschließlich der Jugendlichen und der Frauen, mehr als eine Million freiwillige und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer den deutschen Feuerwehren an. Sie stellen zusammen mit den ca. 21 000 Berufsfeuerwehrleuten in Städten über 100 000 Einwohner und den fast 40 000 Werkfeuerwehrmännern den Brandschutz in der Bundesrepublik Deutschland sicher.

So haben die Freiwilligen Feuerwehren z. B. im Jahre 1984 insgesamt über 700 000 Löscheinätze, technische Hilfeleistungen und Einsätze im Rettungsdienst durchgeführt. Das bedeutet, daß fast 32 % der Gesamteinätze von Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren gefahren worden sind. Diese gewaltige Zahl muß man sich vor Augen halten, um ermessen zu können, in welchem Umfange hier öffentliche Aufgaben von hohem Stellenwert freiwillig und ehrenamtlich wahrgenommen werden. Auch der wirtschaftliche Wert dieser Lei-

stung ist kaum abzuschätzen. Eine totale Professionalisierung der Feuerwehren würde den Staat ein Vielfaches dessen kosten, was er für die Vorhaltung der kommunalen Einrichtungen der Freiwilligen Feuerwehren aufzuwenden hat.

## Nachbarschaftshilfe am Anfang

Dabei ist zu bedenken, daß sich das Aufgabenbild der Feuerwehr in den fast anderthalb Jahrhunderten ihres Bestehens — man kann schon sagen dramatisch — verändert hat. In den Anfängen bestand die Feuerwehr aus kleinen Löschgruppen, die sich zum Zwecke des Selbstschutzes und der Nachbarschaftshilfe zusammenschlossen hatten.

Der Brandschutz ist zwar auch heute noch eine zentrale Aufgabe der Feuerwehren. Die Zahl der Löscheinätze wird aber seit vielen Jahren und mit steigender Tendenz von den vielfältigen technischen Hilfeleistungen übertroffen, für die die Feuerwehr in Anspruch genommen wird. Hinzu kommt, daß auch die Bekämpfung von Bränden heutzutage unvergleichlich höhere Anforderungen an die Feuerwehrleute stellt, als dies noch vor 50 oder 100 Jahren der Fall gewesen ist.

Brände in unserer heutigen hochtechnisierten Industrielandschaft mit den Bevölkerungszusammenballungen an Rhein, Ruhr,

Main und Neckar haben den Brandschutz zu einer Aufgabe von hoher Komplexität gemacht. Die Feuerwehren müssen sich dieser Herausforderungen stellen, ob sie wollen oder nicht.

Sie haben diese Bewährungsprobe bisher in hervorragender Weise bestanden, gleichgültig ob es sich um herkömmliche Brände, etwa in landwirtschaftlichen Regionen oder um Unfallgeschehen in Chemieanlagen mit einer Anhäufung chemischer Verbindungen mit unterschiedlichen Stoffeigenschaften handelt. Die Feuerwehr muß in unserer Industriegesellschaft auf der Höhe der aktuellen Entwicklung bleiben. Sie kann dies bisher noch durch eine permanente qualifizierte Ausbildung an den Landesfeuerweherschulen und den vom Bund finanzierten Katastrophenschutzschulen gewährleisten.

## Neue Konzepte entwickeln

Es ist aber abzusehen, daß man hier irgendwann einmal an Grenzen stoßen wird, die nur mit neuen Konzepten überwunden werden können. Ich möchte dies ganz kurz an drei aktuellen Sachverhalten darstellen:

● Der erste Fall betrifft das Vorhaben der Deutschen Bundesbahn, zwischen bestimmten Städten, etwa Hannover, Kassel, Würzburg, Stuttgart, München Neustrecken zu bauen, die mit Hochgeschwindig-

keitszügen befahren werden können. Da diese Strecken einen möglichst geraden Verlauf nehmen müssen, sind sie zum großen Teil untertunnelt.

Die kommunalen Feuerwehren der Gemeinden, durch deren Gebiet diese Hochgeschwindigkeitsstrecken führen, sind größtenteils überfordert, wenn sie bei einem Unfall in einem längeren Tunnelbauwerk Hilfe leisten sollen.

Hier müssen gemeinsam mit dem Verursacher des Risikos, der Deutschen Bundesbahn, Sicherheitskonzepte ausgearbeitet werden, die der Besonderheit der Situation Rechnung tragen.

Die Gespräche zwischen den Beteiligten sind, nicht zuletzt durch Vermittlung und auf nachdrückliches Drängen des Bundesministers des Innern, inzwischen aufgenommen worden. Es ist zu erwarten, daß sie im Interesse der Sicherheit unserer Bürger zu einem einvernehmlichen Konzept führen werden.

● Der zweite Fall betrifft das Problem des Transports gefährlicher Güter. Wenn man bedenkt, daß jährlich etwa 230 Millionen Tonnen gefährlicher Güter über unsere Verkehrswege transportiert werden, dann kann man ermessen, welche Risiken diese „rollenden Zeitbomben“ für unsere Bevölkerung und insbesondere für andere Verkehrsteilnehmer darstellen.

Während bei einem Brand in einer chemischen Anlage der Hersteller bzw. die Betriebs- oder Werkfeuerwehr sofort wichtige Informationen über die Stoffe und Stoffeigenschaften zur Verfügung hat, die die Voraussetzungen für eine wirksame Brandbekämpfung sind, ist dies nicht in gleicher Weise beim Gefahrguttransport der Fall.

Zwar sind der Feuerwehr hinsichtlich der Stoffidentifizierung durch die Gefahrgutkennzeichnung, die Unfallmerkmale und die Transportbegleitpapiere gewisse Hilfsmittel an die Hand gegeben. Diese gehen aber nicht selten bei dem Unfall verloren, so daß die mit der Brandbekämpfung beauftragte Feuerwehr dann selbst in einer äußerst gefährlichen Lage geraten kann.

Daher ist es im Bereich des Transports gefährlicher Güter unverzichtbar, daß die Feuerwehr zur Stoffidentifizierung und zur gefahrgutgerechten Brandbekämpfung technische Hilfsmittel an die Hand bekommt, die sie in die Lage versetzt, unverzüglich die geeigneten Schadensbekämpfungsmaßnahmen zu treffen und die sie vor Gefährdungen infolge Unkenntnis des Risikos schützen.

Auch hier führt der Bundesminister des Innern seit längerer Zeit mit dem Bundesminister für Forschung und Technologie Gespräche mit dem Ziel, Forschungsvorhaben in die Wege zu leiten, die Mittel und Verfahren für eine schnelle und zuverlässige

Analyse verunfallter gefährlicher Stoffe aufzeigen sollen.

● Der dritte Fall betrifft schließlich das Reaktorunglück in Tschernobyl, das wohl allen noch am lebhaftesten in Erinnerung ist.

Wir haben hier in der Bundesrepublik Deutschland einen Katastrophenschutz, der in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht im Vergleich zu anderen Staaten sehr gut ausgestaltet ist. Das gilt im Prinzip auch für die Ausrüstung und die Qualifikation des im Katastrophenschutz mitwirkenden Personals. Der Katastrophenschutz ist bei uns allerdings, und das auch wohl zu Recht, auf die Gefahrenlagen ausgerichtet, die hier auf dem Bundesgebiet entstehen können. Das gilt auch für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen.

Die Sicherheitsphilosophie der Bundesrepublik Deutschland für kerntechnische Anlagen hat, wie Sie als Feuerwehrleute sicher wissen, einen ganz besonders hohen Stellenwert. Die Sicherheitsstandards für deutsche Kernkraftwerke werden nirgendwo anders in der Welt erreicht. Nach menschlichem Ermessen kann es daher bei uns zu keinem GAU, das ist der größte anzunehmende Unfall mit Radioaktivitätsfreisetzung über das Werksgelände hinaus in die Umgebung der Anlage, kommen.

Gleichwohl haben der BMI und die Länder „Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen“ erarbeitet, die Vorsorge für den äußerst unwahrscheinlichen Eventualfall treffen. Auf der Grundlage dieser Rahmenempfehlungen sind für jedes deutsche Kernkraftwerk spezielle Sonderschutzpläne entwickelt worden, in denen die Schutzmaßnahmen für den Bereich der Zentralzone mit einem Radius von 2 km, der Mittelzone mit einem Radius von 10 km und der Außenzone mit einem Radius von 25 km von der Anlage festgelegt sind. Diese Schutzvorkehrungen umfassen ein ganzes Spektrum von Einzelmaßnahmen, von der Ausgabe von Jodtabletten bis hin zur Evakuierung der Bevölkerung.

Keine besonderen Maßnahmen sind dagegen getroffen worden für den Fall, daß Radioaktivität von außen in die Bundesrepublik eindringt. Daß sich ein Reaktorunfall, wie der in Tschernobyl, ereignen konnte, war zwar theoretisch denkbar, aber die Eintrittswahrscheinlichkeit lag so fern, daß vor Tschernobyl kein Staat Veranlassung hatte, Vorkehrungen gegen von außen in sein Staatsgebiet eindringende Radioaktivität zu treffen.

Der Reaktorunfall in Tschernobyl hat hier neue Erkenntnisse und Erfahrungen vermittelt, die umgesetzt werden müssen. Das zur Zeit in der parlamentarischen Beratung befindliche Gesetz zum vorsorgenden

Strahlenschutz der Bevölkerung ist ein erster Schritt auf diesem Wege, dem andere folgen werden.

Dazu gehört insbesondere die Errichtung einer zentralen Koordinierungsstelle beim Bundesminister des Innern als die Spitze eines bundesweiten Krisenmanagements von Bund und Ländern. Dadurch soll das Dilemma beseitigt werden, in das auch Sie als Feuerwehrleute durch die als Folge des sowjetischen Reaktorunfalls plötzlich aufgetretene Gefährdungslage, mit der Sie konfrontiert worden waren, geraten sind.

In weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland war es selbstverständlich die Feuerwehr, die als erste systematisch Messungen vorgenommen hat, um damit Meßdaten zu gewinnen, die für die Entscheidungen der Behörden über den Genuß von Lebensmitteln, insbesondere von Gemüse und Milch, wichtig gewesen sind. In der gegebenen Situation hat die Feuerwehr ihre Aufgabe, oft auf sich allein gestellt, so gut es ging, erfüllt.

Daß die Meßdaten oft von den zuständigen Stellen unterschiedlich interpretiert worden sind und zu abweichenden Entscheidungen, insbesondere auch über das Verbot des Genusses bestimmter Lebensmittel, geführt haben, ist jedenfalls nicht der Feuerwehr anzulasten.

Hierzu hat aus der Sicht eines Feuerwehrmannes der Oberbrandmeister Martin Grosser aus Böblingen Feststellungen getroffen, die nach meiner Auffassung sehr bemerkenswert sind. Danach hat die dortige Feuerwehr in den Tagen nach Tschernobyl ca. 1 500 Messungen durchgeführt und dabei etwa 2 000 km Fahrstrecke zurückgelegt. Die dabei gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse faßte er in der Forderung nach *praktikablen Anweisungen, klaren Kompetenzabgrenzungen und besseren Meldewegen* zusammen. Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen.

Die Bundesregierung hat auch auf internationaler Ebene die notwendigen Konsequenzen gezogen. Auf Initiative des Bundeskanzlers hat bei der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien eine Expertenkonferenz stattgefunden, die im Juli und August 1986 zwei Konventionen erarbeitet hat, und zwar eine über die frühzeitige Meldung von radiologischen Störfällen und eine zweite über die gegenseitige Hilfeleistung bei kerntechnischen Unfällen. An letzterer war im übrigen der Bundesminister des Innern maßgeblich beteiligt.

Beide Konventionen sind inzwischen verabschiedet worden. Mit Sicherheit wird dadurch die Bewältigung von Krisen à la Tschernobyl wesentlich erleichtert. Denn die bei uns und in den Nachbarstaaten entstandene Verwirrung über die Art und den Grad der radiologischen Gefährdung hatte ihren Grund nicht zuletzt in der von der

Sowjetunion praktizierten Informations-sperre.

## Anforderungen werden steigen

Meine Absicht war es, mit diesen problematisierenden Ausführungen, insbesondere mit den Fallbeispielen, deutlich zu machen, in welche Aufgabenverantwortung die Feuerwehr seit ihrer Entstehung bis heute hineingewachsen ist, und daß die Anforderungen weiterhin steigen werden. Damit hat die Feuerwehr eine führende Rolle für den Schutz und die Sicherheit unserer Bevölkerung gegenüber Notfällen, Unglücken und Katastrophen in Friedenszeiten übernommen.

Eine Einrichtung, die in dieser Weise schon im Frieden tagtäglich herausgefordert wird, sich mit komplexen Gefahrenlagen aller Art auseinanderzusetzen, ist natürlich auch für den vom Bund getragenen *Zivilschutz* zur Abwehr der Gefahren und Schäden, die in einem Verteidigungsfall drohen, *unverzichtbar*.

Bevor ich hierauf näher eingehe, möchte ich jedoch einen anderen Aspekt nicht unerwähnt lassen. Von ganz besonderer Bedeutung scheint mir nämlich der gesellschaftspolitische Nutzen des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements der Helferinnen und Helfer der Feuerwehren zu sein.

Hier haben sich Menschen zusammengefunden, die dem Staat nicht als Fordernde gegenüberstehen. Sie bieten im Gegenteil dem Staat ihre Mitwirkung bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben an. Sie sind Aktivbürger, die aus ihrem demokratischen Grundverständnis heraus dem Gemeinwohl dienen wollen, ohne nach persönlichen Vorteilen zu fragen oder danach zu streben.

Ihr Vorbild hebt sich damit wohltuend von jenen Gruppierungen in diesem Staate ab, die sich nur in Staatsverdrossenheit und Kritik zusammenfinden oder gruppenspezifische Sonderinteressen und -vorteile durchsetzen wollen. Daher hat der Staat auf seinen drei Ebenen Bund, Länder und Kommunen allen Anlaß, dieses Engagement zu pflegen und die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat und Feuerwehren nachhaltig zu fördern.

## Pflicht zur laufenden Information

Weil die Freiwilligen Feuerwehren in der Zivilschutzkonzeption des Bundes einen so hervorragenden Rang einnehmen, hat der Staat auch die Pflicht, so meine ich, die Feuerwehren laufend und umfassend über

seine Vorstellungen und Ziele zum Zivilschutz zu informieren. Ich will daher hierzu einige Grundzüge und Problemstellungen aufzeigen, die mir für eine solche Standortbestimmung des Zivilschutzes wichtig erscheinen.

Der Zivilschutz ist, wie Sie wissen, in der Bundesrepublik Deutschland eine Aufgabe, die in die Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes fällt, weil sie Bestandteil der Zivilverteidigung ist. Kernbereiche des Zivilschutzes sind der Warndienst, der Selbstschutz, der Schutzraumbau und der erweiterte Katastrophenschutz. Es liegt auf der Hand, daß alle diese Aufgabenkomplexe im Ernstfall für den Schutz unserer Bevölkerung lebenswichtig sind.

Daraus abgeleitete Forderungen nach einer Intensivierung der staatlichen Zivilschutzvorkehrungen, wie sie von den Feuerwehren und den Hilfsorganisationen immer wieder erhoben werden, sind grundsätzlich berechtigt, denn es läßt sich nicht bestreiten, daß noch erhebliche Lücken vorhanden sind. Dabei muß man aber bedenken, daß der Zivilschutz in der öffentlichen Diskussion häufig isoliert betrachtet und nicht in den durch die Sicherheitspolitik der NATO-Staaten und die militärischen Verteidigungsanstrengungen sowie durch andere hochrangige staatliche Aufgaben gezeigten Bezugnahmen gestellt wird.

## Zivilschutz führt kein isoliertes Dasein

Diese eingeeengte Betrachtungsweise muß dann zwangsläufig darauf hinauslaufen, daß die Mängel und Lücken des Zivilschutzes überdimensioniert werden. Der Zivilschutz führt aber kein isoliertes Dasein. Er ist vielmehr ein integraler Bestandteil des Gesamtsystems unserer Verteidigungsvorkehrungen. Nur im Zusammenhang aller Maßnahmen und Anstrengungen, die wir zu unserer Verteidigung unternehmen, kann die Effektivität des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland richtig beurteilt werden.

1. Die Bundesrepublik ist Mitglied eines mächtigen Verteidigungsbündnisses, der NATO. Die Zugehörigkeit zu diesem Bündnis gewährleistet allein schon einen hohen Schutzwert. Das Risiko erhöht sich hierdurch für einen möglichen Angreifer der Bundesrepublik ganz erheblich, denn die Schutzverpflichtung des NATO-Bündnisses zugunsten jedes einzelnen angegriffenen Mitgliedsstaates macht einen Angriff von außen völlig unberechenbar.

Neben dem politischen Instrumentarium ist für die Sicherheit selbstverständlich auch die militärische Stärke von entscheidender Bedeutung. Die Glaubwür-

digkeit des politischen Willens zur Bewahrung und Verteidigung der freiheitlich demokratischen Ordnung kann nicht besser als durch überzeugende militärische Verteidigungsanstrengungen demonstriert werden.

Die politische wie die militärische Komponente des Verteidigungssystems der NATO tangieren daher den Zivilschutz somit in ganz entscheidendem Maße.

2. Der zweite Gesichtspunkt, auf den ich in diesem Zusammenhang hinweisen möchte, ist die Einbindung des Zivilschutzes in das Gesamtspektrum staatlicher Aufgaben. Zivilschutz ist die Zusammenfassung aller Maßnahmen, die der Überlebenssicherung der Menschen in einem V-Fall dienen.

Ihm muß nach der Zielsetzung und Aufgabenstellung von vornherein ein hoher Stellenwert eingeräumt werden, denn es geht hierbei letzten Endes um Sein oder Nichtsein unserer staatlichen Existenz.

Auf der anderen Seite wäre es aber falsch, wenn Staat und Gesellschaft in unserem Lande von der Unvermeidlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Warschauer Pakt ausgehen würden und dementsprechend den Ausgaben für den Zivilschutz erste Priorität vor allen anderen staatlichen Aufgaben einräumte.

Dadurch würde die Volkswirtschaft kaum tragbaren finanziellen Belastungen ausgesetzt werden, die dann durch einen übermäßigen Verzicht auf andere Bedürfnisse finanziert werden müßten, deren Befriedigung der einzelne gerade – und nicht zu Unrecht – als Ausdruck individueller Persönlichkeitsentfaltung in einer freiheitlichen Demokratie und damit als wesentliches Unterscheidungsmerkmal zum kommunistischen System empfindet.

3. Der dritte Aspekt, auf den ich eingehen möchte, betrifft das Verhältnis der Bürger zum Zivilschutz. Es wäre sicherlich falsch, würde man sagen, die Bürger stünden gerade dem Bereich, der ausschließlich ihrem Schutz dient, mit einer total negativen Grundeinstellung gegenüber. Gleichwohl bleibt festzustellen, daß die Bürger zu ihrem eigenen Schutz relativ wenig tun, während der Staat für den Zivilschutz erhebliche Aufwendungen leistet.

Indem ich dies sage, weiß ich natürlich auch, daß viele Bürger unserem Lande als ehrenamtliche und freiwillige Helfer in den Feuerwehren, im Technischen Hilfswerk, in den Sanitätsorganisationen und in anderen humanitären Einrichtungen aufopferungsvoll dienen. Diese Mitbürger verdienen hohes Lob und Anerkennung. Wenn ich die Beziehungen der Bürger zum Zivilschutz betrachte,

dann meine ich eben jene Millionen anderer, die in ihrer passiven Haltung verharren, wo es doch ausschließlich um ihre eigene Existenzsicherung geht.

Eine mögliche Erklärung scheint mir darin zu liegen, daß der in der Vergangenheit ständig wachsende Wohlstand dem Staat die Möglichkeit bot, die heutigen, aktuellen Bedürfnisse der Bürger in großem Umfang zu befriedigen, und zwar in der vom Bürger gewünschten Rangordnung.

Dies sind in erster Linie die Ansprüche, die auf eine Verbesserung ihrer derzeitigen Lebensverhältnisse sowie auf die optimale Absicherung ihrer sozialen Zukunftsbedürfnisse gerichtet sind. Wir müssen aber bedenken, daß das Leistungsvermögen des Staates nicht unbegrenzt ist und daher eigene Aufwendungen zur Existenzsicherung, auch in Bereichen wie dem Zivilschutz, notwendig sind, in denen sie ihren Zweck hoffentlich nie erfüllen müssen.

Betrachten wir einmal den Zivilschutz aus dieser Perspektive unter Einbeziehung seines gesamten Umfeldes, dann kann man feststellen, daß die derzeitige Bundesregierung den Zivilschutz gegenüber anderen staatlichen Aufgaben stärker gefördert hat und fördert, als dies früher der Fall war. Dies gilt vor allem für den Bereich, in dem Sie selbst aktiv mitwirken: dem Brand- und Katastrophenschutz.

## Neues Zivilschutzgesetz

In dem von mir soeben dargestellten Bezugsrahmen müssen auch die Vorkehrungen der Bundesregierung zur Weiterentwicklung des Zivilschutzes gesehen werden. Dies möchte ich Ihnen anhand des im Bundesministerium des Innern erstellten Referentenentwurfs eines neuen Zivilschutzgesetzes kurz erläutern.

Zwar ist der Gesetzentwurf wegen Ablaufs der Legislaturperiode nicht mehr in das Gesetzgebungsverfahren „eingefädelt“ worden. Er soll jedoch in der vorliegenden Fassung erneut mit allen Beteiligten erörtert und dann in die parlamentarische Beratung eingebracht werden. Bei der Darstellung der Grundzüge des Gesetzentwurfs werde ich natürlich auch die Rolle der Feuerwehren in dem Zivilschutzsystem berücksichtigen.

Wie Sie wissen, war und ist dieser Entwurf Zielscheibe heftiger Polemik von bestimmten Gruppierungen aus dem Bereich der Friedensbewegung, insbesondere der Ärzte gegen den Atomtod. Bevor ich mich zu deren Argumenten äußere, will ich das Wesentliche der beabsichtigten gesetzlichen Neuregelung darstellen, damit Sie sich als

Fachleute selbst ein unbefangenes Urteil über die angestrebten Verbesserungen bilden können.

1. Eines der Hauptziele des Gesetzentwurfs besteht darin, die in mehreren Gesetzen verstreute Zivilschutzmaterie aus Gründen der Übersichtlichkeit und der leichteren Handhabbarkeit in einem Gesetzeswerk zusammenzufassen.

Dadurch könnten das geltende Zivilschutzgesetz, das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, das Schutzbaugesetz und das Gesetz über das Zivilschutzkorps aufgehoben werden.

Gerade das letztere Gesetz hat ja, wie Sie wissen, in den Feuerwehren zu erheblichen Irritationen geführt. Es war und ist die Absicht der Bundesregierung, diese Verunsicherung durch eine endgültige Eliminierung des Gesetzes über das Zivilschutzkorps aus allen gesetzlichen Regelungen, in denen es erwähnt ist, zu beseitigen.

2. Das zweite wichtige Ziel besteht darin, die Erfahrungen und Erkenntnisse, die von allen im Zivilschutz mitwirkenden Behörden und Organisationen in den letzten Jahren gewonnen worden sind, fortzuschreiben.

Fortschreibungsbedürftige Tatbestände ergeben sich in nahezu allen Bereichen des Zivilschutzes und nicht zuletzt auch auf dem Gebiet, das die Freiwilligen Feuerwehren in erster Linie interessiert, dem erweiterten Katastrophenschutz. Die Entwicklungen, die sich hier vollzogen haben, haben Sie zum Teil selbst miterlebt.

Sie nahmen ihren Ausgang in der Waldbrandkatastrophe, die 1975 das Land Niedersachsen heimsuchte. Aus dieser Großkatastrophe, die in ihren Dimensionen einem Schadensereignis im Verteidigungsfall nicht unähnlich war, haben der Bund und die Länder die Erkenntnis gezogen, daß Großschadensereignisse nur mit einer leistungsstarken Leitungs- und Führungsorganisation bewältigt werden können.

Der Bundesminister des Innern hat zu diesem Zweck ein Leitungs- und Führungsmodell entwickelt und mit den Ländern im Arbeitskreis V der IMK abgestimmt, das durch eine effiziente Katastrophenschutzleitung und Technische Einsatzleitung die optimale Bekämpfung von Katastrophen im Frieden und im Verteidigungsfall gewährleisten soll.

Zum zweiten nimmt die Ausbildung in dem Entwurf eines neuen Zivilschutzgesetzes, wie ich meine zu Recht, einen gebührenden Raum ein. Für mich ist eine qualifizierte Ausbildung des im Zivilschutz mitwirkenden Personals noch wichtiger als die Forderung, die Ausrü-

stung stets auf dem letzten technischen Stand zu halten.

Wie Sie wissen, hält bisher nur der Bund aufgrund seiner Zuständigkeit für den Zivilschutz mit der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler und den sieben von ihm finanzierten Katastrophenschutzschulen in den Ländern ein Ausbildungssystem vor, das spezifisch auf die Bekämpfung von Katastrophen ausgerichtet ist. Das in diesem Ausbildungssystem vermittelte Wissen kommt permanent auch den Ländern und Kommunen für den friedensmäßigen Katastrophenschutz zugute.

Obwohl sich in unserer hochtechnisierten Industriegesellschaft nicht nur Fortschritt und Wohlstand, sondern damit auch Risiken und Gefahren vermehren, gibt es in den Ländern bisher kein Katastrophenschutz-Ausbildungssystem, das dem des Bundes entspricht.

Dies soll kein Vorwurf an die Adresse der Länder sein, es ist nur ein Hinweis darauf, daß der Bund schon heute sein Ausbildungspotential in vollem Umfange für die Bedürfnisse der Länder und Kommunen im friedensmäßigen Katastrophenschutz zur Verfügung stellt und daß damit auch der nach dem neuen Gesetzentwurf beabsichtigte weitere Ausbau des Ausbildungssystems insbesondere auch für die Länder und Kommunen Nutzen bringen wird.

Auch die Vorhaltung einer auf die Zivilschutzaufgaben im Verteidigungsfall abgestimmten Ausstattung ist in dem Gesetzentwurf verankert worden. Damit ist sichergestellt, daß der Bund das Konsolidierungsprogramm fortführt, das zur Zeit für die Komplettierung und Modernisierung der Ausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes mit einem finanziellen Aufwand von etwa 1,2 Mrd. DM abgewickelt wird.

Wenn man bedenkt, daß die von den Feuerwehren getragenen Fachdienste Brandschutz und ABC-Dienst aus diesem Programm insgesamt über 500 Mio. DM erhalten, dann kann man erkennen, welche Bedeutung die Bundesregierung den Feuerwehren auch im Zivilschutz beimißt. Zur Illustration darf ich vielleicht folgendes erwähnen:

Im Zivilschutz wirken 1 040 vom Bund voll finanzierte Löschzüge mit. Hierfür beschafft der Bund ca. 2 100 LF 16 TS und mehr als 700 Rüstwagen. In dem ebenfalls von der Feuerwehr getragenen ABC-Dienst sind bisher rd. 250 ABC-Züge aufgestellt worden. Hierfür beschafft der Bund über 730 ABC-Fahrzeuge.

Diese Ausstattung können die Kommunen auch im Frieden in vollem Umfange für ihre Zwecke kostenlos verwenden. Hierbei ist zu bemerken, daß die schwerpunktmäßige Stationierung der

vom Bund aufgestellten ABC-Züge in der Umgebung kerntechnischer Anlagen wesentlich zur Beruhigung der dort wohnenden Bevölkerung beigetragen hat.

3. Der dritte Regelungskomplex des Gesetzentwurfs betrifft die organisatorische Neuordnung. Ich will hierauf an dieser Stelle nicht näher eingehen, da dieser Bereich die Feuerwehren nicht unmittelbar berührt.

Es geht im wesentlichen um neue Organisationsformen für den Bundesverband für den Selbstschutz und die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.

4. Der vierte Komplex des Gesetzentwurfs schließlich enthält Regelungen, die über das bisherige materielle Zivilschutzrecht hinausgehen.

Hierbei handelt es sich zum einen um die Einführung einer Zivilschutzdienstpflicht. Diese soll dem Hauptverwaltungsbeamten in einem Verteidigungsfall, und nur dann, die Möglichkeit eröffnen, mit Zustimmung der Hilfsorganisationen, geeignetes Personal zum Auffüllen von entstandenen Personallücken heranzuziehen, um dadurch die Funktionsfähigkeit der Einheiten des Katastrophenschutzes zu gewährleisten.

Zum zweiten soll der bisher auf freiwilliger Grundlage betriebene Schutzraumbau durch Einführung einer begrenzten Schutzbaupflicht für Neubauten erweitert werden. Dies erscheint notwendig, weil durch die bisherige staatliche Förderung auf freiwilliger Basis nur 2,2 Mio. Schutzplätze für 3,6 % der Bevölkerung geschaffen werden konnten.

Wenn man davon ausgeht, daß heutzutage trotz der Rezession im Wohnungsbau jährlich noch bis zu 300 000 Wohnungen gebaut und von einer vierköpfigen Durchschnittsfamilie bezogen werden, dann würde dies einen Zuwachs von etwa 1,2 Mio. Schutzplätzen im Jahr bedeuten. Für Mehrfamilienhäuser wäre damit eine zusätzliche Belastung je Schutzplatz in Schutzräumen mit vollem Grundschutz von 400,- DM die Folge.

Bei Ein- und Zweifamilienhäusern ist lediglich die bauliche Grundausstattung (zusätzliche Armierung, druckhemmende Türen, aber ohne Lüftungseinrichtung zum Schutz gegen radioaktive Niederschläge und die Wirkungen von C-Waffen) vorgesehen. Hier würden sich die Kosten je Schutzplatz ebenfalls auf 400,- DM belaufen, mit der Möglichkeit der Nachrüstung auf den vollen Grundschutz.

Hierfür kann der Bauherr steuerliche Erleichterungen infolge Anhebung der abzugsfähigen Beträge nach § 7 b EStGB in Anspruch nehmen. Für einkommensschwache Bauherren ist da-

rüber hinaus die Gewährung von Zuschüssen geplant.

5. Schließlich soll das rechtliche Instrumentarium geschaffen werden, um die medizinische Versorgung der Bevölkerung in Katastrophenfällen auf den Massenansturm von Verletzten umstellen zu können. Damit soll eine Lücke geschlossen werden, die seit langem von den Landesvertretungen der Ärzteschaft auch in bezug auf friedenszeitliche Katastrophen beanstandet wird.

Das derzeitige Gesundheitswesen ist grundsätzlich nur auf die Individualversorgung ausgerichtet. Die Kommunen sollen daher verpflichtet werden, entsprechende Planungen für die Nutzung der Krankenhäuser und sonstigen Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung zu erstellen, um den voraussichtlichen personellen und materiellen Bedarf ermitteln zu können. Ferner ist eine Meldepflicht für die nicht mehr berufstätigen Angehörigen der Gesundheitsberufe geplant, damit im Ernstfall auf diesen Personenkreis zurückgegriffen werden kann.

Ich habe damit die wesentlichen Regelungsbereiche des Zivilschutzgesetzentwurfs, soweit sie auch für die Feuerwehr interessant sind, umrissen. Bei nüchterner Betrachtung kann wohl kein vernünftiger Mensch zu der Schlußfolgerung gelangen, daß es sich hierbei entweder um Kriegsvorbereitungen oder um gänzlich sinnlose Schutzvorkehrungen handelt.

Gleichwohl sind derart unqualifizierte Vorwürfe von Gruppierungen, die aus bestimmten Gründen an einer Desinformation der Bevölkerung interessiert sind, immer wieder erhoben worden. Ich möchte hierauf abschließend noch kurz eingehen.

### Emotionalisierung und Aufheizung

Die öffentliche Auseinandersetzung um den Zivilschutz wurde und wird in hohem Maße von der Friedensbewegung emotionalisiert und aufgeheizt. Ihr geht es nicht um eine Sachdiskussion. Dazu fehlt ihr auch die Fachkompetenz in Zivilschutzfragen.

Soweit diese Gruppierungen kommunistisch gesteuert sind, zielt die Kampagne gegen den Zivilschutz eindeutig auf eine Schwächung der Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung ab, indem diese durch Fehlinformationen verunsichert werden soll.

Soweit es sich um rein pazifistische Gruppierungen handelt, liegt ihrer Agitation gegen den Zivilschutz die irri- ge Vorstellung zugrunde, daß sich ein potentieller Gegner

von seinen etwaigen aggressiven Absichten durch einseitige Abrüstungsvorleistungen der NATO oder durch sonstige Verzichte etwa bei den Zivilschutzvorkehrungen abbringen lassen würde. Dafür gibt es leider in der Geschichte keine Beispiele.

Diejenigen, die Abrüstungsvorleistungen von seiten der NATO fordern, um die Abrüstungsspirale gegenläufig in Bewegung zu setzen, sollten bedenken, daß die Abrüstung von Waffen allein weder den Frieden sicherer machen, noch unsere freiheitlich-demokratische Lebensordnung gewährleisten kann. Dies ist erst dann möglich, wenn die zugrundeliegenden ideologischen, auf Systemexpansion gerichteten Positionen ihrerseits *abgerüstet* werden.

Denn die in diesen Positionen enthaltene und produzierte ideologische Energie bildet den Treibsatz für die Aufwärtsbewegung der Rüstungsspirale. Solange z. B. „friedliche Koexistenz“ in kommunistischer Sichtweise bedeutet: Fortsetzung der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen System bis zu dessen Überwindung *mit allen Mitteln unterhalb der Schwelle des bewaffneten Konflikts*, und wenn diese ideologische Position noch von gewaltigen Rüstungsanstrengungen unterstützt wird, dann ist es verständlich, daß die andere Seite eine entsprechende Gegenposition aufbaut und dieser eine Risikoeinschätzung zugrundelegt, die auch *angemessene militärische Mittel* zur Verhinderung der vom Gegner angestrebten Systemüberwindung für erforderlich hält.

Wenn der West/Ost-Dialog um mehr Frieden und Sicherheit nicht an diesem Punkt ansetzt, können Abrüstungsgespräche schwerlich die Voraussetzungen schaffen für ein dauerhaftes, gesichertes, solides und vertrauensvolles Mit- und Nebeneinander unterschiedlicher Gesellschaftssysteme in dieser Welt. Die „Abrüstung“ *ideologischer Positionen* ist daher insoweit als eine *conditio sine qua non* anzusehen. Das sollten auch die Zivilschutzgegner bei uns erkennen und anerkennen.

Für den Bund ist es besonders wichtig, daß vor allem diejenigen, die sich, wie Sie in der Feuerwehr, vor Ort aktiv für den Zivilschutz einsetzen, in der Lage sind, den Zivilschutzgegner in der Diskussion paroli zu bieten.

### Argumente aus BVS-Broschüre

Der BVS hat zu diesem Zweck eine kleine Broschüre mit Argumenten herausgebracht, die die Notwendigkeit der Zivilschutzvorkehrungen eindeutig belegen. Sie stellen m. E. eine gute Diskussionshilfe für die oft mit geschliffener Polemik vorgebrachten unzutreffenden Behauptungen der Zivilschutzgegner dar. Ich möchte Ih-

nen daher von dem sehr instruktiven Informationsmaterial des BVS besonders diese Broschüre ans Herz legen. Ohne die darin aufgeführten Argumente und Gegenargumente im einzelnen aufzuführen zu wollen, möchte ich den Standpunkt der Bundesregierung in der öffentlichen Diskussion um den Zivilschutz in seinem Gesamtzusammenhang kurz erläutern.

Die Auseinandersetzung um den Zivilschutz ist eingebettet in die sehr heftig geführte Diskussion über die Sicherheitspolitik und über die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion. Dies muß man wissen, um zu verstehen, warum von interessierter Seite ein so ungeheurer Propagandaaufwand gegen den Zivilschutz betrieben wird. Anlaß und Ausgangspunkt des Streits ist der NATO-Doppelbeschluß über die Aufstellung neuer nuklearer Waffensysteme in den europäischen NATO-Staaten als Erwiderung auf die sowjetischen SS-20-Raketen in Europa.

Im Zusammenhang mit der Nachrüstung, d. h. mit der Aufstellung von Mittelstreckenraketen bei uns in Westeuropa muß sich notwendigerweise jedem die Frage aufdrängen, ob nicht jeder Krieg letztlich zu einem Einsatz nuklearer Waffensysteme und ob nicht jeder Einsatz von Nuklearwaffen zu einer vollständigen Vernichtung unseres Landes führen muß, so daß Zivilschutzmaßnahmen nicht sinnvoll sind.

### **Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit**

Sicherlich reicht das vorhandene nukleare Waffenpotential aus, um ganz Mitteleuropa mehrfach zu vernichten. Die *Möglichkeit* einer vollständigen Vernichtung unseres Landes besteht also. Davon zu trennen ist jedoch die Frage der *Wahrscheinlichkeit*. Ist ein Krieg, in dem der Gegner Nuklearwaffen mit dem Ziel einsetzen würde, unser gesamtes Land mit seiner Bevölkerung zu vernichten, eine Gefahr, mit der wir als wahrscheinlich rechnen müssen?

Die deutsche Sicherheitspolitik und die der NATO gehen von der Grundannahme aus, daß sich die beiden Machtblöcke auch im unwahrscheinlichen Falle eines bewaffneten Konflikts rational, d. h. vernunftgemäß verhalten werden. Dafür spricht nicht zuletzt auch die Art des Abrüstungsdialoges der zwischen den beiden Supermächten kontinuierlich stattfindet und in dem Gipfeltreffen von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow am 10. Oktober 1986 in Reykjavik zu einer wichtigen Standortbestimmung für weitere Abrüstungsgespräche geführt hat.

Von daher ist die Annahme falsch, daß sich jeder bewaffnete Konflikt zwangsläufig zu

## **STELLENAUSSCHREIBUNG**

Die Bezirksregierung Koblenz stellt für die Katastrophenschutzschule Rheinland-Pfalz/Saarland in Burg/Mosel zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen

### **Lehrgruppenleiter Fernmeldedienst**

ein.

Geboten wird Vergütung nach BAT IVa mit Bewährungsaufstieg, während der Probezeit IVb.

Voraussetzung ist ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium der Nachrichtentechnik oder Elektrotechnik oder eine Fachausbildung im Fernmeldereich des Katastrophenschutzes, der Bundeswehr, der Polizei oder ähnliches.

Bewerbungen bitten wir mit Lebenslauf, Lichtbild, schulischem und beruflichem Werdegang innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige an die **Bezirksregierung Koblenz — Ref. 031 —, 5400 Koblenz, Stresemannstraße 3-5**, zu richten.

einer umfassenden Auseinandersetzung mit Nuklearwaffen entwickeln würde. Wenn einer der beiden Machtblöcke Nuklearwaffen zur vollständigen Vernichtung der anderen Seite einsetzen würde, müßte er nämlich mit der Vernichtung auch seines eigenen Landes rechnen.

Denn jeder Machtblock hat die Fähigkeit zum Gegenschlag, und diese Fähigkeit kann beim jetzigen Stand des Kräftepotentials nicht durch den Erstschlag des Angreifers ausgeschaltet werden. Daher ist der alles Leben vernichtende umfassende Nuklearkrieg zwar möglich, aber äußerst unwahrscheinlich. Er kann somit nicht zur Beantwortung der Frage herangezogen werden, ob Maßnahmen des Zivilschutzes sinnvoll sind oder nicht.

Ist also der Einsatz konventioneller Waffen im Falle eines bewaffneten Konflikts die sehr viel näher liegende Alternative, dann brauche ich in diesem Kreise nicht zu betonen, daß in diesem Fall die Überlebenschancen der Zivilbevölkerung durch Zivilschutzmaßnahmen ganz wesentlich erhöht werden können.

### **Nicht mit Sicherheit auszuschließen**

Ich bin mithin der Meinung, daß Zivilschutz erstens *notwendig* ist, weil nicht mit Sicherheit ein bewaffneter Konflikt ausgeschlossen werden kann. Zivilschutz ist zweitens auch *möglich*, weil ein alles vernichtender umfassender Atomkrieg der unwahrscheinlichste Fall eines bewaffneten Kon-

fliktes ist und weil in allen anderen Fällen Zivilschutzmaßnahmen die Überlebenschancen der Bevölkerung wesentlich erhöhen.

Auch die Ostblockstaaten betreiben seit langem Zivilschutz. Dem Westen dasselbe Tun als Kriegsvorbereitung zu unterstellen, ist selbst den Sowjets bisher nicht in den Sinn gekommen. Das hindert aber gleichwohl bestimmte Gruppierungen der Friedensbewegung nicht daran, diesen Vorwurf immer wieder und einseitig gegen den Westen gerichtet zu erheben.

Dem ist aber immer wieder entgegenzusetzen, daß in einem so dichtbesiedelten Land wie der Bundesrepublik Deutschland eine militärische Verteidigung ohne Zivilschutzmaßnahmen nicht möglich und glaubhaft ist.

Wie sollen auch Soldaten ihr Land verteidigen, wenn ihre Angehörigen keine Überlebenschancen haben? Entscheidend für die Erhaltung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist jedoch der Selbstbehauptungswille, ist die Bereitschaft des Bürgers, sich für die Erhaltung unserer rechtsstaatlichen Demokratie im Frieden und in Krisenzeiten aktiv einzusetzen.

Die Feuerwehren als eine der großen staatstragenden Bürgerinitiativen praktizieren in ihrer täglich bewiesenen Einsatzbereitschaft diesen Willen zur Selbstbehauptung, oft in lebensbedrohlichen Situationen. Sie sind daher am besten geeignet, für den Zivilschutz zu werben nach dem Motto unserer Zivilschutz-Broschüre: „Zivilschutz heute — für den Bürger — mit dem Bürger.“

## Beachtlicher Beitrag des Bundes zur Verbesserung der Daseinsvorsorge

Haushalt 1987: KatS-Einheiten des Bundes erhalten 254 Mio DM

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger (CSU), beantwortete im Namen der Bundesregierung die schriftlichen Anfragen der Bundestagsabgeordneten Dr. Liesel Hartenstein (SPD) zum Zivil- und Katastrophenschutz. Spranger betonte in seiner Antwort, daß die Bundesregierung dem erweiterten Katastrophenschutz eine hohe Bedeutung zumißt. In diesem Zusammenhang hob er auch die finanziellen Mittel für die Katastrophenschutzdienste im Haushaltsjahr 1987 hervor. Gerade die Erfahrungen von Tschernobyl, so der Staatssekretär, haben gelehrt, daß gut ausgebildete Hilfsdienste die Folgen chemischer oder nuklearer Katastrophen mindern können. Nach den Worten Sprangers plant das Bundesministerium des Innern daher, die Zahl der ABC-Züge zu erhöhen.

Frau Dr. Hartenstein hatte der Bundesregierung vier Fragen vorgelegt:

1. Welche Mittel sind 1987 für die Ausrüstung und Ausbildung der Katastrophenschutzeinheiten (Regieeinheiten) bereitgestellt, und wie verteilen sich diese Mittel auf die einzelnen Bundesländer?
2. Welche Maßnahmen sind geplant oder bereits durchgeführt, um den Katastrophenschutz, insbesondere bei Chemieunfällen und Auftreten von radioaktiver Strahlung, zu verbessern?
3. Wieviele Einheiten des Katastrophenschutzes (THW, DRK, ABC-Züge der Feuerwehren) sind heute mit Meßgeräten zur Erfassung radioaktiver Strahlung ausgerüstet und entsprechend ausgebildet? Wo bestehen Defizite?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, den Katastrophenschutz in die Verantwortung der Länder zu übertragen und ihnen die notwendigen Mittel nach einem bestimmten Schlüssel zur Verfügung zu stellen?

Seiner Antwort schickte Staatssekretär Spranger zunächst eine allgemeine Erläuterung voraus:

Der friedensmäßige Katastrophenschutz als Teilbereich der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist Aufgabe der Länder. Sie lassen ihn nach Landeskatastrophenschutzgesetzen auf der Kreisebene von den Hauptverwaltungsbeamten der Kreise und kreisfreien Städte unter Einsatz des dort vorhandenen Potentials von Hilfsorganisationen und kommunalen Feuerwehren durchführen. Der Bund ist für Schutz der Zivilbevölkerung in einem Verteidigungsfall zuständig. Zu diesem Zweck betreibt er die Erweiterung des friedensmäßigen Katastrophenschutzes der Länder hinsichtlich der besonderen Gefahren und Schäden, die in einem Verteidigungsfall drohen, aufgrund des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 (BGBl. I S. 776) in der Fassung vom 10. Juli 1974 (BGBl. I S. 1441).

Die vom Bund finanzierte Erweiterung des Katastrophenschutzes umfaßt rund 150 000 freiwillige Helferinnen und Helfer der Feuerwehren, der Bundesanstalt THW, des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe, des Malteser-Hilfsdienstes und der Regieeinheiten in unmittelbarer Trägerschaft der Kreise und kreisfreien Städte. Sie sind in über 7 300 Einheiten (Züge, Trupps) und ortsfeste Einrichtungen gegliedert und verfügen über ca. 14 000 Spezialfahrzeuge sowie andere Ausstattung im Gesamtwert von über 1,6 Mrd. DM. Der Bund trägt auch die laufenden Kosten z. B. für Ausbildung, Unterbringung, Betrieb, Instandsetzung und Ersatzbeschaffungen. Sie sind für das Haushaltsjahr 1987 in Höhe von 262 Mio. DM bewilligt.

Der Bund gestattet, daß Länder und Kommunen dieses Bundespotential, das sie im

Auftrag des Bundes verwalten, auch für ihre eigenen Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes sowie des Rettungswesens bei Unglücksfällen und Katastrophen im Frieden unentgeltlich einsetzen. Der Bund leistet damit einen beachtlichen Beitrag zur Verbesserung der Daseinsvorsorge im gesamten Bundesgebiet.

Dieses vorangeschickt, beantwortet die Bundesregierung nachstehend ihre Einzelanfragen hinsichtlich der vom Bund getragenen Erweiterung des Katastrophenschutzes. Entsprechende Angaben zum friedensmäßigen Katastrophenschutz der Länder stehen dem Bund infolge der grundgesetzlichen Aufgabenabgrenzung nicht zur Verfügung.

● **Zu 1.:** Im Haushaltsjahr 1987 werden den KatS-Einheiten des Bundes insgesamt 254 Mio DM für Ausrüstung, Ausbildung und sonstige dienstliche Zwecke bereitgestellt, die vom Bundesamt für Zivilschutz auf die Bundesländer wie folgt verteilt werden:

Schleswig-Holstein	19 Mio DM
Hamburg	12 Mio DM
Niedersachsen	23 Mio DM
Bremen	8 Mio DM
Nordrhein-Westfalen	75 Mio DM
Hessen	20 Mio DM
Rheinland-Pfalz	19 Mio DM
Baden-Württemberg	32 Mio DM
Bayern	37 Mio DM
Saarland	6 Mio DM
Berlin	3 Mio DM
	<hr/>
	254 Mio DM

Hinzu kommen 8 Mio DM für zentrale Ausbildungsaufgaben der Katastrophenschutzschule des Bundes.

● **Zu 2.:** Alle Katastrophenschutzeinheiten des Bundes sind so ausgerüstet, ausgebildet und organisatorisch geführt, daß sie Gefährdungen durch chemische Kampf-

stoffe und radioaktive Strahlung, wie sie in einem Verteidigungsfall auftreten könnten, feststellen, sich dagegen weitgehend schützen und ihren Rettungsaufgaben weiter nachgehen können. Die hierzu erforderliche vorhandene Ausstattung, Ausbildung und Führungsorganisation sind zunächst eine gute Grundlage, um auch bei Chemieunfällen und Auftreten radioaktiver Strahlung im Frieden selbst geschützt zu sein und gefährdeten Mitbürgern helfen zu können. Dies gilt insbesondere für die 245 ABC-Züge mit je 42 Helfern, die außer Messen und Spüren auch Personen und Sachen dekontaminieren können und deswegen von den Ländern z. B. beim friedensmäßigen Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen zum Betrieb von Notfallstationen eingeplant sind.

Der Bundesminister des Innern plant, als

Erfahrung aus dem Ereignis von Tschernobyl die Ausstattung der geeigneten Einheiten und Einrichtungen aller Fachdienste mit Kontaminationsnachweisgeräten für schwache radioaktive Strahlung vorzunehmen, die bisher nur in den 245 ABC-Zügen vorhanden sind. Darüber hinaus wird angestrebt, die Zahl der ABC-Züge in einem Mehrjahresprogramm weiter zu erhöhen, um möglichst allen Kreisen und kreisfreien Städten eine solche Einheit zur Verfügung zu stellen.

● **Zu 3.:** Alle dafür in Frage kommenden 2 582 Einheiten (Züge) und 838 Einrichtungen des Erweiterungsteils des Katastrophenschutzes sind vom Bund mit Meßgeräten zur Erfassung radioaktiver Strahlung ausgerüstet und so ausgebildet, daß sie die Bundesaufgaben wahrnehmen können. Es wird eine Verbesserung der Ausstattung

mit Kontaminationsnachweisgeräten für schwache radioaktive Strahlung und den bei ihrem Einsatz erforderlichen entsprechenden Personendosimetern und leichten Schutzanzügen angestrebt.

● **Zu 4.:** Wie eingangs dargelegt, nehmen die Länder den friedensmäßigen Katastrophenschutz in eigener Verantwortung wahr. Für die Erweiterung des Katastrophenschutzes durch den Bund tragen sie Verantwortung im Rahmen der ihnen obliegenden Bundesauftragsverwaltung. Sie erhalten dazu vom Bund die erforderlichen Haushaltsmittel aufgeschlüsselt nach der Stärke und Ausstattung der Bundeseinheiten im jeweiligen Land. Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung, hieran etwas zu ändern.

Große Fernmeldeübung des Regierungspräsidenten Darmstadt

## „Kugelblitz“ in Hessen

Rund um die Katastrophenschutz-Schule Hessen waren 160 Helfer im Einsatz: Sachkundige Beobachter nahmen den Ausbildungsstand der Fernmelder unter die Lupe

6.15 Uhr — das Signalhorn der Feuerwehr gellt über den Hof der Katastrophenschutz-Schule Hessen. Noch schlaftrunken springen 160 Helfer der Fernmeldezüge (FMZ) aus ihren Betten — nach dem Frühstück sollen die Einsatzbefehle für die Großübung verlost werden. Ein arbeitsreicher Tag wartet auf die Männer.

„Kugelblitz“, so die Bezeichnung der Übung, soll einen Überblick über Ausbildungsstand und Einsatzwert der Fernmeldezüge im Regierungsbezirk Darmstadt verschaffen, denn gerade der Nachrichtenvermittlung kommt bei großflächigen Schadenslagen eine immense Bedeutung zu. Der Stärke- und Ausstattungsnachweis — STAN — umschreibt die Aufgabe der Fernmelder so:

„Der Fernmeldezug stellt zusätzlich erforderliche Fernmeldeverbindungen her, ersetzt ausgefallene Fernmeldeeinrichtungen

und -verbindungen des Katastrophenschutzes und betreibt sie.“

Im einzelnen führt diese Zuweisung von der Einrichtung einer Funkstelle über den Bau von Fernsprechleitungen bis hin zum Anschluß an das öffentliche Fernsprechnet.

Die Fernmelder haben sonst wenig Gelegenheit, unter realistischen Bedingungen ihr Können zu testen — so bietet „Kugelblitz“ auch eine gute Möglichkeit zur weiteren Ausbildung.

Im Regierungspräsidium hatte man sich lange auf dieses Datum vorbereitet:

### 1. Die Aufgabenstellung

Von vorneherein sollte auf eine „wettkampf-mäßige Komponente“ verzichtet werden, weil der Ausbildungsstand der einzelnen Helfer sehr voneinander abweicht und der Einsatzwert eines Fernmeldezuges nur

schwer zu beurteilen ist. Gemeinsam mit den Zugführern entwickelte man folgendes Konzept:

Um die KatS-Schule Hessen werden sechs weitere Übungsobjekte ausgesucht. Hier sollen jeweils eine Ausweichfernmeldezentrale HVB und eine Ausweichfunkstelle eingerichtet und miteinander verbunden werden. Anschlüsse zum Telefonnetz der Post sind herzustellen. Außerdem müssen die Helfer mehrere Sprechfunkbetriebsstellen und Relaisfunkstellen aufbauen.

Die Einsatzorte — es sind nach Koordinaten verschiedene Punkte in einem imaginären Kreisgebiet anzufahren — wurden so ausgewählt, daß die Helfer in schwierigem Gelände arbeiten müssen.

### 2. Die Übungsvorbereitung

Um einen reibungslosen Ablauf der Übung zu gewährleisten, verhandelten die Organi-

satoren mit zahlreichen Behörden und Dienststellen. Zugleich standen sie vor dem Problem, für 160 Helfer Unterkunft und Verpflegung beschaffen zu müssen.

Das Schiedsrichterteam — durchweg THW-Angehörige — wurde bewußt aus

anderen Bezirken herangezogen, um eine faire Beurteilung zu gewährleisten.

Die Leitung obliegt den Männern, die bereits mit der Planung von „Kugelblitz“ befaßt waren (KatS-Schule; Regierungspräsidium Darmstadt).

## Die Übung

Schon am Vortag treffen die Leitung, der Verpflegungstrupp Hoch-Weisel und die Schiedsrichter in der KatS-Schule ein.

Gemäß Übungsbefehl rollen dann in der Zeit von 18 bis 20 Uhr die Wagen der Fernmeldezüge auf das Gelände.

Regierungsdirektor Ulrich Lüdke und der Leiter der KatS-Schule, Johannes Hinse, geben nach dem Abendessen eine allgemeine Einweisung in die Übung.

Zugführer und Schiedsrichter informieren sich anschließend über die näheren Details. Ihnen stehen Polizeihauptkommissar Claus Dölz vom Regierungspräsidium Darmstadt und der Lehrgruppenleiter Fernmeldedienst der KatS-Schule Hessen, Otto Ruppel, Rede und Antwort.

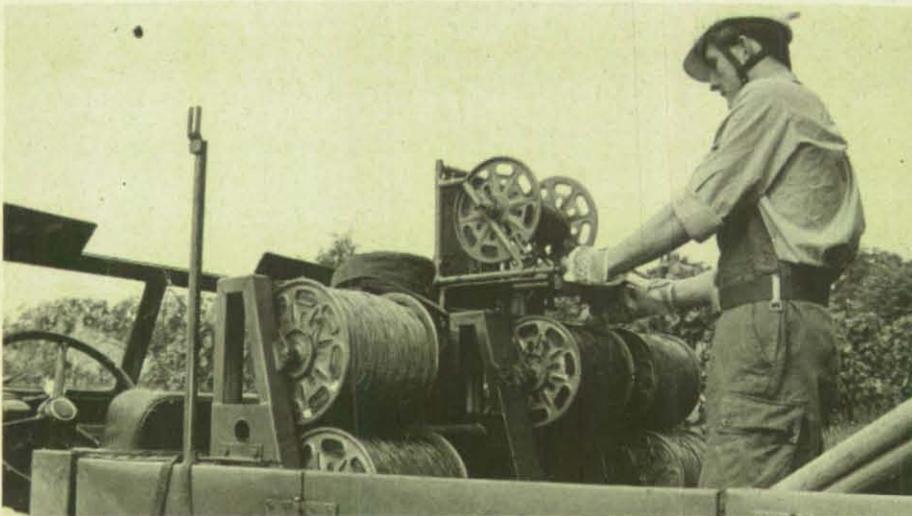
Am nächsten Tag sind die Helfer rundum beschäftigt. Die Übungsaufgaben sind bewußt so bemessen, daß die Leistungsgrenzen, aber auch die Leistungsmöglichkeiten der einzelnen Züge deutlich werden. Dabei sollen alle Register der Fernmeldetechnik gezogen werden: Je nach Los verlegen die Helfer ihre Kabel in Weinbergen, im Wald oder in Ortschaften; in Tief- und Hochbau sind Eisenbahnlinien und Landstraßen zu überwinden, schließlich müssen die Helfer mit Eigentümern über die Nutzung ihrer Telefonanschlüsse verhandeln. Eine Übungspause gibt es nicht — die Zugführer sorgen dafür, daß die notwendige Verpflegung bei der Ausgabestelle abgeholt wird.

Die Schiedsrichter verfolgen genauestens das Übungsgeschehen: Stärker als bei anderen Fachdiensten des KatS zeigen sich bei den Fernmeldern ganz erhebliche Ausbildungsmängel. Sehr schlecht ist es auch um die Züge bestellt, die weit unter Sollstärke angetreten sind: Obwohl die Helfer sich ganz besonders anstrengen, erreichen sie das gesteckte Übungsziel nicht.

Nach 18.00 Uhr geht „Kugelblitz“ seinem Ende entgegen. Nicht alle Leitungen sind verlegt; aber immerhin wurden an diesem Tag 47 km Kabel angeschlossen. Viele Männer sind erschöpft. Die Übung hat Spaß gemacht — aber sie hat auch Kraft gekostet.

Am folgenden Tag prüfen die Fernmelder noch einmal die Leitungen, bevor der Abbau beginnt und sie ihre Geräte wieder verlasten und nach Hause fahren.

Wichtig — so Regierungsdirektor Ulrich Lüdke — sind solche Übungen, insbesondere Übungen, wo Standortbestimmungen, echte Leistungsforderung und Kameradschaft in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Zum Abschluß von „Kugelblitz“ dankt Lüdke noch einmal allen Teilnehmern und würdigt die Unterstützung durch das Bundesamt für Zivilschutz und die KatS-Schule des Bundes.



Feldkabelverlegung vom Fahrzeug.



Zu Fuß unterwegs: Fernmelder legen Verbindungskabel in den Weinbergen.



Blick in eine (Ausweich-) Fernmeldezentrale HVB (hier: Funkstelle).

Bei friedensmäßigen Einsätzen gewinnt der ABC-Dienst eine immer größer werdende Bedeutung

# Die Hauptaufgaben sind die Erkundung und Dekontamination

Praktische Unterweisung des ABC-Zuges am Beispiel des Lehrgangs für Gruppenführeranwärter

„Hier Kater Schule Wesel 11. Ich habe eine NBC 3-NUC-Meldung. Sind Sie schreibbereit?“ Auf fünf Kraftfahrzeuge verteilt vernehmen die insgesamt 14 Männer die NBC 3-Meldung. Ihre Aufgabe wird darin bestehen, von einem Empfangssender, der einem Dosisleistungsmesser entspricht, Werte abzulesen, die in Form von Ultrakurzwellen über einen Sender an vorher festgesetzten Meßpunkten durchgegeben werden. Ziel dieser Arbeit ist es, ein radioaktiv kontaminiertes Gebiet zu erkunden, d. h. die Grenzen des kontaminierten Gebietes festzustellen und die ermittelten Werte später der AMAST mitzuteilen. — Ein kurzer Ausschnitt aus dem zehntägigen Ausbildungslehrgang für Gruppenführeranwärter des ABC-Dienstes an der Katastrophenschutzschule Nordrhein-Westfalen in Wesel. Das „Zivilschutz-Magazin“ besuchte diesen Lehrgang und nimmt ihn zum Anlaß, Arbeit und Inhalt des ABC-Dienstes einmal vorzustellen.

## Die Aufgaben des ABC-Zuges

Der ABC-Dienst gehört zu einem der insgesamt neun Fachdienste im Katastrophenschutz. Als taktische Einheit fungiert der ABC-Zug. Seine hauptsächliche Aufgabe besteht darin, die durch atomare, biologische und chemische Mittel drohenden Gefahren festzustellen, Personen, Sachen und Gelände zu dekontaminieren, d. h. zu entgiften.

Eine immer größere Bedeutung kommt dem friedensmäßigen Einsatz der ABC-Züge zu, denn vor allem die jüngere Vergangenheit hat gezeigt, daß der Mensch vor technischen Katastrophen wie z. B. Tschernobyl oder Schweizerhalle/Basel nicht sicher ist.

Der ABC-Zug wird dort eingesetzt, wo die Bevölkerung durch atomare oder chemische Mittel sowie unmittelbar von Seuchen bedroht oder betroffen ist und wo Hilfs- und Rettungsmaßnahmen anderer Fachdienste

durch die Auswirkungen dieser Mittel behindert werden. Ein aktuelles Beispiel: Während der Lehrgang für ABC-Gruppenführeranwärter in Wesel lief, verunglückte im nahen Kreisgebiet ein LKW, der mit Chemikalien, besonders mit Phenol beladen war. Nach dem Unfall kam ein örtlicher ABC-Zug sofort zum Einsatz.

Die Hauptaufgaben des ABC-Zuges lassen sich in zwei Bereiche einteilen: Es sind zum einen die ABC-Erkundung und zum anderen die Dekontamination.

Der ABC-Zug führt in den beiden Aufgabebereichen folgende Arbeiten durch: Er

- mißt, spürt und meldet radioaktive, biologische und chemische Kontamination und nimmt Proben,
- kennzeichnet und überwacht kontaminierte Gebiete,
- dekontaminiert Personen und Sachen,
- wirkt bei der Dekontamination verletzter Personen mit,
- führt Geländedekontaminationen durch, soweit diese für den Einsatz der anderen Fachdienste zur Menschenrettung notwendig sind,

— wirkt bei der Trinkwasserversorgung mit.

## Ausbildung der Helfer im ABC-Zug

Trägerorganisationen des ABC-Dienstes sind die Feuerwehren, das Technische Hilfswerk oder die im Katastrophenschutz mitwirkenden Sanitätsorganisationen; auch als direkt dem Hauptverwaltungsbeamten unterstellte Regieeinheiten gibt es ABC-Züge.

Der ABC-Zug arbeitet in der Regel selbständig im Einsatz und führt Aufträge aus. Er besteht aus 1/10/31, d. h. aus einem Zugführer, zehn Unterführern und 31 Helfern, also insgesamt aus 42 Mitwirkenden.

Alle Helfer durchlaufen zunächst ihre Aus- und Fortbildung auf Standortebene. Von dort geht es zu den Aus- und Fortbildungslehrgängen für Helfer für besondere Tätigkeiten und für Unterführer und Zugführeranwärter auf Landesebene zu den jeweiligen Katastrophenschutzschulen der Län-



Lehrgangsführer Peter Funk weist die Gruppenführeranwärter des ABC-Dienstes ein.

der; auf Bundesebene findet dann zum einen die weitere Ausbildung für Bereitschaftsführer und Zugführer bestimmter Fachdienste und für die für die Katastrophenschutzleitung verantwortlichen Kräfte statt (Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler), zum anderen werden die technischen Spezialisten ausgebildet (Außenstelle Hoya).

### Der ABC-Gruppenführerlehrgang

Zunächst am Standort wird also der Helfer im ABC-Dienst ausgebildet. Seinen Truppführerlehrgang absolviert er bereits an seiner entsprechenden Landesschule, bevor er auch dort den „Ausbildungslehrgang für Gruppenführeranwärter des ABC-Dienstes“ besucht. 80 Stunden umfaßt dieser Lehrgang, der über zwei Wochen an der Katastrophenschutzschule Nordrhein-Westfalen in Wesel läuft.

In der ersten Woche wird ein großes Augenmerk auf die theoretischen Grundkenntnisse gelegt, die zweite Lehrgangswochen beinhaltet neben der Prüfung die Vermittlung und Vertiefung der praktischen Arbeit des ABC-Zuges.

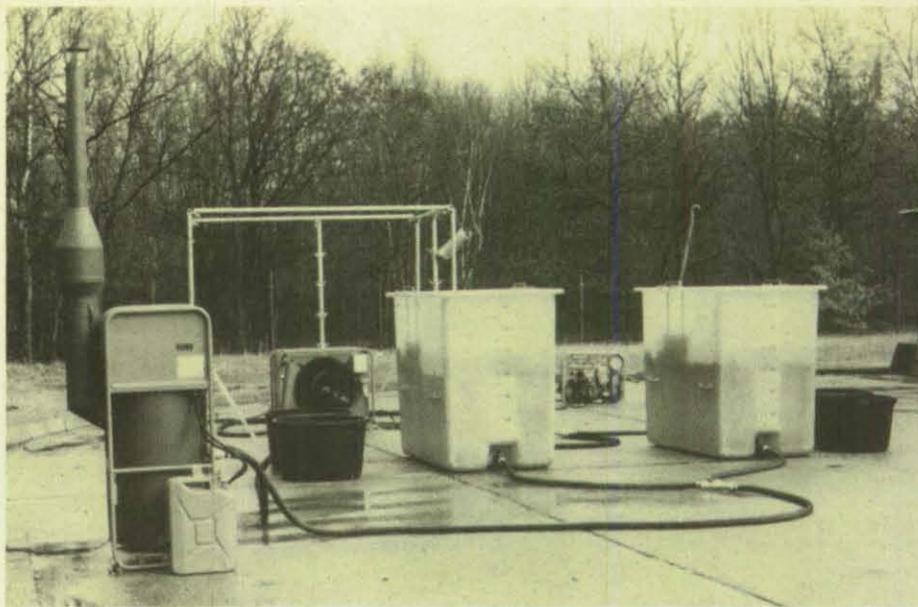
Zielgruppe des Lehrganges sind Truppführer des ABC-Zuges mit Eignung zum Gruppenführer. Die Lehrgangsteilnehmer müssen die Voraussetzungen erfüllen, erfolgreich am Ausbildungslehrgang für Truppführer-Anwärter des ABC-Dienstes teilgenommen zu haben, sich als Truppführer im ABC-Zug bereits bewährt zu haben und die Eignung zur selbständigen Führung einer Gruppe im ABC-Zug mitzubringen.

Nach Absolvierung des Lehrgangs sollen sie befähigt sein, als Gruppenführer im ABC-Zug in Eigenverantwortung ABC-Erkundungs- und Dekontaminationsaufträge durchzuführen und selbständig Helfer am Standort für die Funktion in einer der Gruppen des ABC-Zuges auszubilden.

### Aufgaben eines ABC-Gruppenführers

Was genau gehört denn zur Aufgabe eines Gruppenführers im ABC-Zug? Diese Frage wurde zu Beginn des Ausbildungslehrgangs unter Leitung von Peter Funk beantwortet. „Zur Führung einer Gruppe im ABC-Zug gehören:

- Ausbildung der ABC-Helfer am Standort,
- Überwachung und Anleitung zur sachgemäßen Bedienung der Ausstattung des ABC-Zuges und ggf. der friedensmäßigen Ausstattung unter Beachtung der allgemeinen bzw. der besonderen Unfallverhütungsvorschriften und Sicherheitsbestimmungen,



Oben: Blick auf eine komplette Heißwasser-Dekontaminations-Anlage (HDA).  
Unten: Das Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF).



- Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der Gruppe,
- Führung einer Gruppe im Rahmen der ABC-Erkundung und der Dekontamination,
- Mitwirkung bei der Ausbildung im Strahlenschutz unter Berücksichtigung friedenszeitlicher Erfordernisse."

### Theorie und Praxis

Insgesamt sind es 14 Lehrgangsteilnehmer, die in verschiedenen ABC-Zügen in Nordrhein-Westfalen als Truppführer tätig sind, und die sich nun in Wesel auf weitere Aufgaben vorbereiten möchten. Im theoretischen Unterricht werden die Kenntnisse vertieft: Von strahlenanzeigenden Geräten wie Dosisleistungsmesser und Dosismesser, der angewandten Kartenkunde, geht es über die Fernmeldemittel des ABC-Zuges und dem Erkundungs- und Melde-



Wolfgang Neukoether gibt den Lehrgangsteilnehmern Anweisungen am DMF.

dienst zum Einsatz in radioaktiv kontaminierten Gebieten. Auch atomare und chemische Kampfmittel, Dekontaminationsmittel des ABC-Zuges, die persönliche ABC-Schutzausstattung sowie die Einsatz- und Führungstechnik werden den Lehrgangsteilnehmern nahegebracht.

Gleich zu Beginn der zweiten Lehrgangswoche geht es in die Praxis: „Einsatz der Gruppenführer bei der Dekontamination“ heißt das Thema. Dekon-Stellen P (Personen) und G (Geräte) werden eingerichtet, Straßendekontaminationen werden durchgeführt und eine HDA (Heißwasser-Dekontaminations-Anlage) aufgebaut. Die örtlichen Gegebenheiten der Landeskatastrophenschutzschule in Wesel sind ideal: Das Übungsgelände in Hamminkeln bietet sowohl auf dem Freigelände als auch in den Hallen viel Platz, die verschiedenen Dekon-Stellen aufzubauen.

### Die Dekon-Stellen

Bei den Dekon-Stellen wird unterschieden zwischen ortsfesten und mobilen Anlagen. So werden die Teilnehmer auch eingewiesen in die Erkundung ortsfester Dekon-Stellen. Diese können z. B. in Schwimmbädern, in den sanitären Einrichtungen von Campingplätzen, Schulen oder Sporthallen, großen Betrieben oder in Tankstellen mit Großwaschanlagen sein.

Die Lehrgangsteilnehmer wissen, worauf es bei der Erkundung von Dekon-Plätzen ankommt: So sollen z. B. möglichst viele Duschköpfe, also eine ausreichende Wasserversorgung vorhanden sein; weiter sind wichtig die Abwässerbeseitigung, der feste Untergrund, befestigte Zu- und Abfahrtswege und der Raum für Sammelplätze. Für mobile Dekon-Stellen steht das DMF, das Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug zur Verfügung. Es hat u. a. 1 500 Liter Wasser an Bord und zusätzlich zwei Wasser-Faltbehälter für noch einmal 3 000 Liter.

### Die HDA

Die Aufgabe der Erkundung übernimmt, wie der Name schon sagt, die Erkundungsgruppe (zwei Unterführer, sechs Helfer) des ABC-Zuges. Sie erkundet auch die Grenzen kontaminierter Gebiete. Weiter gibt es im ABC-Zug neben dem Zugtrupp (ein Zugführer, zwei Unterführer, fünf Helfer) und der Erkundungsgruppe auch die Dekontaminationsgruppe P (drei Unterführer, elf Helfer) und die Dekontaminationsgruppe G (drei Unterführer, neun Helfer).

Nicht nur die Einsatzkräfte werden im Ernstfall von giftigen Stoffen dekontaminiert, sondern auch Geräte wie z. B. Einsatzkleidung und Fahrzeuge. Für die Entgif-

tung von Schutzanzügen, Stiefeln und Schutzmasken etc. gibt es die HDA, die Heißwasser-Dekontaminations-Anlage, die von den Teilnehmern ebenfalls aufgebaut wird. Mit Stromerzeuger, Durchlauferhitzer und Kondensatpumpe wird in Behältern gefülltes Wasser zum Kochen gebracht. Die Kleingeräte werden dann mindestens zwei bis drei Stunden lang im kochenden Wasser entgiftet.

### Einsatzübung

Die Geräte sind den Lehrgangsteilnehmern bekannt, es folgt die erste Einsatzübung:

**Die Marschroute, die sie in Planquadraten genannt bekommen, übertragen die Lehrgangsteilnehmer auf die Karte.**



**Vom vorausfahrenden Fahrzeug aus werden über einen Sender Ultrakurzwellen durchgegeben, ...**



**... die auf einem Empfangssender, der einem Dosisleistungsmesser entspricht, in Werten abgelesen werden.**



„Führung und Einsatz der Erkundungsgruppe zur A-Erkundung.“ In Einzeltrupps mit je drei bis vier Personen machen sich die Lehrgangsteilnehmer auf den Weg, wobei sie ihre Kenntnisse in der Kartenkunde und in der Funkkunde unter Beweis stellen müssen. Meldungen werden nach dem NBC-Meldesystem für die zivile und militärische Verteidigung im Bereich der NATO abgesetzt.

Im einzelnen läuft die Übung wie folgt: Die als Gruppenführer bestimmten Lehrgangsteilnehmer erhalten ihren Einsatzbefehl und übertragen die Marschroute, die sie in Planquadraten genannt bekommen, auf die



Beim Aufbau des Dekon-Zeltes.



Allmählich nimmt das Zelt Formen an.



Die einzelnen Phasen der Dekontamination müssen folgerichtig aufgebaut werden.



Die komplette Dekon-Anlage P.

(Fotos: Dorothee Boeken)

Karte. Sie sollen zu einem neuen Bereitstellungsraum bei „LC 258269“ finden. Während der Fahrt werden NBC-Meldungen abgesetzt, so daß die Teilnehmer sich nicht beklagen können über mangelnde Arbeit. „Die ABC-Züge müssen immer wieder üben, damit jeder Handgriff sitzt. Deshalb legen wir hier in der Schule viel Wert auf die praktische Arbeit“ — so Lehrgangsleiter Peter Funk gegenüber dem „Zivilschutz-Magazin“.

### Eine Dekon-Anlage wird aufgebaut

Die Einsatzübungen werden die letzten Tage des Lehrgangs vor der Lernerfolgskontrolle nahezu gänzlich füllen. Nachdem die Teilnehmer ihren neuen Bereitstellungsraum gefunden, sie während der Fahrt übungsartig erkundet und gespürt haben, werden sie einen Dekontaminationsplatz im Freien aufbauen und völlig betriebsbereit herstellen. Einzelne Schritte sind beim Aufbau genau zu überdenken, denn es muß z. B. sichergestellt sein, daß dekontaminierte Personen nicht mit kontaminierten in Berührung kommen. Deshalb hat das Dekontaminationszelt, in dessen mittlerem Teil sich die Duschen befinden, je einen Ein- bzw. Ausgang, eine sogenannte „unreine Seite“ und eine „reine Seite“.

Der Weg zur Dekontamination P sieht folgendermaßen aus: Eingangskontrolle, Schuhreinigung, Kleingeräte- und ABC-Schutzbekleidungsabgabe, Abgabe der persönlichen Gegenstände, Wertsachen, der Ober- und Unterbekleidung, Kontrolle auf Verletzungen, Abgabe der ABC-Schutzmaske, Duschen. Nach der Dekontamination folgen weitere Schritte: Abtrocknen, Nachkontrolle, Bekleidungsempfang, Ankleiden, Registrierung, Empfang der persönlichen Gegenstände und Wertsachen.

Die Lehrgangsteilnehmer erfüllen ihre Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der gesamten ABC-Lehrgruppe der Schule in Wesel. Dazu gehören neben Peter Funk auch Bernhard van Hal, Wolfgang Neukoether und Axel Dudda.

### Teilnehmer profitieren von dem Lehrgang

Von dem Ausbildungslehrgang für Gruppenführeranwärter des ABC-Dienstes profitieren die Teilnehmer, wie sie gegenüber dem „Zivilschutz-Magazin“ einmütig äußern. Viele allerdings bemängeln ihre Aus- und Fortbildung am Standort: „Es wird sehr wenig geübt, obwohl die örtlichen Möglichkeiten vorhanden sind.“ Dies jedoch läßt sich ändern, denn schließlich sind es die Gruppenführer, die die Helfer am Standort für die Funktion in einer der Gruppen des ABC-Dienstes ausbilden. boe

# Das Rote Kreuz auf weißem Feld

Die Philatelie als Spiegel der Geschichte einer humanitären Organisation

Das „Rote Kreuz“, dem Millionen von Menschen angehören, und auf das Millionen von Menschen mit Hoffnung schauen, blickte kürzlich auf sein 120jähriges Bestehen zurück. Dies soll Anlaß sein, uns mit dieser humanitären Organisation zu beschäftigen sowie mit seiner Verbindung zur Philatelie.

Solferino, ein kleiner Ort südlich des Gardasees in Oberitalien, war bis zur Hälfte des vorigen Jahrhunderts kaum bekannt. Der Name ging jedoch in die Geschichte ein, verbunden mit einer Schlacht, die die blutigste des 19. Jahrhunderts war. Sie wurde zur Geburtsstunde einer Idee, der Idee der Menschlichkeit auf dem Schlachtfelde.

Die französisch-sardinischen Truppen befanden sich im Juni 1859, nach der Schlacht bei Magenta, im zügigen Vormarsch nach Norden. Ihnen gegenüber stand Kaiser Franz-Josef von Österreich mit seinen österreichischen Soldaten. Auf dem Schlachtfeld von Solferino (Abb. 1) kam es zu einem fürchterlichen Gemetzel. Am Abend des 24. Juni 1859 waren die französisch-sardinischen Truppen Sieger. Mehr als 40 000 Tote und Verwundete blieben im Felde liegen.

## „Wir alle sind Brüder“ und die Genfer Konvention

Henry Dunant (Abb. 2), ein Schweizer Bürger und Geschäftsmann, befand sich von Genf zu Kaiser Napoleon III. unterwegs. Hier begann nun die große Stunde von Henry Dunant. Er bemühte sich, die Verwundeten selbst zu tragen und zu versorgen. Im Gebiet weilende italienische Frauen

forderte Dunant auf, ebenfalls zu helfen. Sein Ruf „tutti fratelli — wir alle sind Brüder“ blieb nicht ungehört. Er erreichte, daß die Verwundeten gepflegt und versorgt wurden, ja daß selbst gefangene Ärzte für die ärztliche Betreuung eingesetzt werden konnten.

Die schrecklichen Bilder des Schlachtfeldes verfolgten Dunant, und er gab 1862 seine kleine Schrift „Eine Erinnerung an Sol-

Unten links: Abb. 1  
Unten Mitte: Abb. 2  
Unten rechts:  
Abb. 3 (oben),  
Abb. 4 (unten)

Rechts: Abb. 5





Abb. 7



Abb. 6



Abb. 8



Abb. 9



Abb. 10

ferino" heraus. Der Aufruf Dunants und sein Einsatz führten 1863 zur I. Genfer Konvention und zum Konventions-Abschluß von 1864 (Abb. 3). Heute haben wir vier Genfer Abkommen. Das erste Abkommen behandelt die Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde; das zweite Abkommen die Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See (Abb. 4); das dritte Abkommen die Behandlung der Kriegsgefangenen und das vierte Abkommen den Schutz der Zivilpersonen in Kriegszeiten. Diese vier Genfer Konventionen sind von zahlreichen Staaten ratifiziert und zwischenzeitlich auch die Zusatzprotokolle. Postdokumente aus der damaligen Gründerzeit des Roten Kreuzes sind heute Kostbarkeiten in einer Motivsammlung. Portofreiheitsstempel findet man beim deutsch-österreichischen Krieg 1866 und beim deutsch-französischen Krieg 1870/71.

### Die Liga der Rotkreuz-Gesellschaften

Die Genfer Konventionen sahen im Kriege die Einrichtung einer zentralen Auskunftsstelle vor. Diese wurden bei den nachfolgenden Kriegen eingerichtet, insbesondere im 1. und 2. Weltkrieg. Für die Poststücke dieser Auskunftsstelle wurden Portofreiheitsmarken benutzt bzw. Portofreiestempel. Die „Zentrale Auskunftsstelle“ in Genf (Abb. 5) bearbeitete in den beiden Weltkriegen Millionen von Poststücken aller am Kriege beteiligten Länder.

Insbesondere nach dem 2. Weltkrieg erfolgte die Gründung von zahlreichen jungen Staaten durch die Entkolonialisierung. In diesen jungen Staaten mußten die nationalen Rotkreuzgesellschaften erst aufgebaut werden. Hier erhielten diese Gesellschaften wesentliche Unterstützung durch die Liga der Rotkreuz-Gesellschaften. Die Liga der Rotkreuz-Gesellschaften wurde nach dem 1. Weltkrieg im Jahre 1919 gegründet und ist die Dachorganisation aller nationalen Rotkreuz-Gesellschaften. Wir können sie auch als zweite Säule des Roten Kreuzes

neben dem „Internationalen Roten Kreuz“ — dem IKRK — sehen (Abb. 6). Auf diesen Bereich weisen zahlreiche Briefmarken hin, insbesondere auch aus Anlaß der 50-Jahrfeier der Liga der Rotkreuz-Gesellschaften im Jahre 1969.

Umfangreich sind die Aufgaben der einzelnen nationalen Gesellschaften. Sie sind, je nach Land, unterschiedlich. Sicherlich, die Wohlfahrtsarbeit und die Aufgaben der Ersten Hilfe stehen im Vordergrund. Auf den einzelnen Briefmarken finden wir immer wieder Tätigkeitsgebiete der nationalen Gesellschaften dargestellt (Abb. 7).

Groß ist die Zahl der Sonderstempel und Werbestempel (Abb. 8—11), die aus Anlaß von besonderen Ereignissen erschienen sind.

Die Zahl der Absenderfreistempel (Abb. 12) nimmt von Jahr zu Jahr zu.

### Ein umfangreiches Gebiet

Sammler, die sich heute thematisch mit dem Roten Kreuz beschäftigen wollen, finden ein umfangreiches Gebiet vor. Denken wir an den Bereich der Briefmarken, Briefmarkenblöcke und Markenheftchen, die das Zeichen des Roten Kreuzes oder des Roten Halbmondes und des jetzt nicht mehr bestehenden Roten Löwen und der Roten Sonne tragen (Abb. 13) bzw. den entsprechenden Hinweis. Neben Marken mit einem Aufdruck für das Rote Kreuz sowie Briefmarken mit Zuschlag für das Rote

Abb. 11



Abb. 12

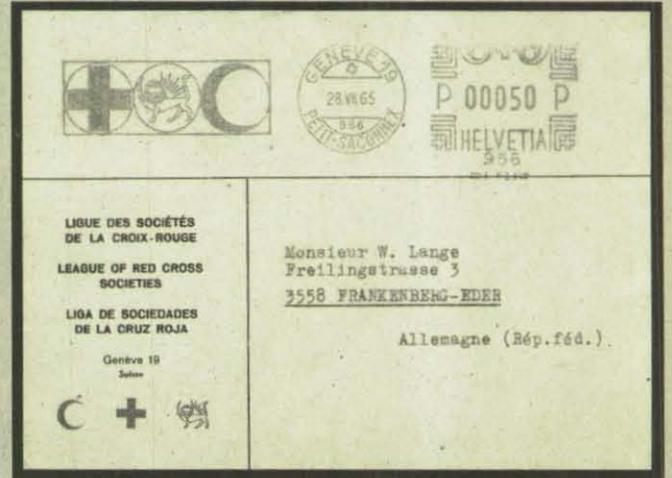


Abb. 15



Abb. 16



Oben: Abb. 13, unten: Abb. 14



Abb. 17

Kreuz oder die Zwangszuschlagsmarken, wie die Abb. 14 zeigt, gibt es Rotkreuzbriefmarken, die mit einem Aufdruck für andere Verwendungszwecke verausgibt wurden. Auch die Portofreiheitsmarken des vorigen Jahrhunderts, die Soldatenmarken, Ganzsachen (Abb. 15), Postkarten und Briefumschläge von nationalen Rotkreuz-Gesellschaften oder mit Hinweisen auf das Rote Kreuz, die Kriegsgefangenen- und Interniertenpost (Abb. 16), die Sonder-, Werbe- und Frankostempel sind ebenso interessant wie der Bereich der Feldpostmarken mit Rotkreuzzuschlag, die Lagerpostmarken mit Rotkreuz-Hinweisen, die Lazarettpost, Schiffspost von Rotkreuz-Lazarettsschiffen (Abb. 17), die Bedarfspost der Rotkreuz-Delegierten bei ihren Einsätzen an den Brennpunkten der Welt, die Suchdienstpost (Abb. 18, 19), die Maximumkarten oder Briefverschlusssmarken (Abb. 20).

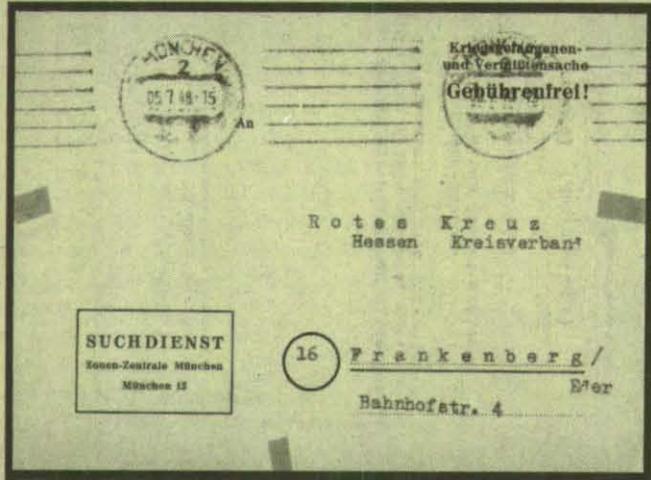


Abb. 18



Abb. 19



Abb. 20



Abb. 21

Eine Motivsammlung „Rotes Kreuz“ kann nach den verschiedensten Überlegungen aufgebaut werden. Der nachfolgende Sammlungsplan bietet sich z. B. an:

1. Das Rote Kreuz – Menschheitspatriotismus –
2. Geschichte und Organisation des Roten Kreuzes
3. Aufgaben und Tätigkeiten des Roten Kreuzes
4. Das Rote Kreuz – seine Tätigkeiten im Krieg und Frieden
5. Das Rote Kreuz – Helfer der Kriegsgefangenen und Internierten
6. Rund um das Rote Kreuz
7. Das Rote Kreuz und philatelistische Belege (Ganzsachen, Wohlfahrtskarten, Zierbriefe usw.)
8. Stempel werben für die Aufgaben des Roten Kreuzes (Franko-, Werbe-, Sonderstempel).

Alle diese Belege machen uns auf die Tätigkeit einer Gesellschaft aufmerksam, die weltweit arbeitet und für viele Menschen, die in Not sind, ein Hoffnungszeichen darstellt: „Das Rote Kreuz auf weißem Feld“ (Abb. 21).

Dipl.-Chem. Michael Benninghoff, Brandoberrat BFW Wuppertal  
Jochen Freitag, cand. med.

# Atemschutzausbildung für Notärzte

Der Einsatz von Ärzten im Rettungsdienst hat sich in den letzten Jahren immer weiter durchgesetzt. Dabei gilt es in der Mehrzahl der Fälle, bei internistischen Notfällen oder aber bei Unfällen im Verkehr bzw. am Arbeitsplatz, qualifizierte medizinische Erstversorgung an der Unfallstelle oder in der Wohnung des lebensbedrohlich Erkrankten zu leisten.

Bei einigen Einsätzen ergeben sich jedoch Situationen, wo Atemgifte oder toxische Substanzen freigesetzt werden und somit eine Gefährdung des eingesetzten Personals (Notarzt, Rettungssanitäter, Feuerwehrmänner) darstellen. In diesen Fällen schützen sich die Angehörigen der Feuerwehren durch umluftunabhängige Atemschutzgeräte (Regenerationsgeräte und Preßluftatmer). Sie können — isoliert von der toxischen Atmosphäre — näher zur ei-

gentlichen Einsatzstelle vordringen und mit Rettungs- und Löscharbeiten beginnen.

Die Feuerwehrmänner sind für den Einsatz unter Atemschutzgeräten gemäß der Feuerwehrdienstvorschrift ausgebildet, die Notärzte in der Regel jedoch nicht. Um dennoch — vor allem bei zeitraubenden technischen Bergungsarbeiten — eine sofortige notärztliche Versorgung direkt am Unfallort zu ermöglichen, müßte auch der Notarzt mit entsprechendem Atemschutz ausgerüstet und im Gebrauch desselben ausgebildet sein.

Aus diesen Erwägungen heraus wurde bei der Berufsfeuerwehr Wuppertal begonnen, im Notarztdienst eingesetzte Mediziner als Atemschutzgeräteträger auszubilden. Es erfolgte zunächst eine arbeitsmedizinische Untersuchung nach den Berufsgenossenschaftlichen Grundsätzen (G 26 für Geräte

der Gruppe 3), um eine entsprechende körperliche Eignung festzustellen. Die eigentliche Ausbildung wurde gemäß der erwähnten Feuerwehrdienstvorschrift 7 durchgeführt. Dabei wurden sowohl theoretische Grundlagen — hauptsächlich Gerätekunde und Einsatzgrundsätze — vermittelt als auch praktische Übungen in den Atemschutzübungsstrecken der Berufsfeuerwehr Wuppertal und des Ennepe-Ruhr-Kreises. Die Ausbildung fand an allen bei der Feuerwehr üblicherweise verwandten Atemschutzgeräten (Preßluftatmer als 1- oder 2-Flaschengeräte mit mindestens 1600 L Atemluft) und die seltener eingesetzten Regenerationsgeräte statt. Der Einsatz unter Chemikalienschutzanzügen wurde ebenfalls geübt.

Bestandteile des zweckorientierten Trainingsprogramms waren beispielsweise die Behandlung eines Patienten unter Schutzanzug mit dem umluftunabhängigen Notfallbeatmungsgerät Dräger-Oxylog LA sowie die Intubation.

Die ausgebildeten Mediziner fühlten sich den physischen und psychischen Anforderungen gewachsen. Andererseits fielen die arbeitsphysiologischen Meßdaten (Kreislaufverhalten, Verbrauch an Atemluft, erbrachte Arbeitsleistung) nicht schlechter aus als bei gleichartig ausgebildeten Angehörigen von Berufs- oder freiwilligen Feuerwehren. Trotz des relativ geringen Aufwandes ist es sicherlich nicht möglich, alle Notärzte als Atemschutzgeräteträger auszubilden. Es scheint jedoch wünschenswert, beispielsweise in Einsatzgebieten mit großen Unternehmen der chemischen Industrie, ständig einen entsprechend ausgebildeten Notfallmediziner zur Verfügung zu haben.

(Der Bericht wurde mit freundlicher Genehmigung dem „Drägerheft 335“ entnommen.)



Im Rahmen des Trainingsprogrammes wurde auch die Behandlung eines Patienten mit dem Dräger-Oxylog LA geübt. (Foto: Dräger)

# Neue Technik bringt Vorteile

Betrachtung zur Verwendung von Telekopierern im Brand- und Katastrophenschutz

Seit Anfang November 1986 stehen dem Stab HVB der Landeshauptstadt Wiesbaden drei Telekopierer Infotec 6500 leihweise zur Verfügung. Die Geräte sind wie folgt verteilt:

1. Einsatzzentrale der Berufsfeuerwehr Wiesbaden (Leitfunkstelle Rhein-Taunus)
2. Fernmeldezentrale Stab HVB
3. Techn. Einsatzleitung (TEL)

## Begriffsbestimmungen

### Führung

Führung ist ein richtungsweisendes und steuerndes Einwirken auf das Verhalten anderer Menschen, um eine Zielvorstellung zu verwirklichen; sie umfaßt auch den Einsatz materieller Mittel.

### Führung der Einheiten und Einrichtungen des KatS

Der HVB führt die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes im Rahmen eines einheitlichen Führungssystems, das einen geordneten Zusammenhang von

- Führungsorganisation,
- Führungsvorgang,
- Führungsmitteln

darstellt.

### Führungsmittel

Die Leistungsfähigkeit der Führung hängt u. a. von der Leistungsfähigkeit ihrer Führungsmittel ab. Führungsmittel dienen der Informationsverarbeitung und -übertragung. Zur Informationsübertragung werden gegenwärtig genutzt:

- Besprechungen,
- Fernmeldemittel: Drahtverbindungen,

Funkverbindungen, optische und akustische Signale,

- Verbindungsorgane: Verbindungspersonen, Melder, Kurierere.

Die Art der Informationsübertragung richtet sich nach der Bedeutung und dem Umfang, sowie dem für die Verarbeitung und Übertragung erforderlichen Zeitaufwand. Den Fernmeldeeinheiten stehen z. Zt. als drahtgebundene Fernmeldemittel Fernsprecher und zum Teil Fernschreiber zur Verfügung.

## Einsatz von Telekopierern

In zukunftsorientierten Leitfunkstellen sowie mobilen Technischen Einsatzleitungen mit evtl. vorbereiteten Objektplänen erscheint es heute nicht mehr sinnvoll, die Informationsübertragung in Form von zeitraubenden Einzelnachrichten durchzuführen. Der Telekopierer (Fernkopierer) schließt hier eine große Lücke der möglichen und zeitsparenden Informationsübertragung im Brand- und Katastrophenfall.

### Wesentliche Nachteile bei älteren Geräten

Die Leitfunkstellen des Landes Hessen sind mit Telekopierern der Gruppe 2 ausgerüstet. Diese haben jedoch gegenüber den Geräten der Gruppe 3 wesentliche Nachteile.

Dies sind

- höhere Verbrauchsmaterialkosten;
- höhere Gebühren durch längere Übertragungszeiten;
- zeitaufwendige Personalbindung beim Sende- und Empfangsbetrieb;
- bei dem Empfangsbetrieb muß das Verbrauchsmaterial in Blattform (DIN A 4) zugeführt werden;

- kein automatischer Empfangsbetrieb möglich;
- keine durchgehende Übertragung von längeren Fernschreibern oder Computerausdrucken;
- im Sendebetrieb keine automatische Mehrblatt-Eingabe möglich;
- keine Kontrolle über mögliche Fehlverbindungen (CSI/RTI-Info);
- keine Absender-Kennung mit zusätzlichen Angaben wie z. B. Datum, Sendezeit und fortlaufende Blattnumerierung (TTI-Info);
- kein Journalausdruck mit Übersicht der durchgeführten Verbindungen und Übertragungszeiten für Nachweiszwecke.

### Neue Telekopierer vielseitiger

Die dem Stab HVB leihweise überlassenen neuen Telekopierer fanden bisher bei zwei Stabsrahmenübungen, einer Smog-Alarmübung auf Landesebene sowie der Warndienstübung NATEX Verwendung. Bei diesen Übungen haben sich die Geräte hervorragend bewährt, da

- die Übermittlungszeit 1/10 der Geräte der Gruppe 2 beträgt;
- die Lagedarstellung innerhalb kürzester Zeit auf vorgefertigten Objektplänen von der TEL zum Stab HVB übertragen werden kann;
- Einsatzfotos von Schadensstellen sofort an den Stab übermittelt werden können;
- mit dem Telekopierer Eigenkopien gezogen werden können;
- Lagemeldungen vom Stab HVB ohne Übermittlungsfehler – die bei telefonischer Durchgabe oftmals auftreten – und Zeitverzögerung an übergeordnete Stellen weitergeleitet werden können;
- Rechnerausdrucke – z. B. von gefährlichen Gütern – innerhalb kürzester Zeit den Stab oder die TEL erreichen (bei telefonischer Durchsage ebenfalls Gefahr der Übermittlungsfehler);
- Informationen über die Sendung und den Empfang von Dokumenten gespeichert werden. Somit kann der gesamte Übungs- oder Einsatzablauf nachvollzogen werden.

## Fazit

Da sich der Einsatz von Telekopierern für den Brand- und Katastrophenschutz bewährt hat, sollte eine Beschaffung dieser Geräte allgemein überdacht werden. Im Zuge der allgemeinen Rationalisierung sowie im Interesse einer schnellen und sicheren Übertragung von Meldungen wird man in Zukunft auf diese Geräte nicht mehr verzichten können.

Hans Knoke ist Behördenselbstschutzleiter der Bielefelder Stadtverwaltung

# Engagement für den Selbstschutz rührt aus der Zivildienstzeit

Lehrgänge und Übungen mit Unterstützung des Bundesverbandes für den Selbstschutz

Der anerkannte Kriegsdienstverweigerer leistete seinen Zivildienst auf der Intensivstation eines Krankenhauses. Dort begegnete er akuten Notfällen, Schwerverletzten und Sterbenden. Seit 1982 ist Hans Knoke Behördenselbstschutzleiter in der Bielefelder Stadtverwaltung.

Kriegsdienstverweigerer und Behörden-selbstschutzleiter — ein Widerspruch? Keineswegs. Denn, so schildert Hans Knoke gegenüber dem „Zivilschutz-Magazin“: „Aus der Zeit meines Zivildienstes rührt mein Engagement für einen besseren Schutz von Leib und Leben.“

Der 38jährige Familienvater weiß, daß manches Menschenleben sich retten läßt, wenn die Betroffenen nicht allein vom rechtzeitigen Eintreffen der Hilfsdienste abhängig sind: Wenn sie sich selbst und anderen helfen können. Und dabei spielt für Hans Knoke keine Rolle, ob die Verletzungen nun „durch einen Gasrohrbruch, einen Brand, ein Erdbeben oder durch eine Atombombe entstanden sind“.

## Aufgaben des Behörden-selbstschutzes

Die Einrichtung eines Behördenselbstschutzes geht zurück auf § 10 des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968. Die Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden sind bei der Förderung des Selbstschutzes in Behörden an Empfehlungen gebunden, die vom zuständigen Bundesamt für Zivilschutz herausgegeben wurden.

Der Behördenselbstschutz hat die Aufgabe, — so festgelegt vom Bundesamt für Zivilschutz — „im Verteidigungsfall in erster

Linie Leben und Gesundheit der Bediensteten und der übrigen im Dienstgebäude anwesenden Personen, darüber hinaus aber auch Arbeitsplätze, Sachwerte und Schriftgut gegen Waffenwirkungen zu schützen und eingetretene Schäden zu beseitigen oder zu mindern. Darüber hinaus kann der Behördenselbstschutz auch bei Unglücksfällen und Katastrophen im Frieden bis zum Eintreffen der Feuerwehr oder anderer Hilfsdienste wertvolle Hilfe leisten“.

Freiwillige Aktive werden gebraucht, um einen Behördenselbstschutz aufzubauen: allen voran ein Leiter, der seine Kollegen vom Sinn der Sache überzeugen kann.

## Hans Knoke: Zivildienst Erfahrungen waren ausschlaggebend

Vom Sinn des Selbstschutzes überzeugen kann man nur dann seine Kollegen, wenn



Hans Knoke, Behördenselbstschutzleiter der Bielefelder Stadtverwaltung.

man selbst überzeugt ist: Und dies ist Hans Knoke, der erste Berührungspunkte zum Selbstschutz bereits in seiner Kindheit fand: „Schon mein Vater Theodor Knoke war früher beim damaligen Bundesluftschutzverband aktiv. Mit ihm bin ich häufig zu den verschiedenen Veranstaltungen gefahren.“

Trotz dieser frühen Kontakte zum Selbstschutz waren es die späteren Erfahrungen während seines Pflegedienstes im Krankenhaus, die für sein heutiges Engagement ausschlaggebend waren. Der Bauingenieur im Planungsamt der Bielefelder Stadtverwaltung erinnert sich: „Ein junges Mädchen war nach einem Suizidversuch auf unsere Intensivstation eingeliefert worden. In der Nacht, als es gestorben ist, hatte ich auch Dienst. Am nächsten Morgen hat jemand gefragt, ob wir denn auch wirklich alles getan hätten, um das Mädchen zu retten. So allmählich verspürte ich eine Ahnung davon, was es heißen müßte, für den Tod eines Menschen verantwortlich zu sein.“

Diese „Ahnung“ war für Hans Knoke der Grund, alles daranzusetzen, Menschen, die in Not geraten sind, wirklich helfen zu können.

## Selbstschutzgrundlehrgang und Fachlehrgänge beim BVS

1976 kam Hans Knoke — nachdem er seinen Zivildienst abgeleistet hatte — zurück zur Bielefelder Stadtverwaltung. Als er durch eine Verwaltungsmittelteilung erfuhr, daß der Bundesverband für den Selbstschutz Lehrgänge für die städtischen Bediensteten anbot, meldete sich Hans Knoke sofort zur Teilnahme am Selbstschutz-

grundlehrgang. Von dem Gelernten war er angetan: „Es war eindrucksvoll zu sehen, mit welch einfachen Mitteln man eine große Wirkung erzielen kann. So war ich z. B. begeistert von der simplen Einstellspritze: Man sieht, daß man mit einem Eimer Wasser mehr machen kann, außer ihn nur umzukippen.“

Die Teilnahme an einem BVS-Brandschutzlehrgang folgte; denn für die Ausbildung im Behördenselbstschutz sind Fachlehrgänge für Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätskräfte vorgesehen.

Der Bauingenieur meldete nicht nur seine Teilnahme an BVS-Lehrgängen, sondern auch seine Bedenken innerhalb der Stadtverwaltung laut an: „Wir haben zwar die Gelegenheit, uns beim Bundesverband für den Selbstschutz ausbilden zu lassen, aber wir verlernen ja auch vieles wieder. Es muß auch geübt werden, sonst nützen die Lehrgänge nicht viel!“

### Die Kritik hatte Erfolg

Hans Knoke's Kritik war so laut, daß sie gehört wurde. Der damalige Oberstadtdirektor Bielefelds und jetzige Staatssekretär im Innenministerium Nordrhein-Westfalen, Dr. Eberhard Munzert, setzte sich ein für die Bildung des Behördenselbstschutzes und teilte dem engagierten Bauingenieur Knoke 1982 mit, den Aufbau eines Behördenselbstschutzes im ehemaligen Kreishaus vorzubereiten. Am 6. Dezember 1982 erhielt Hans Knoke schließlich das Bestimmungsschreiben als Behördenselbstschutzleiter.

Zuvor hatte der heute 38jährige sich in der BVS-Schule Körtlinghausen in einem besonderen Fachlehrgang auf seine Aufgabe als Behördenselbstschutzleiter vorbereitet, sich mit Kollegen aus anderen Behörden ausgetauscht und sich Anregungen für seine zukünftige Arbeit geholt. Bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung des Behördenselbstschutzes war dem Bauingenieur der BVS behilflich, denn alle Behörden können sich in diesen Fragen von den Dienststellen des Bundesverbandes für den Selbstschutz beraten und unterstützen lassen. So sieht es der gesetzliche Auftrag des BVS vor.

### „Werbearbeit“ im ehemaligen Kreishaus

Nun begann für Hans Knoke im ehemaligen Kreishaus der Stadt Bielefeld die „Werbearbeit“: Zahlreiche Kollegen wurden angesprochen und informiert mit dem Ziel, sie für den Behördenselbstschutz zu gewinnen. Die BVS-Dienststelle Herford unterstützte den Behördenselbstschutzleiter, indem sie Informationsveranstaltungen im Kreishaus für die Bediensteten durchführte.

Eindrücke von einer Fortbildungsübung, die der Bielefelder Behördenselbstschutz gemeinsam mit dem Bundesverband für den Selbstschutz in Herford im Juni 1986 durchführte.



Die Handhabung eines Feuerlöschers wird geübt.

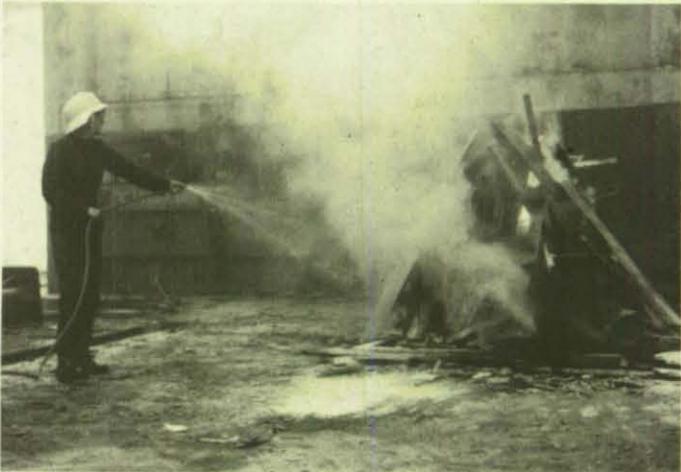


Auf einen Unterflurhydranten wird ein Standrohr aufgesetzt — Hans Knoke demonstriert dies seinen Mitarbeitern.



Die Brandschutzübung fand großen Anklang bei den Bielefelder Selbstschützern.

(Fotos: Staude (5), Boeken)



te. „Es herrschte eigentlich eine freundliche Toleranz — wenn man die Stimmung und Meinung der Kollegen zum Thema Selbstschutz beschreiben sollte“ — so Hans Knoke.

Von den 300 Mitarbeitern im ehemaligen Kreishaus meldeten sich zunächst aus zwei Ämtern insgesamt 25 Interessenten, darunter vier Frauen, für die Mitarbeit im Behördenselbstschutz.

### Lehrgänge und Übungen

Gemeinsam wurden verschiedene Lehrgänge des BVS besucht und auch Übungen im Haus durchgeführt. Hans Knoke: „Wegen der baulichen Gegebenheiten hier im Kreishaus nahmen wir zunächst hauptsächlich Übungen aus dem Sanitätsbereich vor.“ Vom Kreislaufkollaps über einen Armbruch bis hin zu einer Frühgeburt in der Kantine — der Behördenselbstschutzleiter ließ sich vieles einfallen, um die Mitarbeiter „fit“ zu halten für den Ernstfall.

Nach einiger Zeit ergab es sich, daß Umbaumaßnahmen im Kreishaus durchgeführt wurden. „Da haben wir die Gelegenheit genutzt und vieles aus dem Bereich der Bergung geübt. Die Mitarbeiter hatten die Aufgabe, vermeintlich Verletzte unter den Gerüsten zu suchen und zu bergen. Meist wurden diese Übungen sehr kurzfristig bekannt gegeben, damit möglichst wirklickeitsnah gearbeitet werden konnte.“

Aus den anfänglichen kleineren Übungen, die vierteljährlich stattgefunden haben, sind mittlerweile zwei geworden: Neben einer kurzfristig anberaumten Übung im Haus wird auch einmal im Jahr im größeren Umfang die Hilfe im Ernstfall geübt. Ein gro-



Das Ablöschen der brennenden Kleidung wird an der Puppe geübt.

ßes Gelände in Herford steht dem BVS und somit auch den Selbstschützern der Bielefelder Stadtverwaltung zu diesem Zwecke zur Verfügung. Hier ist Platz genug, auch sämtliche Geräte, mit denen der Behördenselbstschutz ausgestattet ist, einzusetzen.

### Der Ausbau erfolgt Schritt für Schritt

Schritt für Schritt treibt Hans Knoke den Ausbau des Behördenselbstschutzes voran. Mit seinen „Werbeveranstaltungen“ wendet er sich an neue Dienststellen im Haus, und so gewinnt er immer wieder weitere Freiwillige, die sich aktiv im Behördenselbstschutz betätigen. Viele Mitarbeiter sind heute schon ausgebildet und müssen lediglich noch ihre persönliche Ausstattung bekommen.

Wenn mit dem Bauingenieur Hans Knoke die Arbeit des Behördenselbstschutzes auch vorangetrieben wurde, so gibt es im Haus doch auch Meinungen, die sich gegen den Selbstschutz richten. Knoke: „Nicht immer stößt das Thema auf freundliche Zustimmung. Da helfen meine Argumente auch nicht. Wenn jemand zum Bei-

spiel die Ansicht vertritt, wenn die Bombe fele, dann sei eh nichts mehr zu machen, dann kann ich nur sagen: So eine Art Lebensauffassung ist nicht jedermanns Sache, auch nicht meine.“

### „Ich halte Selbstschutz für wichtig“

Hans Knoke bemüht sich um faire Auseinandersetzung, um eine sachlich geführte Diskussion, wenn das Thema Zivilschutz und Selbstschutz erörtert wird. Er vertritt seine Argumente mit Ernsthaftigkeit: „Ich halte Selbstschutz für wichtig. Aus meinen Erfahrungen habe ich viel gelernt: Ganz gleich, wie wenig jemand helfen kann — es wäre ein Fehler, wenn eine Sache daran scheitert, daß man gar nicht hilft.“

Gegen Schlagworte weiß sich Hans Knoke argumentativ durchzusetzen: „Selbstschutz oder auch Zivilschutz haben in keiner Weise Einflüsse darauf, ob es zu einem Krieg kommt oder nicht. Aber auf die Auswirkungen eines Krieges hat der Selbstschutz sehr wohl einen großen Einfluß, denn diese können durch gezielte und erlernbare Hilfe kleiner gehalten werden.“

boe

## STELLENAUSSCHREIBUNG

An der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler — einer nachgeordneten Dienststelle des Bundesamtes für Zivilschutz — ist kurzfristig die Stelle

### einer Fachlehrerin/eines Fachlehrers

für das Hauptfach „Ausbildungslehre“ mit den Schwerpunkten Rede- und Gesprächstraining, curriculare Planung und den weiteren Fachgebieten Veterinärwesen und Sanitätswesen zu besetzen.

Geboten wird entsprechend den Bestimmungen über die Absenkung der Eingangsvergütung im öffentlichen Dienst die Eingruppierung nach VerGr. IV a/IV b BAT mit der Möglichkeit eines Bewährungsaufstieges nach VerGr. III BAT.

Gesucht werden Absolventen eines Lehramtsstudiums der Sekundarstufe I in den Fächern Chemie, Biologie und möglichst Deutsch. Kenntnisse in der Erwachsenenbildung sowie ehrenamtliche Tätigkeit als Führungskraft in einer KatS-Hilfsorganisation sind erwünscht.

Wir würden es begrüßen, wenn sich durch diese Ausschreibung insbesondere auch Frauen angesprochen fühlen.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte bis zum 9. 6. 1987 unter der Kennzahl A 19/87 an das

**BUNDESAMT FÜR ZIVILSCHUTZ**  
Deutscherrenstraße 93  
5300 Bonn 2

Verspätet eingehende Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden.

## Peter Breitmeier in der Bundeshelfervertretung

Die BVS-Helfervertreter auf Bundes- und Landesebene wählten Peter Breitmeier, Darmstadt, bisher schon über mehrere Jahre Helfervertreter bei der BVS-Landesstelle Hessen, zum 2. stellvertretenden Bundeshelfervertreter. Die Nachwahl war notwendig geworden, da der langjährige 1. Stellvertreter, Winfried Reichelt, Hamburg, von seinen Wahlämtern im Verband zurückgetreten war. Seine Nachfolge bei der Landesstelle Hamburg wurde schon vor einigen Monaten von Paul Mäurer angetreten.

Bei der satzungsgemäß notwendigen Nachwahl auf Bundesebene — der bisherige 2. Stellvertreter Kurt Spinnler, Baden-Württemberg, übernahm die Funktion von Reichelt — wurde Breitmeier das Vertrauen aus dem Kreis seiner Kollegen ausgesprochen. BVS-Direktor Helmut Schuch würdigte eingehend die Verdienste von Reichelt, der als Helfer dem BVS erhalten bleibt, und überreichte eine Ehrenurkunde des Verbandes.



Der neue 2. stellvertretende Bundeshelfervertreter Peter Breitmeier.

Bundeshelfervertreter Jürgen Grabke schilderte in persönlich gehaltenen Worten das jahrelange Engagement Reichelts und wünschte ihm für das neue Ehrenamt als Direktionsbereichsführer

der Freiwilligen Feuerwehren in der Freien und Hansestadt Hamburg Glück und Erfolg. Er übergab zur Erinnerung an das gemeinsame Wirken eine Plakette mit Widmung.

Die Zusammenkunft wurde zum Anlaß genommen, mit den nach der Wahl anwesenden Vertretern der BVS-Bundeshauptstelle aktuelle Fragen des ehrenamtlichen Bereichs zu erörtern. Hierzu gehörten Möglichkeiten für eine gerechtere Anwendung der neuen AE-Bestimmungen, die Kostenerstattung von Auslagen aufgrund der Tätigkeit in der Helfervertretung, Ausbildungsfragen für ehrenamtliche Helfer, wie auch eine aus der Sicht der Helfervertretung notwendige deutliche Aktivierung der Frauenarbeit auf allen Organisationsebenen.

Weitere Themen waren Möglichkeiten und Wege für eine erfolgreiche Helferverwerbung zu finden und die in den letzten Jahren immer kritischere Beurteilung der Verwendung von 2-Bett-Zimmern in den BVS-Schulen.

Bundeshelfervertreter Grabke schloß die Dienstbesprechung mit einem Dank an seine ehrenamtlichen Kollegen und dem Hinweis auf die nächste Jahreszusammenkunft im Herbst 1987 in Mannheim. J. G.

### Berichte aus Hamburg

**Hamburg-Süd.** Unter dem Motto „Das Spiel mit dem Feuer wird oftmals sehr teuer“ hatte der Altonaer Bürgerverein e. V. Gäste und Mitglieder ins Vereinshotel „Stadt Altona“ eingeladen. 1. Vorsitzender Robert Heinrich konnte 40 Zuhörer begrüßen.

In seinen Ausführungen machte Th. Brandt von der Feuerwache Osdorf auf besondere Schwachstellen im häuslichen Bereich aufmerksam und informierte über die Arbeit und die vielfältigen Aufgaben der Berufsfeuerwehr Hamburg.

Wie man sich in Notsituationen richtig verhält, wurde von BVS-Beauftragten Beyer dargestellt. Er wies besonders auf das Informations- und Ausbildungsangebot des BVS hin.

**Hamburg-Süd.** Anlässlich einer Arbeitsgemeinschaft wurde Wolfgang Czepoks

für seine zehnjährige ehrenamtliche Mitarbeit im BVS ausgezeichnet. Dienststellenleiter Michael Krüger überreichte eine Ehrenurkunde und sprach Czepoks für das Engagement im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg und die Leistungsbereitschaft bei der Durchführung von Ausbildungsveranstaltungen Dank und Anerkennung aus.

### Nachruf

Im Alter von 66 Jahren verstarb am 3. Februar 1987 unerwartet der ehrenamtliche BVS-Helfer

#### Egon Jünemann

Durch seine Bescheidenheit, Hilfsbereitschaft und kameradschaftliche Einstellung war Jünemann überall beliebt.

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Hamburg-Süd verlieren mit ihm einen treuen Freund und Kollegen.

Wir trauern um einen guten Kameraden, unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

### Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

**Gelsenkirchen.** Erwin Ingendoh, ehrenamtlicher Fachbearbeiter für Schutzraumbau der BVS-Dienststelle Gelsenkirchen, wurde für 30jährige Mitarbeit im Verband mit einer Ehrenurkunde und einem Ehrenteller ausgezeichnet. Dienststellenleiterin Margret Block würdigte in einer kleinen Feierstunde, an der alle haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter sowie Landeshelfervertreter Gerd Knuth teilnahmen, den langen und unermüdeten Einsatz Ingendohs. Auch bei Informationstagungen zum Thema „Schutzraumbau“ steht Ingendoh sowohl im Dienststellenbereich als auch auf Landesebene mit seinen Erfahrungen zur Verfügung.

**Gelsenkirchen.** 33 Behördenleiter und Behörden-Selbstschutzleiter aus Gelsenkirchen, Herne und Bottrop beteiligten sich mit großem Engagement an ei-

ner BVS-Informationstagung „Selbstschutz“. Dabei ging es sowohl um den Aufbau eines Behördenselbstschutzes als auch um Fragen der Erweiterung bereits vorhandener Selbstschutzeinrichtungen.

Am Ende der Veranstaltung waren sich alle Beteiligten einig, künftig im Bereich des Behördenselbstschutzes noch mehr Aktivitäten zu entwickeln und mindestens einmal jährlich zu einem Erfahrungsaustausch zusammenzukommen.

**Essen.** Auf der 13. Baufachmesse „Deubau '87“ in Essen war der BVS mit der Ausstellung „Der Schutzraum — Konstruktion und Nutzung“ vertreten. Viele Besucher, darunter Ingenieure, Architekten, Studenten, informierten sich über die Möglichkeiten des Schutzraumbaus.

Die Palette der einzelnen Schutzräume, die von den BVS-Mitarbeitern erläutert wurden, reichte vom Hausschutzraum über Schutzräume mittlerer Größe bis hin zu Großschutzräumen in Verbindung mit Tiefgaragen. Das interessierte Fachpublikum stellte eine Fülle von technischen Detailfragen.

**Essen/Mülheim.** Unter dem Motto „Rettungskette“ präsentierten die BVS-Dienststelle Essen und das DRK Mülheim gemeinsam eine Ausstellung im Foyer des Rathauses Mülheim. Die Bilderschau zeigte, wie nach einem Unfall die Rettungsmaßnahmen ineinandergreifen. Verzögert sich das Eintreffen der Rettungsdienste, kommt dem Ersthelfer eine besondere Bedeutung zu. Er kann zum Lebensretter werden, vorausgesetzt er beherrscht die lebensrettenden Sofortmaßnahmen.



Gemeinsam mit dem DRK zeigt der BVS lebensrettende Sofortmaßnahmen. (Foto: Müller)

DRK und BVS konnten zahlreiche Fragen zu diesem Thema beantworten. Viele Besucher zeigten Interesse an einem Selbstschutz-Grundlehrgang.

## Hessenspiegel

**Kassel.** In Anwesenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Kassel gratulierte Landesstellenleiter Gerhard Straube Fachbearbeiter Manfred Esser zum 25jährigen Dienstjubiläum und überreichte ihm eine Dankurkunde.

Esser war zunächst als Leiter einer FAASt bei der BVS-Dienststelle Aachen tätig und ging dann als Fachbearbeiter nach Kassel.

Straube bedankte sich für die bisher erbrachten Leistungen und für die langen Jahre der guten Zusammenarbeit.

**Darmstadt.** 38 Arbeitsmediziner aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen in Darmstadt an einem Seminar „Notfallmedizinische Organisation in Betrieben“ teil. Eingeladen hatte der Berufsgenossenschaftliche arbeitsmedizinische Dienst, Zentrum Darmstadt.

Bei der Veranstaltung hielt der Leiter der BVS-Dienststelle Darmstadt, Willy Roth, einen Informationsvortrag zum Thema „Zivil- und Katastrophenschutz“. Besonders interessierte die Seminarteilnehmer der Aufbau eines betrieblichen Katastrophenschutzes. Eine Vorführung aus dem Bereich der Selbstschutzpraxis rundete das Bild über das Informations- und Ausbildungsangebot des BVS ab.

## Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

**Kaiserslautern.** Im größten Werk der Firmengruppe Keiper Recaro, Rockenhausen, Zulieferer für Autozubehör und Hersteller von Sitzkonstruktionen, fand ein zweitägiges Brandschutzseminar für Abteilungsleiter, Leiter der Arbeitssicherheit und Brandschutzbeauftragte statt. Die Teilnehmer kamen aus den Werken Bremen, Kaiserslautern, Kirchheim, Remscheid, Schwäbisch Hall und Rockenhausen.

Der Leiter der BVS-Dienststelle Kaiserslautern, Hilmar Matheis, hatte im Verlauf des Seminars die Gelegenheit, über die Aufgaben und das Informations- und Ausbildungsangebot des BVS zu referieren. Hierbei konnte er auf eine langjährige Zusammenarbeit mit dem Werk Rockenhausen verweisen.

Fritz Klöß, Leiter der Arbeitssicherheit und gleichzeitig Leiter der Werkfeuerwehr Rockenhausen, berichtete eben-

falls über die Arbeit des BVS sowie über den Aufbau eines betrieblichen Katastrophenschutzes (BKO) bis hin zur Werkfeuerwehr. Er gab an die Kollegen aus den weiteren Werken der Firmengruppe seine vielfältigen Erfahrungen weiter und bot seine Unterstützung an.

Nach Mitteilung der Firmenleitung werden alle Werke angewiesen, Kontakte mit den zuständigen BVS-Dienststellen aufzunehmen und vom Ausbildungsangebot des BVS Gebrauch zu machen. Das Werk Schwäbisch Hall arbeitet bereits mit der dortigen BVS-Dienststelle zusammen.

Die bei dem Seminar anwesenden Vertreter einer Versicherungsgruppe zeigten sich ebenfalls sehr interessiert am Informations- und Ausbildungsangebot des BVS. Sie wollen bei ihren Besprechungen mit den bei ihnen versicherten Betrieben auf die kostenlose Ausbildung durch den BVS hinweisen.

## Saarland-Rundschau

**Saarbrücken.** BVS-Landesstellenleiter Christian Koch ehrte langjährige ehrenamtliche Mitarbeiter im Verband. Eine Urkunde erhielten für 25jährige Mitarbeit Karl Ebert, Lebach; Günter Wolter, Saarbrücken; Alfred Ziegler, Schwalbach. Für 20jährige Mitarbeit Klaus Schäfer, Saarbrücken, und für zehnjährige Mitarbeit Helene Demuth, Dudweiler, sowie Karin Reckstadt, Völklingen.

Koch erinnerte an die schwierige Aufbauarbeit im Landesstellenbereich und meinte, zu den erzielten guten Ergebnissen hätten die ehrenamtlichen Helfer erheblich beigetragen. Für den tatkräftigen Einsatz und die bewiesene Treue gebühre ihnen deshalb Dank und Anerkennung.

## Südwest aktuell

**Allmendingen.** Zum dritten Male fanden die „Allmendinger Gesundheitstage“ in der Turn- und Festhalle Allmendingen (Alb-Donau-Kreis) statt. Mitveranstalter waren die Krankenkassen, Sozialversicherungsträger, Behinderten-Einrichtungen, Selbsthilfegruppen, Katastrophenschutz-Organisationen und erstmalig die BVS-Dienststelle Ulm. Die Dienststelle präsentierte sich in der Halle mit einem Informationsstand und demonstrierte vor der Halle das Ablöschen brennender Kleidung mit Hilfe einer Decke gemeinsam mit der Feuerwehr.

Rund 17 000 Besucher, so Bürgermeister Karl Spitzmüller, hätten die „Gesundheitstage“ zu einem Publikumsrenner gemacht.

Staatssekretär Robert Ruder (links) im Gespräch mit BVS-Landesstellenleiter Wolfgang Raach.



**Stuttgart.** Staatssekretär Robert Ruder vom Innenministerium des Landes Baden-Württemberg empfing Anfang des Jahres den Leiter des BVS-Landesstelle Baden-Württemberg, Wolfgang Raach, zu einem Gespräch. Themen der Besprechung waren vor allem der Schutzraumbau, gegen den Zivilschutzgegner zunehmend Widerstand im Lande organisieren, sowie Möglichkeiten, die Arbeit des BVS durch Förderung des Problembewußtseins im Landesparlament und in der Öffentlichkeit zu unterstützen.

**Mannheim.** In den Ruhestand getreten sind Jutta Wohlfahrt und Dietmar Bruhns, ehrenamtliche Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Mannheim. Beide waren 1979 im Zuge der Zusammenlegung der Dienststellen von Heidelberg nach Mannheim gekommen. Frau Wohlfahrt gehörte dem BVS acht Jahre an und war als Fachlehrerin tätig, Bruhns arbeitete seit zehn Jahren im BVS mit und wirkte als Fachlehrer in der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes.

Der Leiter der Dienststelle Mannheim, Jürgen Albert, dankte Frau Wohlfahrt für

Unten: Verabschiedung und Ehrung in Mannheim (v. links): Fachgebietsleiter Friedrich Zürcher, Dietmar Bruhns, Jutta Wohlfahrt und Wolfgang Noack.

ihre gewissenhafte Arbeit, und als Vertreter der Landesstelle Baden-Württemberg würdigte Fachgebietsleiter Friedrich Zürcher die Verdienste, die sich Bruhns durch seine rege Öffentlichkeitsarbeit erworben habe.

Dankesworte an die scheidenden Kollegen sprachen Ernst Lauer als Helfervertreter und Frau Darimont, die von 1979 bis 1980 die Dienststelle leitete.

Mit einer Urkunde wurde Frau Wohlfahrt, mit der Ehrennadel des BVS Dietmar Bruhns ausgezeichnet.

Im Rahmen der Abschiedsfeier überreichte Zürcher die BVS-Ehrennadel auch Wolfgang Noack für dessen zehnjährige Mitarbeit im Verband.

**Ettlingen.** „Neue Wege zur Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe“ ist nach Ansicht von Bürgermeister Offele, Erster Beigeordneter der Stadt Ettlingen, die Verwaltung Ettlingens gegangen: Zusammen mit der Verbrauchsabrechnung der Stadtwerke erhielt nämlich jeder Haushalt ein Schreiben von Oberbürgermeister Dr. Erwin Vetter, in dem er darauf hinwies, es sei Aufgabe der Gemeinde, „den Selbstschutzgedanken zu wecken und die Bevölkerung über Schutzmöglichkeiten zu unterrichten“.

Der Oberbürgermeister bekannte sich mit Nachdruck zum Selbstschutz, „nicht nur, weil die Gemeinden zur Förderung des Selbstschutzes gesetzlich verpflichtet sind, sondern weil es mir ein ganz persönliches Anliegen ist“. Er forderte die Bürger auf, an einem zwölfstündigen Selbstschutz-Grundlehrgang teilzunehmen und ihm die Anmeldungen zukommen zu lassen, die als Vordruck seiner Mitteilung beigefügt waren.

Es wäre eine Überraschung gewesen, hätten sich nicht einige Stimmen in der Presse gemeldet, die gegen die Initiative des Stadtoberhauptes protestierten. Dr. Vetter ließ sich jedoch durch die Einwände nicht beirren: Im Gemeinderat betonte er, wie wichtig es sei, daß sich die Bürger — ergänzend zur Arbeit der Hilfsorganisationen — selbst helfen können. Auch Ärzte hätten sich beklagt, daß für den Selbstschutz zu wenig getan werde. Die Stadt wolle mit ihren Bemühungen dem Gesetz und der eigenen Verantwortung gerecht werden und unterstütze daher die Lehrgänge.

Der Aufruf und die Haltung des Oberbürgermeisters hatten einen überraschend großen Erfolg. Innerhalb einer Woche trafen 403 Anmeldungen zum Selbstschutz-Grundlehrgang ein.

Inzwischen sind die Lehrgänge angelaufen. Die dabei von den BVS-Mitarbeitern gesammelten Erfahrungen sind durchweg positiv. Sie beweisen unter anderem, daß das Interesse an Selbst- und Nachbarschaftshilfe größer ist, als im allgemeinen angenommen wird.

Der Leiter der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg, Wolfgang Raach, würdigte die Aktion des Ettlinger Bürgermeisters als ein nachahmenswertes Beispiel dafür, was eine verantwortungsbewußte Gemeindeverwaltung für den Schutz und die Sicherheit ihrer Bürger tun könne. Raach sprach die Hoffnung aus, daß das Ettlinger Vorbild Schule mache. Der BVS stehe für jede Unterstützung zur Verfügung.

Unten: Teilnehmer am Selbstschutz-Grundlehrgang bei der praktischen Ausbildung.





Rund 1 200 Gäste aus dem Bereich der Ulmer Hilfsorganisationen feiern gemeinsam.  
(Foto: Müssig)

**Ulm.** „Gemeinsam helfen — miteinander feiern“, nach diesem Grundsatz demonstrierten am 7. Februar 1987 die Ulmer Hilfsorganisationen ihre Zusammengehörigkeit.

Mit rund 1 200 Gästen, darunter Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung, war die Veranstaltung ein voller Erfolg.

Oberbürgermeister Ernst Ludwig, Schirmherr der Veranstaltung, würdigte in seiner Ansprache die Arbeit und den selbstlosen Einsatz der Hilfsorganisationen. Immer stelle sich die Frage, warum sind Menschen bereit, sich für das Gemeinwohl einzusetzen, wenn andere ihre Freizeit am Fernseher oder beim Sport genießen? „Weil sie die Verpflichtung fühlen, etwas Besonderes bringen zu können für ihre Mitbürger“, sagte Ludwig.

Bürgermeister Dr. Götz Hartung, in seiner Eigenschaft als DRK-Kreisverbandsvorsitzender, möchte das Werk der Ulmer Hilfsorganisationen als „bürger-schaftliche Selbsthilfe“ verstanden wissen und appellierte besonders an die jungen Bürger, sich dort zu betätigen.

## Bayern heute

**Eichstätt.** Lorenz Strauß wurde von Landrat Karl Regler für seine Verdienste im Landkreis Eichstätt als BVS-Beauftragter und ehemaliger BLSV-Kreisstellenleiter mit der Verdienstmedaille zum Bundesverdienstorden ausgezeichnet.

Dienststellenleiter Peter Blazejewski hob in seiner Laudatio hervor, daß mit diesem Orden ein treuer, langjähriger ehrenamtlicher Mitarbeiter für 27 Jahre

Selbstschutzarbeit geehrt wurde, dessen Arbeit mit den Höhen und Tiefen des Verbandes eng verknüpft war. Die Ehrung gelte aber auch all den Helferinnen und Helfern, die Strauß immer wieder neu um sich versammelte und moti-

vierte. Strauß sei ein würdiger Repräsentant des Selbstschutzes und des BVS, meinte Blazejewski.

\*

**Hof.** Acht Selbstschutz-Grundlehrgänge führte die BVS-Dienststelle Hof in der Realschule durch. Oberbürgermeister Dr. Hans Heun unterrichtete sich anlässlich eines Lehrgangs über den Gang und den Stand der Ausbildung und übte bei den praktischen Vorführungen den Umgang mit einem Feuerlöscher. Dr. Heun meinte dazu: „Ich bin froh, daß ich auch mal die Gelegenheit habe, einen Brand zu löschen.“

Der Rektor der Realschule bescheinigte dem BVS eine hohe Qualität in der Ausbildung. Ganz besonders hob er die einzelnen Stationen der Brandschutzausbildung hervor und sagte: „Keine andere Organisation hätte der Schule bis jetzt dieses Ausbildungsangebot machen können.“ Er dankte der Dienststelle für die Zuverlässigkeit, daß sie kontinuierlich Jahr für Jahr die vereinbarten Termine wahrnehme.

Eichstätt: Hohe Auszeichnung für Lorenz Strauß (rechts).



Hof: Interessiert verfolgen die Schülerinnen und Schüler das Ablöschen eines Kleinbrandes mit dem Feuerlöscher.



**München.** Eine Besprechung der bayerischen BVS-Dienststellenleiter nutzte Dr. Hellmut Oehler, bis März 1987 Leiter der Abteilung „Zivile Verteidigung, Brand- und Katastrophenschutz“ im Bayerischen Staatsministerium des Innern, um sich aus dem Bereich des BVS zu verabschieden.

Landesstellenleiter Kopsieker würdigte Dr. Oehler als einen Freund des BVS, der stets für die Belange des Selbstschutzes eingetreten sei. Nicht zufällig sei der Freistaat Bayern in der Ausbildung der Selbstschutz-Sachbearbeiter und Selbstschutzberater führend im

Der Vizepräsident des Niederösterreichischen Zivilschutzverbandes, Franz Rabl (links), zeichnet Dr. Oehler mit der Verdienstmedaille des Verbandes aus.



Bundesgebiet. Diese Ausbildung und die Arbeit der Gemeinden im Bereich des Selbstschutzes seien maßgeblich durch Dr. Oehler geprägt worden, meinte Kopsieker.

Für seinen Einsatz und sein Engagement wurde Dr. Oehler 1985 mit der Ehrennadel des BVS ausgezeichnet.

Der Vizepräsident des Niederösterreichischen Zivilschutzverbandes (NÖZSV), Franz Rabl, zeichnete Dr. Oehler für seine vielfältigen Verdienste um den Selbstschutz mit der Verdienstmedaille des NÖZSV aus.

In einer launigen Rede bedankte sich Dr. Oehler für die vielen Ehrungen, besonders aber für den Krug mit Widmung, der ihm von den bayerischen BVS-Dienststellenleitern geschenkt wurde.

## Nachruf

Am 19. März 1987 verstarb im Alter von 72 Jahren der frühere BVS-Dienststellenleiter von Erlangen und Nürnberg

### Heinz Lenneps

nach langer, schwerer Krankheit.

Lenneps leitete die Dienststelle Erlangen von 1962 bis 1976 und die Dienststelle Nürnberg 1977.

Bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst war Lenneps jahrelang 2. Vorsitzender des Bezirkspersonalrats und Bezirksvertrauensmann der Schwerbehinderten der BVS-Landesstelle Bayern.

Unter seiner Führung entstand die BVS-Übungsanlage „Egelanger“ in Erlangen.

Dank seiner Kollegialität und seines freundlichen Wesens erlangte Lenneps die ungeteilte Wertschätzung aller seiner Mitarbeiter.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

# GZS Berlin



## Tätigkeitsbericht 1986

1986 brachte für die Gesellschaft für den Zivilschutz erhebliche Veränderungen, die sich auf die weitere Tätigkeit nachdrücklich auswirken werden.

Nachdem seit 1980 ein erheblicher Anstieg der Leistungen in der Öffentlichkeitsarbeit und der Unterrichtung und Ausbildung zu verzeichnen war, wurden der Gesellschaft seitens des Bundes weitere Planstellen zugewilligt und ab 1. Januar 1986 besetzt. Die erste Veränderung ergab sich durch die Einstellung eines Fachbearbeiters am Jahresbeginn 1986. Ab Jahresmitte konnten zwei weitere Mitarbeiter für die zweite fahrbare Aufklärungs- und Ausbildungsstelle eingestellt werden. Durch diese personelle Verstärkung konnte der Leistungsanstieg fortgesetzt werden. Wa-

ren es im Jahre 1985 noch 719 Veranstaltungen, wurden 1986 insgesamt 855 Veranstaltungen gezählt.

Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl stieg das Interesse in der Bevölkerung am Thema Strahlenschutz erheblich. Bei einer in den ersten Maitagen durchgeführten Ausstellung informierten sich viele Besucher eingehend über Schutzmöglichkeiten. Interessanterweise war es auch danach nicht möglich, Bevölkerungsteile für den 16stündigen Selbstschutz-Ergänzungslehrgang „ABC-Schutz“ zu gewinnen. Die Gesellschaft zog hieraus die Konsequenzen und erstellte einen Themenplan für eine zweistündige Informationsveranstaltung. Seit Jahresmitte 1986 konnten 17 derartige Informationsvorträge mit gutem Erfolg gehalten werden.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des

vergangenen Jahres fand auch eine Veranstaltung unter der Leitung von Bundestagsabgeordneten Kalisch im Reichstagsgebäude statt, über die im „Zivilschutz-Magazin“ gesondert berichtet wurde.

Die Zusammenarbeit mit den Stadt-, Landes- und Bundesbehörden könnte nicht besser sein. So wurden der Gesellschaft zahlreiche Räumungsübungen in den Behörden in eigener Verantwortung übertragen, aus denen sich zahlreiche Beratungen und andere Veranstaltungswünsche ergaben.

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde von den Medien nicht unerheblich unterstützt. So berichtete der SFB-Hörfunk in einer Woche zweimal über den Zivilschutz und ließ hierin auch die GZS zu Wort kommen. Berichte der verschiedenen Tageszeitungen rundeten das Bild ab.

60. Geburtstag von THW-Bundessprecher Peter Merck

## Hohe Wertschätzung im ganzen Bundesgebiet

Dank und Anerkennung von Bundesinnenminister Dr. Zimmermann

Anlässlich einer Feier zum 60. Geburtstag des THW-Bundessprechers, Peter Merck, hielt Staatssekretär Franz Kropfenstedt (Bundesministerium des Innern) in Darmstadt eine Ansprache folgenden Wortlauts:

„Ich freue mich sehr, Ihnen — lieber Herr Merck — heute zu Ihrem besonderen Geburtstag die herzlichen Glückwünsche des Bundesministers des Innern zu überbringen.

Bundesminister Dr. Zimmermann ist durch die Koalitionsverhandlungen in Bonn leider verhindert. Er bedauert dies sehr, weil er in den vergangenen vier Jahren seiner Amtsperiode als Innenminister Sie in einer Reihe von Gesprächen persönlich kennen- und schätzen gelernt hat.

Herr Dr. Zimmermann hat mich gebeten, seine Grüße zu überbringen und Ihnen seinen Dank und seine Anerkennung für Ihre jahrzehntelangen Verdienste in den Bereichen auszusprechen, für die der Bundesminister des Innern auf Bundesebene die Verantwortung trägt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die hier anwesende große Zahl von Repräsentanten des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens zeigt die hohe Wertschätzung, die der Jubilar im ganzen Bundesgebiet genießt. Zum Bereich seiner vielfältigen Aktivitäten gehört sein unermüdlicher Einsatz für die Belange des Katastrophenschutzes und insbesondere der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.

Im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit in der Firma Merck hat sich Herr Merck persönlich sehr stark für den Aufbau einer modernen, auf den neuesten Stand der Technik stehenden Werkfeuerwehr



Hohe Wertschätzung genießt Peter Merck im ganzen Bundesgebiet. (Foto: Hilberath)

engagiert. Die Werkfeuerwehr der Firma Merck gilt inzwischen als vorbildlich im ganzen Bundesgebiet.

Seit mehr als fünfzehn Jahren unterstützt Herr Merck in tatkräftiger Weise die Katastrophenschutz-Organisation des Bundes, das Technische Hilfswerk. Er hat hierfür einen erheblichen Anteil seiner ohnehin knapp bemessenen Zeit geopfert.

Der Aufbau des THW-Ortsverbandes Darmstadt zu einer leistungsfähigen, in Darmstadt und Umgebung allgemein geschätzten Organisation, ist im wesentlichen sein Werk. Seit dem Jahre 1970 leitet Herr Merck den heute rund 250 Mann starken Ortsverband, der nicht zuletzt dank der Spenden des Jubilars ein breites Spektrum von Einsatzmöglichkeiten aufweist.

Unter der Führung von Herrn Merck endete die Zeit provisorischer Unterbringungslösungen für den Ortsverband an-

lässlich der 30jährigen Gründungsfeier. Im Oktober 1983 konnte eine der modernsten Unterkünfte im THW, deren Erstellungskosten rund 2,2 Millionen DM betragen, seiner Bestimmung übergeben werden. Der THW-Ortsverband Darmstadt ist heute im Hinblick auf Ausbildungsstand, Ausstattung und Unterkunft ein Aushängeschild des Katastrophenschutzes in Hessen.

Gemeinsam mit dem Landesverband hat der Ortsverband den Bundeswettkampf des Technischen Hilfswerks im Jahre 1983 in Darmstadt ausgerichtet. Diese große Leistungsschau des Technischen Hilfswerks, an der rund 400 aktive Wettkampfteilnehmer aus den elf Landesverbänden und rund weitere 1 000 THW-Helfer als Zuschauer teilnahmen, wurde zu einem glänzenden Erfolg für den Ortsverband Darmstadt und seinen Ortsbeauftragten.

Darüber hinaus hat sich der Jubilar seit seiner Wahl zum Bundessprecher der rund 56 000 Helfer des Technischen Hilfswerks energisch für die Gesamtinteressen des Technischen Hilfswerks eingesetzt. Er hat die in den letzten Jahren entwickelten Strukturen der Bundesanstalt in einem ganz entscheidenden Maße mit beeinflusst. Im Jahre 1984 ist der Bundesminister des Innern seinem von allen Landessprechern einmütig unterstützten Vorschlag nach einer stärkeren Selbständigkeit des THW gefolgt und hat die THW-Leitung organisatorisch gestärkt.

Nachdem Ende vergangenen Jahres die zweijährige Probezeit dieser Neuorganisation abgelaufen ist, wird nunmehr in Kürze darüber zu entscheiden sein, ob auf dem eingeschlagenen Wege weiter fortgeschritten werden soll.

Ein weiteres besonderes Anliegen war Herrn Merck die Verbesserung der Mitspracherechte der Helferschaft. Als Erfolg seiner Bemühungen wurden im Jahre 1985 die Mitwirkungsmöglichkeiten der Vertreter der Helferschaft auf allen Ebenen erweitert und durch die Bildung von Arbeitskreisen sichergestellt, daß der Sachverstand der Helferschaft in die Entscheidungen der THW-Leitung einfließen kann.

Ich darf abschließend den bereits ausgesprochenen Dank für die aufgezeigten vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten durch den Wunsch ergänzen, daß Sie, lieber Herr Merck, uns auch in den kommenden Jahren mit Ihrer Tatkraft und mit Ihrer Erfahrung zur Verfügung stehen werden."



## Erste-Hilfe-Ausbildung hat hohen Stellenwert

**Eutin.** Der THW-Ortsbeauftragte für Eutin, Günter Radloff, sieht in der Erste-Hilfe-Ausbildung einen wichtigen Teil der Schulung seiner Helfer zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft des Ortsverbandes.

Aus diesem Grunde wird beim Ortsverband der Dienst- und Ausbildungsplan so konzipiert, daß jeweils dann ein Kurs in „Erster Hilfe“ eingeplant wird, wenn wieder eine ausreichende Anzahl von Helfern im Ortsverband vorhanden ist, bei denen die Teilnahme an einem solchen Kursus bereits längere Zeit (maximal drei Jahre) zurückliegt.

So lag denn auch in diesem Jahr in den Monaten Januar bis März der Schwerpunkt der Ausbildung in der Vermittlung von Erste-Hilfe-Maßnahmen. Geleitet wurde der an acht Abenden stattfindende Kurs von Siegfried Noel von der Johanniter-Unfall-Hilfe.

Noel, der hauptberuflich als Rettungssanitäter beim in Eutin stationierten Rettungshubschrauber tätig ist, legte während der Ausbildungsabende besonderen Wert auf die Praxis. Ferner versuchte er den Helfern des THW zu verdeutlichen, daß neben der Erstversorgung und Bergung von verletzten Personen auch die Betreuung ein wichtiger Bestandteil der durchzuführenden Maßnahmen ist. Ein paar beruhigende und ablenkende Worte sind für einen Verletzten, der auf das Eintreffen des Notarztes wartet, ebenso wichtig wie die eigentliche Erste Hilfe.

Am letzten Ausbildungsabend mußten dann die Kursteilnehmer die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten unter Beweis stellen. Hierzu wurden einige Mitglieder der JUH so geschminkt, daß

Das richtige Anlegen von Verbänden will gelernt sein.  
(Foto: Lange)



die zu versorgenden „Verletzungen“ täuschend echt aussahen.

Abschließend bleibt festzustellen, daß die THW-Helfer die im Verlauf des Kurses gestellten Aufgaben vorbildlich erfüllt haben.  
K.-D. G.

## Hamburg



### Landesbeauftragter der Deichwacht verabschiedet

**Hamburg.** In den Räumen des THW wurde der langjährige Landesbeauftragte der Deichwacht Hamburg, Kurt Borchert, aus dem aktiven Dienst verab-



THW-Landesbeauftragter Trautvetter überreicht Kurt Borchert die THW-Ehrung. (Foto: Krüger)

schiedet. THW-Landesbeauftragter Günter Trautvetter überreichte Borchert das THW-Helferzeichen in Gold mit Kranz und unterstrich die gute Zusammenarbeit zwischen Deichwacht und THW.

Viele Gäste aus dem Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes, an der Spit-

ze die Vertreter der Behörde für Inneres, der Feuerwehr und der Sanitätsorganisationen waren zur Verabschiedung von Borchert gekommen.

Der scheidende Landesbeauftragte der Deichwacht dankte allen Anwesenden für die guten Wünsche und bat die vertrauensvolle Zusammenarbeit auch mit seinem Nachfolger fortzusetzen. A. K.

### Informationsveranstaltung für Soldaten

**Hamburg.** Unter der Führung ihres Kompaniechefs statteten Offiziere und Unteroffiziere des 8. Flugabwehrregimentes 3 dem THW-Landesverband einen Informationsbesuch ab.

Nach einer praktischen Vorstellung von verschiedenen Fahrzeugen und Geräten wurden den Soldaten in Kurzvorträgen und in einem Film die Aufgaben des THW verdeutlicht. In der anschließenden Diskussion wurde besonders nach den Aufgaben in der Deichverteidigung und nach Problemen mit vom Wehrdienst freigestellten Helfern gefragt. A. K.

### Besuch von Kommunalpolitikern

**Hamburg.** Einmal im Jahr besuchen die verantwortlichen Kommunalpolitiker im Bereich Hamburg-Mitte das THW. Bezirksbeauftragter Erwin Siebert konnte diesmal den Bezirksamtsleiter und seine drei Ortsamtsleiter begrüßen. In einem sehr fruchtbaren Gespräch wurde u. a. über Einsatzmöglichkeiten des THW, Sprengvorhaben und Schutzraumbetriebsdienst gesprochen. Durch diese intensiven Kontakte konnte in den vergangenen Jahren der THW-Bezirksverband Hamburg-Mitte in viele zusätzliche Aufgaben eingebunden werden.



Das Foto zeigt Bezirksbeauftragten Erwin Siebert und Bezirksamtsleiter Hubert Jungblut (rechts). (Foto: Krüger)

Bezirksamtsleiter Hubert Jungesblut versicherte, daß auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit dem THW so gut wie bisher fortgeführt werden solle. A. K.

## Polizei Hamburg besuchte THW

**Hamburg.** 25 Beamte der Bereitschaftspolizei Hamburg begleiteten im Sommer 1986 das THW Hamburg zu der Übersetzübung „Rösselsprung '86“. Durch den Einsatz der Kradmelder der Polizei ist damals ein reibungsloser Marsch mit fast 100 Fahrzeugen nach Hoya und zurück durchgeführt worden.



THW-Landesbeauftragter Trautvetter während des Gesprächs mit Polizeibeamten. Foto: Krüger

Kürzlich bedankte sich der THW-Landesbeauftragte von Hamburg anlässlich einer Informationsveranstaltung bei den eingesetzten Polizeibeamten. Durch Kurzvorträge und einen Film wurde den Besuchern die Aufgaben, Ausstattung und Ausrüstung des THW, insbesondere in Hamburg, vorgestellt. In der anschließenden lebhaften Diskussion wurde eine weitere Zusammenarbeit vereinbart. A. K.

## Flutgedenktag in Hamburg

**Hamburg.** 25 Jahre nach der Jahrhundertflut von 1962 fand am Ehrenmal für die Sturmflutopfer in Hamburg-Wilhelmsburg eine Gedenkfeier statt. In der Nacht vom 16. auf den 17. Februar 1962 trat in Hamburg — wie an der gesamten Deutschen Nordseeküste — eine sehr schwere Sturmflut mit einem am Pegel St. Pauli nie zuvor gemessenen Wasserstand von NN +5,70 m ein, 0,46 m höher als der Wasserstand der bis dahin höchsten Sturmflut von 1825. 315 Opfer, besonders aus dem Bereich Hamburg-Wilhelmsburg, waren damals zu beklagen.

Erster Bürgermeister Dr. Klaus von Dohnanyi mit THW-Helfern beim Flutgedenktag. (Foto: Krüger)



Gemeinsam mit Vertretern der Feuerwehr, der Deichwacht und der Bundeswehr waren über 100 THW-Helfer am Flutdenkmal angetreten, um den Opfern der Sturmflut zu gedenken. Auch ein Helfer des THW-Hamburgs hat damals im Einsatz sein Leben gelassen.

Der Erste Bürgermeister der Hansestadt, Dr. Klaus von Dohnanyi, erinnerte in seiner Ansprache daran, daß dieser Gedenktag dazu beitrage, das Gefahrenbewußtsein für den Hochwasserschutz bei den Verantwortlichen und der Bevölkerung ständig wach zu halten. Weiterhin dankte der Erste Bürgermeister den Helfern, die für die Deichverteidigung bereit stünden.

Anschließend legte THW-Landesbeauftragter Trautvetter mit dem Landessprecher am Ehrenmal einen Kranz nieder.

A. K.

## Bremen



### Senator für Inneres zu Besuch beim THW-OV Bremen-Schwachhausen

**Bremen.** Am 28. Februar 1987 war es wieder soweit. Um 8.00 Uhr begann beim THW-OV Bremen-Schwachhausen die monatliche Tagesausbildung. Traditionsgemäß gab es für Helfer und Gäste Braunkohl und Pinkel aus der Feldküche.

Als Gäste konnte THW-Ortsbeauftragter Erich Behrendt u. a. den Senator für Inneres, Volker Kröning, Polizeidirektor Albert Lohse sowie Vertreter der Innenbehörde, der OFD, des BVS und der Berufsfeuerwehr Bremen begrüßen.

Bei einem Rundgang durch das Ortsverbands-Gelände konnten sich die Gäste einen Überblick über die Einsatzbereitschaft des THW machen. Anschließend wurden die Gäste zu einer Ge-

sprächsrunde geladen. Hierbei wurde auch das vor einem Jahr zur Spardose umgearbeitete Kochgeschirr für Helferspenden zu Gunsten des Weißen Rings geöffnet. Polizeidirektor Lohse, gleichzeitig ehrenamtlicher Regionalbeauftragter des Weißen Rings für Bremen, konnten 365,35 DM als Spende übergeben werden.

Auch das Sparschiffchen der DGzRS erbrachte eine Spende in Höhe von 365,00 DM.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen sprach der Senator für Inneres, Volker Kröning, zu den Führungskräften und Helfern. Er dankte u. a. auch für die Spendeninitiativen der Helfer. H. S.

## Niedersachsen



### Überörtliche Ausbildung für Feuerwehr und THW

**Hude-Bookholzberg.** Für die Ausbildung von Einsatzkräften der Feuerwehren und des THW bei Bundesbahnunfällen, insbesondere im Zusammenhang mit Flüssigkeits- und Gefahrguttransporten, wird von der Deutschen Bundesbahn ein spezieller Übungszug mit Leckage- und Armaturenübungswagen unterhalten.

Mit dem Übungskesselwagen, der ein Fassungsvermögen von 48 000 Litern hat, können die verschiedensten Unglücksfälle mit Leckagen simuliert und realistisch dargestellt werden. Angeregt wurde die Veranstaltung durch den Kreisausbildungsleiter der Feuerwehr, Ernst August Müller, aus Bookholzberg. Müller hatte Vertreter des Kreisamtes Oldenburg, des Polizeiabschnitts Oldenburg-Land sowie der THW-Ortsverbände Wardenburg, Cloppenburg und Hude-Bookholzberg eingeladen.

Die Bundesbahnbediensteten Fuchs und Hort vom Bahnhof Hamm in West-

falen erläuterten die einzelnen Übungsphasen. Das THW bildet insbesondere für Unglücksfälle mit Öl und Gefahrenstoffen auf dem Land und zu Wasser die Helfer an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Hoya/Weser aus. Der THW-Ortsverband Cloppenburg war mit seinem Spezialfahrzeug „Rüstwagen Öl“ angerückt. Beide THW-Einheiten aus Cloppenburg und Hude-Bookholzberg setzten ihre Spezialisten für derartige Unglücksfälle ein. Sie arbeiteten auf Anweisung der Bundesbahnbediensteten und spielten die verschiedensten Hilfeleistungsmöglichkeiten durch.

Bei der 1. Übungsphase mußte mit Ableitblechen die Flüssigkeit, die an schlecht zugänglicher Stelle aus einem Tankwagen austrat, in einen sich selbstständig aufrichtenden Auffangbehälter mit 1 000 Liter Fassungsvermögen abgeleitet und aufgefangen werden. Bei der 2. Leckage an der Stirnseite des Tankwagens, die ebenfalls nicht zugänglich war, wurde mit einer großen säurebeständigen Plane die Flüssigkeit aufgefangen, damit sie nicht ins Erdreich sickern konnte, und dann in den Tank zurückgepumpt.

Bei einer Leckstelle unter dem Kesselwagen wurde die Auffangplane in Längsrichtung unter dem Tankwagen ausgebreitet und die seitlichen Enden am Tankwagen in 1,20 Meter Höhe befestigt. Dies ermöglicht, aufgefangene Flüssigkeit dann in herangeschaffte Behälter oder Reservekesselwagen umzupumpen.

Das Abdichten der Leckstellen an gut zugänglichen Stellen erfolgte mit Holzkeilen sehr eindrucksvoll und optimal. Dabei trugen die Helfer leichte Schutzkleidung.

Bei der letzten Vorführung wurde mit einem Luftkissen, das mit Spanngurten am Tankwagen auf der undichten Stelle befestigt worden war, die Leckstelle, auf der ein Druck von 6 bar lag, fachmännisch abgedichtet. Die Druckgaskesselwagen sind mit zwei Bodenventilen zum Ablassen der Flüssigkeiten ausgestattet. Kesselwagen, die mit einem weißen und gut sichtbaren Streifen um den Tank gekennzeichnet sind, besitzen eine automatische Belüftung. Dies ist für die Hilfskräfte des Katastrophenschutzes, der Feuerwehr und des THW sehr wichtig, damit beim Abpumpen kein Unterdruck im Kesselwagen entsteht und hierdurch weitere Schäden auftreten können. Das Besteigen eines Kesselwagens zum Öffnen des Domschachtes, der unter einer Fahrleitung der Bundesbahn mit 15 000-Volt steht, darf nur durchgeführt werden, wenn die Leitung durch das Bundesbahnfachpersonal abgeschaltet, geerdet und kurzgeschlossen wurde.

Eine Auffangplane wird unter dem Kesselwagen befestigt. (Foto: Czwick)



Zum Schluß der sechsständigen Schulung der Bundesbahn wurde noch ein lehrreicher Film über Unglücksfälle am Druckgaskesselwagen vorgeführt.

In der Dienststelle des THW-OV Hude-Bookholzberg wurden nach der Ausbildungsveranstaltung mit dem Ortsverband Cloppenburg, der Bundesbahn und der Feuerwehr noch fachliche Gespräche geführt. I. C.

### THW-Jugend trifft sich in Springe

**Springe.** Den rund 32 000 Einwohnern der niedersächsischen Kleinstadt Springe steht ein buntes Pfingstfest ins Haus. Die THW-Jugend hat sich die Stadt als Standort für ihr Bundeszeltlager 1987 auserkoren. Erwartet werden dazu bis zu 1 800 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 17 Jahren.

Im Sport- und Erholungszentrum Springe-Süd wird unter der Regie des THW-Ortsbeauftragten Friedrich Beckmann eine gut durchdachte Zeltstadt entstehen, in der vom 4. bis zum 9. Juni ein abwechslungsreiches Programm über die Bühne gehen soll. Höhepunkt ist dabei der Bundeswettkampf des THW und der THW-Jugend am Pfingstsonntag auf dem Schützenplatz in Hannover.

Aber auch sonst haben die Junghelfer sich selbst und den Springern einiges zu bieten: Einen ökumenischen Gottesdienst im Freien, ein großes Spielfest mit vielen Überraschungen für jung und alt, bunte Laienspiele aus allen deutschen Regionen, ein Rockkonzert und am Pfingstmontag den großen Niedersachsen-Abend mit der THW-Jugend Niedersachsen. Hierzu hat sich auch die internationale Band „Angelface“ angesagt.

Eine Arbeitsgruppe, zu der u. a. der niedersächsische Landesjugendleiter Andreas Reimchen gehört, ist seit Sommer letzten Jahres tatkräftig im Einsatz, damit alle Zeltlagerteilnehmer am Ende sagen können: „Hallo Niedersachsen — bei Euch war's duft...!“ A. R.

### Am Pfingstsonntag Start zum 9. THW-Bundeswettkampf in Hannover

**Hannover.** Nach dem Helfertag 1974 in Goslar hat der THW-Landesverband Niedersachsen zum zweiten Male die Aufgabe übernommen, eine Großveranstaltung des THW vorzubereiten, zu koordinieren und in enger Zusammenarbeit mit der THW-Leitung in Bonn-Bad Godesberg durchzuführen. Am Pfingstsonntag, dem 7. Juni 1987, fällt auf dem Schützenplatz in Hannover um 9.00 Uhr der Startschuß zum 9. Bundeswettkampf des THW. Die niedersächsische Landeshauptstadt steht dann für einen Tag im Mittelpunkt des THW-Geschehens.

Nach Darmstadt 1983 treten in Hannover wieder die elf landesbesten Instandsetzungszüge zu einem Leistungsvergleich auf Bundesebene gegeneinander an. Das Wettkampfmotto für die Aktiven lautet: „Der Instandsetzungszug im Einsatz“. Entsprechend werden an die Teilnehmer Anforderungen gestellt, die denen im Einsatz möglichst nahekommen sollen und neben dem fachlichen Teil auch eine Führungskomponente umfassen.

Die Aufgaben berühren die Bereiche aller Fachgruppen. Sie werden im Detail erst unmittelbar vor Wettkampfbeginn im Rahmen von Lage und Auftrag bekanntgegeben und können somit hier nicht näher beschrieben werden.

Die Wettkampfmannschaft „Instandsetzung“ besteht aus:

Zugtrupp

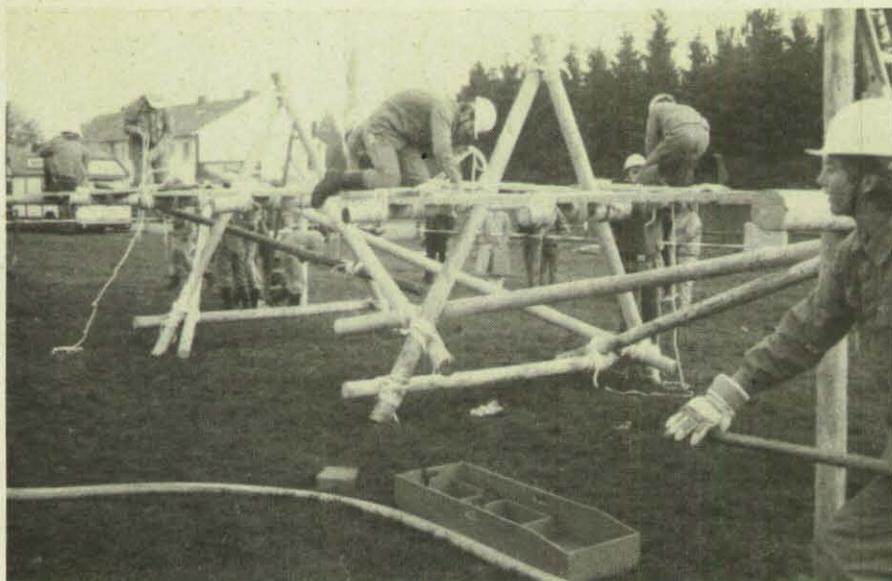
Stärke 1/5/4  
ohne Kraftfahrer 2

Elektrogruppe

Stärke 2/5/7  
Gruppenführer, Truppführer, je zwei Helfer Freileitungs- u. Kabelbau sowie ein Helfer Schaltanlagen

Gas/Wasserguppe

Stärke 2/5/7  
Gruppenführer, Truppführer, mind. je ein Gas- u. Elektroschweißer



„Bau eines Trümmersteges“ lautet eine der Wettkampfaufgaben für die THW-Jugend.  
(Foto: Richter)

Abwasser/Ölgruppe  
Stärke 2/5/7

Gruppenführer, Truppführer, vier  
Atemschutzgeräteträger  
und

sechs Gasthelfern (darunter befindet  
sich der Ortsbeauftragte der teilneh-  
menden Mannschaft).

Bei den Jugendgruppen soll der Wett-  
kampf deren Ausbildungsstand erkenn-  
bar machen. Fachtechnische Ausbil-  
dung der Jugendlichen wird mit sport-  
lich-spielerischen Elementen unterlegt.  
Die Aufgabenstellung umfaßt:

- das Ausleuchten einer Einsatzstelle,
- den Bau eines Trümmersteges,
- das Füllen eines Wasserbehälters  
mittels Pumpe,

- das Füllen eines zweiten Wasserbe-  
hälters mittels Eimer im Staffellauf,
- den Transport eines „Verletzten“
- und das Hissen einer Fahne nach  
dem Durchlauf.

Die Jugend-Wettkampfmannschaft be-  
steht aus einem Jugendbetreuer, zehn  
Jung Helfern sowie fünf Gasthelfern (dar-  
unter befindet sich der Ortsbeauftragte  
der teilnehmenden Mannschaft).

Zur Siegerehrung und Pokalübergabe  
gegen 17.00 Uhr werden u. a. Bundes-  
innenminister Dr. Friedrich Zimmermann,  
der Niedersächsische Minister des Innern,  
Wilfried Hasselmann, und der  
Oberbürgermeister der Landeshaupt-  
stadt Hannover, Herbert Schmalstieg,  
erwartet.

**Programm**  
**für den 9. THW-Bundeswettkampf am Pfingstsonntag,**  
**dem 7. Juni 1987, in Hannover**  
**— Schützenplatz —**

Beginn: 9.00 Uhr	Begrüßung und Wettkampferöffnung durch den Direktor des Technischen Hilfswerks, Gerd Jürgen Henkel.
9.30—12.30 Uhr	Wettkampf der elf Instandsetzungszüge.
12.30—14.30 Uhr	Mittagspause
14.30—16.30 Uhr	Wettkampf der elf Jugendgruppen.
Anschließend	Ansprachen, Grußworte, Siegerehrung durch: Bundesminister des Innern, Niedersächsischer Minister des Innern, Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz.
Durchgehend	Festzeltbetrieb, Fahrzeug- und Geräteschau, Vorführungen, Modellausstellung Spielstraße für Kinder u. v. m.

Für die musikalische Unterhaltung sorgen das BGS-Musikkorps Mitte —  
Kassel, der THW-Spielmannszug Salzgitter und andere.

Den ganzen Tag über kann sich die Be-  
völkerung bei einem umfassenden Vor-  
führ- und Aktionsprogramm über den  
Leistungs- und Ausstattungsstand des  
THW informieren. Dabei ist für die musi-  
kalische Unterhaltung ebenso gesorgt  
wie für das leibliche Wohl aus den  
THW-Küchen.

Krönender Abschluß ist ein Kamerad-  
schaftsabend im Festzelt zum Leinetal  
mit einem bunten Unterhaltungsteil un-  
ter dem Motto „Treffpunkt Niedersach-  
sen“.

R. B.

Nordrhein-Westfalen



**THW und Feuerwehr gemein-  
sam gegen die Wassermassen**

**Wuppertal.** Nach sintflutartigen Regen-  
fällen am 25. März 1987 mit Nieder-  
schlägen von bis zu 46 Litern pro Qua-  
dratmeter trat das sonst friedlich dahin-  
fließende Flößchen „Düssel“ zwischen  
Wuppertal und Mettmann über die Ufer  
und überflutete den Ortsteil Schöller.

Noch in der Nacht legte die Feuerwehr  
Sandsäcke aus, um die umspülten Häu-  
ser einigermaßen zu schützen. Die Be-  
wohner „löfkelten“ mit allen greifbaren  
Schöpfgeräten das Wasser aus ihren  
Wohnungen.

Durch die Berufsfeuerwehr der Stadt  
Wuppertal wurde das THW um Mitar-  
beit im Einsatzgebiet Schöller gebeten.  
Helfer des THW-OV Wuppertal bauten  
in knapp zwei Stunden eine 4,70 Meter  
hohe und acht Meter lange Rohrbrücke  
über die Bundesstraße 7, über die dann  
zwei C-Schläuche geführt werden konn-  
ten. Zehn Pumpen förderten im Dau-  
ereinsatz 1 600 l Wasser pro Minute. So  
wurde das nachlaufende Wasser auf Ni-  
veau gehalten. Ca. 100 Meter unterhalb  
der Pumpstelle wurde das Wasser wie-  
der der „Düssel“ zugeführt.

Nach über zwölfstündigem Einsatz der  
THW-Helfer und Nachlassen der Regen-  
fälle entspannte sich die Lage. M. Sch.

Hessen



**Kraftfahrer für den  
Katastrophenschutz**

**Fulda.** Erstmals wurde die Kraftfahrer-  
Ausbildung auf Standortebene im THW-  
Geschäftsführerbereich Fulda mit sechs  
angehenden Kraftfahrern vom ABC-Zug

des Landkreises Fulda (Regieeinheit) unter der Leitung des THW durchgeführt.

Dieser Lehrgang ist u. a. eine Voraussetzung für die Teilnahme an einem 40stündigen Sonderlehrgang „Führen von Einsatzfahrzeugen zur Fahrgast-Beförderung“ an der Katastrophenschutz-Schule des Landes Hessen in Johannisberg.

### Dammbruchgefahr beseitigt

**Heidenrod.** Am Montag, dem 2. März 1987, wurde um 13.15 Uhr der THW-OV Heidenrod von der Polizei alarmiert: Ein Dammbruch am Wisperstausee sei zu befürchten. Unter der Leitung des Helfers Willi Weinreuter rückte eine Gruppe mit MKW und GWK um 13.45 Uhr aus.

An der Einsatzstelle zeigte sich folgendes Bild: Der Wispersee ist ein mit einem ca. zehn Meter hohem und 80 m langem Erddamm angestautes Gewässer mit Freizeitanlagen. Neben dem Abflußrohr am luftseitigen Dammfuß trat aus dem Dammkörper Wasser aus. Verstärkt wurde dies durch den von starken Regenfällen und Schneeschmelze verursachten Anstieg des Wasserspiegels im Stauraum. Es wurde eine Ausspülung des Dammes und damit ein möglicher Dammbruch befürchtet. Die am Überlaufbauwerk vorhandenen Staubretter konnten wegen Überflutung nicht mehr von Hand gezogen werden. Dies gelang jedoch durch eine von einem THW-Helfer konstruierte Ziehvorrichtung.

Eine inzwischen eingetroffene Kommission von Vertretern der zuständigen Behörden beschloß, es vorerst dabei zu belassen, da sonst eine teilweise Überflutung des Ortes Geroldstein am Unterlauf der Wisper befürchtet wurde. Für die Nacht auf Dienstag wurde von den örtlichen Feuerwehren ein Überwachungsdienst eingerichtet. Dieser maß stündlich das an der Schadensstelle austretende Wasser und kontrollierte den Damm.

Am nächsten Tag wurden auf Verlangen des zuständigen Wasserwirtschaftsamtes zwei weitere Staubretter gezogen. Hierdurch wurde der Wasserspiegel im Stauraum soweit abgesenkt, daß der Wasseraustritt an der Schadensstelle versiegte. Die Gefahr eines Dammbruches war gebannt. R. E.

### Bundesverdienstkreuz für Heinrich Karg

**Michelstadt.** In einer Feierstunde wurde THW-Kreis- und Ortsbeauftragten Heinrich Karg, Michelstadt, das Ver-



Landrat Dr. Nothhardt (links) überreicht Heinrich Karg die Auszeichnung. (Foto: Hartmann)

dienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland für seine herausragende Tätigkeit und sein unermüdliches Wirken um das THW und den Katastrophenschutz verliehen.

Landrat Dr. Nothhardt würdigte in seiner Laudatio das seit über 30 Jahren währende ehrenamtliche Engagement Kargs für das THW. Im Jahre 1955 begann Karg mit dem Aufbau des THW-OV Michelstadt. Er investierte seine ganze Freizeit, um den Ortsverband zu dem werden zu lassen, was er heute ist: Ein notwendiges und nicht mehr wegzudenkendes Glied in der Hilfeleistungskette. Durch sein persönliches Vorbild habe Karg dem THW-OV Michelstadt zu höherem Ansehen verholfen, meinte der Landrat.

### THW unterstützte Rettungstaucher

**Viernheim.** In den eiskalten Fluten des Viernheimer Waldsee sollte übungsmäßig unter realistischen Bedingungen nach einer vermißten Person gesucht werden. Durch eine Eisdecke wurde dieses Vorhaben erschwert. Die Rettungstaucher der DLRG forderten daher zur technischen Unterstützung den THW-OV Viernheim an.

Die gesicherte Begehung der Eisfläche wurde von den THW-Helfern mit mehreren Steckleiterteilen und Holzbohlen er-

Mit der Motorsäge wird ein Durchbruch ins Eis gesägt.



möglicht, mit der Motorsäge ein Durchbruch für den Ein- und Ausstieg der Taucher hergestellt.

Neben dem Tauchtraining demonstrierte die DLRG einem interessierten Publikum die Bergung einer im Eis eingebrochenen Person. H. W.

### Bronzene Verdienstplakette für Willi Schmunk

**Darmstadt.** Die Bronzene Verdienstplakette der Stadt Darmstadt wurde dem „Althelfer und Sprengmeister“ des THW-OV Darmstadt Willi Schmunk verliehen.



Darmstadts Oberbürgermeister Metzger (links) ehrt Willi Schmunk. (Foto: Hartmann)

Oberbürgermeister Günter Metzger würdigte Schmunks Verdienste um das Gemeinwohl und wünschte dem heute 80jährigen insbesondere für seine Gesundheit alles Gute. H. H.

Rheinland-Pfalz



### Erste Marschfahrt des THW-OV Bad Kreuznach

**Bad Kreuznach.** Der THW-OV Bad Kreuznach führte am 22. März 1987 einen Marsch mit 20 Fahrzeugen durch.

Nach dem Ausbildungsabschluß neuer Kraftfahrer wurde durch Ortsbeauftragten Rudolph ein gemeinsamer Marsch aller Züge mit allen Fahrzeugen angeordnet.

Für den Marschbefehl wurde folgende Übungslage angenommen: „Durch ein schweres Erdbeben am frühen Morgen des 22. März im nördlichen Raum von Bad Kreuznach wurde der Einsatz des THW mit allen Einheiten befohlen. Alle Brücken über die Nahe sind in diesem Raum unpassierbar. Die Anfahrt zum Bereitstellungsraum ‚Pfingstwiese‘ muß über die BAB A 61 von Norden erfolgen.“

Hierdurch war eine direkte Anfahrt durch das Stadtgebiet von Bad Kreuznach nicht möglich. Eine weiträumige östliche Umfahrung über die BAB A 61, Landstraßen sowie enge Kreisstraßen mit einer Marschlänge von ca. 90 km war notwendig.

Unter der Führung des Fernmeldezuges setzte sich der erste und der zweite Bergungszug, der Instandsetzungszug, die beiden Brückenbaugruppen und der Verpflegungstrupp in Bewegung. Zwischen jedem Zug war ein Fahrzeug des Fernmeldezuges eingeordnet, um über Funk die Kolonne zusätzlich zu den Marschzeichen vom Spitzenführer zu koordinieren. Sicherungsposten an den Kreuzungen wurden von den beiden ersten Fahrzeugen abgesetzt und durch die beiden letzten wieder aufgenommen. Zwei Technische Halte dienten dazu, einen Fragebogen mit Checkliste auszufüllen. Für die Marschstrecke von ca. 90 km benötigte der Verband mit einer Marschgeschwindigkeit von 50 bis 60 km/h ca. 2½ Stunden. Die letzten drei Kilometer durch das Stadtgebiet nördlich von Bad Kreuznach-Zentrum übernahm die Schutzpolizei die Führung der Kolonne über Ampelkreuzungen.

Das Übungsziel wurde mit einer Zeitverzögerung von ca. 20 Minuten voll erreicht.

G. K.

Baden-Württemberg



### „Aus“ für Fabrikschlot

**Eberbach/Schwarzwald.** „Aus“ für einen 18 Meter hohen Fabrikschlot einer Peitschengerberei in Schwarzach (Nekar-Odenwald-Kreis). Der THW-OV Eberbach sprengte zusammen mit dem THW-OV Neunkirchen den 100 Jahre alten, einsturzgefährdeten Riesen. Sprengmeister und Zugführer Karl Lanik, Eberbach, hatte mit seinen Helfern präzise Vorarbeit geleistet.

Aus Sicherheitsgründen wurde das alte Fabrikareal für die zahlreichen Schau- und Inszenierungen gesperrt. Nach dem Zünden und einem dumpfen Knall neigte sich der Backsteinschlot gemächlich und ohne in sich zusammenzufallen zur Seite und schlug genau in der vorausberechneten Richtung auf dem Erdboden auf. Fotoapparate klickten, Videokameras surrten — und die Sache war gelaufen. Neunkirchens Zugführer Wolfgang Sprengel lobte beim anschließenden Umtrunk die 40 beteiligten THW-Helfer und freute sich, daß die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ortsverbänden so hervorragend geklappt hatte.

M. D.

Bayern



### „38. Internationale Spielwarenmesse“ in Nürnberg

**Nürnberg.** „In Nürnberg treffen Sie alle, in Nürnberg finden Sie alles“; dieser Slogan der „Internationalen Spielwarenmesse“ hat sich auch in diesem Jahr wieder voll bewahrheitet.

In der Welt größtem Kinderzimmer — zu dem bekanntlich nur Erwachsene Zutritt haben — gab es sehr viele Neuheiten zu bestaunen. Für jedes Alter, jeden Geschmack und Größe des Geldbeutels wurden Produkte der 1 951 Aussteller aus 42 Ländern angeboten. Einige der Ausstellungsstücke sind bereits im Fachhandel erhältlich, andere, wie z. B. aus dem Bereich Modellbau, werden



Oben: Dieses neue Modellfahrzeug wird zum 8. THW-Bundeswettkampf 1987 mit einem Sonderaufdruck erscheinen.

Unten: Der „DB“-Kipper des Instandsetzungszuges. (Fotos: Schwepfinger)



erst Mitte bis Ende 1987 angeboten. Modellfans des HO-Maßstabes können sich freuen! Feuerwehr- und Sanitätsfahrzeuge der neueren Generation, aber auch von Anno dazumal sind in großer Zahl erschienen. Auch das Angebot an „blauen“ Einsatzfahrzeugen des THW wurde erweitert. Liebhaber der N-Spur werden künftig eine reichhaltigere Auswahl an Fahrzeugmodellen, Figuren sowie Zubehör vorfinden.

Die Qualität ist deutlich gestiegen. 29 Produkte wurden mit der Medaille „Modell des Jahres“ ausgezeichnet.

Die Hersteller aus der Bundesrepublik hatten dabei wieder am besten abgeschnitten. Elf Medaillen blieben im eigenen Lande; neunmal ging die Auszeichnung an japanische Hersteller, die damit klar auf Rang zwei liegen. Sie werden gefolgt von Italien, Frankreich, Österreich und USA.

Die Qualität der Bausätze ist deutlich gestiegen. Neue Herstellungsmethoden wurden erschlossen. Wo früher in Handarbeit zeit- und kostenaufwendig Werkzeuge für die Spritzgußformen hergestellt worden waren, macht sich die Industrie zunehmend die moderne Technologie zunutze und fertigt Formen unter Einsatz von Laser- und Computertechnik. Das verbessert die Produktqualität, die der Modellbauer heute für sein Hobby erwartet.

Eine namhafte Firma liefert einige spezielle Feuerwehrfahrzeuge und zum THW-Bundeswettkampf am 7. Juni 1987 in Hannover zwei THW-Lastkraftwagen. Darüber hinaus werden Figuren passend zu jedem Maßstab und für verschiedene Epochen angeboten.

Ein weiterer Hersteller liefert schmucke Häuser, Bahnhöfe, Fabrikanlagen, Feuerwehrgerätehäuser und viele neue „Brummi-Kfz“. Der Einstieg in das THW rundet das Bild ab. Drei Modelle — das Bergungsräumgerät mit Zubehör, eine Transporteinheit, bestehend aus Kipper und Tiefladeanhänger, sowie der Mobilbagger in THW-Ausführung werden ab Oktober 1987 im Handel zu finden sein.

In- und ausländische Firmen präsentieren neben den Modellen ein reichhaltiges Angebot an Modellmaterial — neue Farben, Klebmitteln, Folien, spezielles Werkzeug für den Bastelbereich sowie Fachliteratur in Hülle und Fülle.

Auf den während der Messe stattfindenden Rahmenveranstaltungen der verschiedenen Fachverbände und Institutionen wurde immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß die Qualität und die Kinderfreundlichkeit (Sicherheit) des angebotenen Spielzeugs vom Käufer sehr genau unter die Lupe genommen werden. Der Trend zum guten Spielzeug hält auch weiterhin an.

J. Sch.

Wie in der März-Ausgabe dieses Heftes bereits angekündigt, wird im Verlauf des Jahres 1987 die Planung der WD-Übungen für dieses Jahr im einzelnen bekanntgegeben. Für Übungen im Warndienst wurde eine Dienstvorschrift erarbeitet, die zur Zeit erprobt wird. Mit dem Abdruck dieser Vorschrift wird hier begonnen.

## Warndienst-Dienstvorschrift 1000 (WD-DV 1000)

### Teil C: Ausbildung und Übung im Warnamt

#### Kapitel II: Anweisung für Übungen

##### Inhaltsverzeichnis

Allgemeines	7600—7603
Geltungsbereich	7601
Übungszweck	7602
Übungsarten	7603
Vorbereitung von Übungen	7700—7706
Übungsziel	7701
Übungsleitung	7702
Arbeitsplan	7703
Lage	7704
Gedachter Verlauf	7705
Anweisungen	7706
Durchführung von Übungen	7800—7804
Leiten der Übung	7801
Übende	7802
Übungsbeobachter	7803
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	7804
Auswertung von Übungen	7900—7903
Erfassen von Erkenntnissen	7901
Erfahrungsberichte	7902
Übungsbesprechungen	7903
Anlage C/II/1 — Arbeitsplan zur Vorbereitung Übung zu Ziffer 7703	
Anlage C/II/2 — Gedachter Verlauf zu Ziffer 7705	
Anlage C/II/3 — Anweisung für den Leitungsdienst zu Ziffer 7706	
Anlage C/II/4 — Anweisung zu Ziffer 7706	
Anlage C/II/5 — Erfassungsbogen für Schiedsrichter zu Ziffer 7801	

#### 7600 Allgemeines

##### 7601 Geltungsbereich

Diese Anweisung regelt Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Übungen im Warndienst. Sie bildet die Grundlage zur Erarbeitung der Leitungs- und

Übungsunterlagen. Einzelheiten regeln die vom BZS festgelegten Ausbildungsplanungen.

##### 7602 Übungszweck

Übungen des Warndienstes verfolgen den Zweck, hauptamtliches Personal und freiwillige Helfer im Rahmen der Aus- und Fortbildung durch praktisches Üben ihrer Funktionen darauf vorzubereiten, daß sie im Einsatzfall die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen können. Übungen mit anderen Dienststellen und Einrichtungen sollen die Zusammenarbeit der ABC-Melde- und Warnorganisation des Zivilschutzes fördern. Besondere Übungen dienen der Entwicklung neuer Arbeitsverfahren und der Überprüfung der Einsatzbereitschaft des Warndienstes.

##### 7603 Übungsarten

Folgende Übungsarten werden unterschieden:

- Planübungen
- Rahmenübungen
- Verfahrensübungen
- Vollübungen
- Sonderübungen

##### 1. Planübungen

In den Planübungen werden Führungskräfte aller Ebenen anhand von Plänen, Karten oder Modellen in der

- Einsatzplanung,
- Einsatztaktik,
- Führungstechnik,
- Menschenführung

geschult.

— wird fortgesetzt —

## Übersicht über den geplanten Ablauf der WD-internen Übung „MAYEX '87“

### Übungsziel und Übungszweck

1. Durchführung von Warnmaßnahmen
2. Üben von Warnung und Entwarnung sowie der damit zusammenhängenden Verfahren
3. Üben des Führens einer Dienststelle im Einsatz

### Wetter

Übungsunterlagen werden aufgrund einer historischen Wetterlage erstellt. Diese Wetterdaten werden von Warnamt V während der Übung zeitgerecht einge spielt.

### Vorbereitung

Die Einspielunterlagen sind zentral bearbeitet und werden zeitgerecht dem jeweiligen Leitfadern bzw. dem jeweiligen Leitungsdienst zugeleitet.

**Übungsleitung:** Referat WD 2 im BZS  
**Übungsgebiet:** Bundesrepublik Deutschland

**Zeitangaben:** Nach den Dienstvorschriften des WD

**Übungszeitraum:** 23. Mai 1987 von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr

### Übungs-

**teilnehmer:** Zivile ABC- und Luftlagemeldesammelstelle  
— WaÄ I—X  
— WD-Verbindungsstellen 21, 51, 72 und 81  
— WD-Leitmeßstellen 11—104

### Fernmeldebereich

Das Steuer- und Verständigungsnetz des WD wird betriebsmäßig bereitgestellt.

## Nachruf

Am 15. Februar 1987 verstarb nach langer, schwerer Krankheit der Leiter der WD-Verbindungsstelle 61 in Butzbach-Bodenrod

### Fred Ziegenhagen

im Alter von 57 Jahren.

Ziegenhagen war seit 24 Jahren Helfer im Warnamt VI und davon zwölf Jahre Leiter der WD-Meßstelle 61. Er war ein Mann der ersten Stunde und hat im Warngebiet VI Entscheidendes bewegt.

Neben dem Aufbau der Leitmeßstelle hat Ziegenhagen auch beim Bundesverband für den Selbstschutz, Dienststelle Kelkheim (Taunus), Pionierarbeit geleistet; er war zudem noch Selbstschutzberater seines Wohnortes Liederbach. Ziegenhagen gehörte zu den Mitbürgern, die sich dem Dienst am Mitmenschen mit großer Hingabe widmen. Er fand hierin seine Lebensaufgabe.

Als ehrenamtlicher Mitarbeiter hat er sich durch sein Vorbild, die Fähigkeit, junge Menschen für den Dienst am Mitbürger zu motivieren, große Verdienste erworben.

Zum letzten Abschied hatte sich eine große Schar von Freunden an seinem Grab eingefunden.



Zwei-Diplom-Geographen als Delegierte des IKRK in Angola

## „Beim Roten Kreuz fühlte ich mich sicher“

Hilfe für 500 000 von Konflikten und Dürre betroffenen Menschen

Erst studierten sie gemeinsam in Tübingen, „bauten“ gemeinsam ihren Diplom-Geographen, um dann ebenfalls gemeinsam für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) als technische Delegierte nach Angola zu gehen: Helmut Giebel (30) war gleich zweimal für insgesamt 16 Monate unter Vertrag gewesen, Wolf Dietrich Sahr (29) hatte ein halbes Jahr in dem südafrikanischen Staat gearbeitet. Zum Jahresende 1986 kamen sie nach Deutschland zurück, gaben beim DRK-Generalsekretariat ihre abschließenden Einsatzberichte ab und erzählten von ihren Erfahrungen.

Bereits seit Jahren leistet das DRK im

Hochland Angolas, dem Planalto, Hilfe zugunsten von 500 000 von Konflikten und Dürre betroffenen Menschen. Zur Zeit sind zwei technische Delegierte im Einsatz, die sich insbesondere um die Koordination der Hilfsmaßnahmen bemühen. Im Jahr 1985 stellte das DRK Tank- und Lastwagen, Wolldecken, Altkleider, Zelte und Nahrungsmittel im Wert von rund 6,7 Millionen Mark zur Verfügung.

Helmut Giebel hatte „überhaupt keine Vorstellungen“ von dem, was ihn in Angola erwartete. Auf der einen Seite ziemlich offen für alles ging er „absolut leer“ in sein Einsatzland. Dort aber wur-



Links: Hilfe auf dem Landweg. Viele Straßen sind nicht benutzbar.



Unten: Rot-Kreuz-Flugzeuge auf dem Flughafen von Huambo.

de er aufgefüllt, mit Verantwortung, mit Aufgaben: als Katastrophenhelfer, Logistiker, Organisator, Statistiker und damit als zentraler Verwalter der Hilfsgüter, der Planungsgrundlagen vor Ort erarbeiten mußte. Helmut Giebel war die Schaltstelle zwischen Genf und den IKRK-Felddelegierten, verantwortlich dem Katastrophenhilfe-Koordinator. Ein Zuarbeiter und dennoch kein Etappenhengst im Hinterland.

Luanda, Angolas Hauptstadt, empfand er als zu langweilig. Erst in der kleinen Hafenstadt Lubito wurde er gefordert. Giebel pflegte die Kontakte mit den lokalen Helfern des Angolanischen Roten Kreuzes. Und später brachte ihn seine Tätigkeit viel im Lande herum. Ob er denn keine Angst gehabt habe? In Angola herrscht ja schließlich Bürgerkrieg. Der Ex-Delegierte verneint: „Man muß einen gewissen Riecher bekommen, wie man sich zu verhalten hat.“ Gewiß, nachts gab es öfter Schießereien, man hörte auch einmal eine Bombe hochgehen, aber: „Beim Roten Kreuz fühlte ich mich sicher.“ Dennoch: Das angelernte Sicherheitsdenken verließ ihn auch beim Heimaturlaub in Deutschland nicht. Er sei daheim nie gerannt, bekannte Helmut Giebel, aber erwischt hat es ihn dann doch, freilich nicht im physischen Sinne. Die Rotkreuzidee packte den Diplom-Geographen: Im Hauptquartier des IKRK in Genf wird Helmut Giebel ein halbes Jahr als Statistiker arbeiten.

Wolf Dietrich Sahr flog bereits mit Dritte-Welt-Erfahrung nach Angola. Der auf dem Flughafen von Huambo verantwortliche Delegierte für sämtliche Bewegungen der Hilfsgüter von und zum Flughafen einschließlich der Lagerung, war überrascht, „daß ein Land im Krieg noch so funktioniert“. Sicher, die meisten Straßen sind trotz Militärkonvois nicht benutzbar, und auch die Minenverletzten, die aus Huambo ausgeflogen wurden, haben Sahr zu Anfang ganz schön zugesetzt. Seine Kräfte zog er aber letztlich aus der Stärke und der Zusammenarbeit mit dem Angolanischen Roten Kreuz. Und noch eine andere Erfahrung machte der Delegierte vor Ort, die auch Helmut Giebel nachvollzog: „Wenn das Rote Kreuz in Angola nicht wäre, würden die Menschen verhungern.“

Nach seinem Einsatz in Südafrika zieht es Wolf Dietrich Sahr in andere südliche, wenngleich ruhigere Gefilde: Auf den Karibischen Inseln will er an seiner Promotion in Agrar-Geographie arbeiten.

Carl-Walter Bauer

# Das Deutsche Rote Kreuz – Sozialarbeit mit Flüchtlingen

## El Salvador: Neuausrichtung der Hilfstätigkeit des IKRK

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) hat in El Salvador zu Beginn dieses Jahres ein landwirtschaftliches Hilfsprogramm gestartet. Es wird Menschen in die Lage versetzen, ihre Äcker wieder selbst zu bestellen und dadurch von direkter Nahrungsmittelhilfe unabhängig zu werden. Das Projekt wird in 8 von 14 Provinzen in El Salvador durchgeführt zugunsten der Zivilbevölkerung, die vom Konflikt in diesem Land betroffen ist.

Bis April d. J. werden mehr als 11 000 Familien ein „Landwirtschaftspaket“ erhalten, das aus 212 kg Saatgut, Dünger und Insektiziden besteht. Mit diesem Paket kann eine halbe „Manzana“ (= 0,35 ha) bebaut werden – dies entspricht der durchschnittlichen Anbaufläche eines Bauern. Die Ernte soll den Bauern ermöglichen, den Nahrungsmittelbedarf ihrer Familien während eines Jahres zu decken. Das IKRK verteilt in diesem Projekt ausschließlich salvadorianische Produkte, die den Bauern bereits bekannt sind. Die Kosten des Hilfsprogramms belaufen sich insgesamt auf rund 1,5 Millionen Schweizer Franken.

Für die Abwicklung des Landwirtschaftsprogramms ist ein Agronom des IKRK verantwortlich – er hat das Projekt in enger Zusammenarbeit mit einem salvadorianischen Berufskollegen erarbeitet. Sowohl die Regierung als auch die oppositionellen Kräfte El Salvadors wurden über dieses Projekt unterrichtet und haben seiner Verwirklichung zugestimmt.

Das IKRK ist seit Beginn des Konflikts in El Salvador im Jahre 1979 anwesend – 31 IKRK-Delegierte arbeiten in diesem mittelamerikanischen Land. Die Schwerpunkte der IKRK-Tätigkeit bilden die Besuche der Sicherheitshäftlinge und die Suche nach Vermissten. Weiterhin versorgt das IKRK die Bevölkerung in den vom Konflikt betroffenen Regionen mit Nahrungsmitteln und medizinischer Hilfe.

Horst F. Hamborg

In der Bundesrepublik Deutschland haben im Jahr 1986 mehr als 99 000 Personen als Flüchtlinge Schutz vor Verfolgung oder vor den kriegsrischen Auseinandersetzungen in ihrem Heimatland gesucht. Hinter dieser Zahl verbergen sich zumeist tragische Einzel- und Familienschicksale, Verzweiflung, Not und vor allen Dingen eine große Unsicherheit im Hinblick auf eine ungewisse Zukunft.

Das Deutsche Rote Kreuz hat es sich zu seiner Aufgabe gemacht, den Flüchtlingen und Schutzsuchenden in unserem Land im humanitären Sinne zu helfen. Durch den bundesweiten aktiven und tatkräftigen Einsatz von ehren-, neben- und hauptamtlichen Mitarbeitern ist das Deutsche Rote Kreuz bemüht, den Menschen in Not all das Verständnis, die Menschlichkeit und Hilfe angedeihen zu lassen, die sie in ihrer bedrückenden Situation benötigen.

Im Jahre 1986 bemühten sich weit über 500 Mitarbeiter in allen Gliederungen des Deutschen Roten Kreuzes um die Verbesserung der schwierigen Lage der Flüchtlinge und Schutzsuchenden. In

Beratungsstellen, in Wohnheimen, bei Hausbesuchen helfen sie in der ersten Orientierungsphase in einem fremden Land ebenso wie bei Problemen während des Asylverfahrens oder bei der Einschulung der Kinder. Nicht selten wird der Wunsch zur Rückkehr in das Heimatland oder zur Weiterreise in ein Drittland laut. Auch hier stehen die Helfer mit Rat und Tat zur Seite. – „Helfen ohne Grenzen!“ –

Gleichzeitig versucht das Deutsche Rote Kreuz auf allen Ebenen – im Dialog mit den zuständigen Behörden und Politikern – einen konkreten Beitrag zur menschenwürdigen Ausgestaltung des Asyls zu leisten.

Da auf absehbare Zeit nicht mit einem Ende des Weltflüchtlingsproblems zu rechnen ist und somit auch nicht mit einem Nachlassen des Zugangs von Flüchtlingen in die Bundesrepublik Deutschland, wird das Deutsche Rote Kreuz auch in Zukunft herausgefordert sein, gemäß dem Grundsatz der Humanität hier nach Kräften zu helfen.

Bernd Döveling

Hilfe bei Behördenformalitäten für einen asylsuchenden Flüchtling aus Sri Lanka.



Bekleidungshilfe für die Flüchtlinge.



## ASB-Einsatz auf der Autobahn

Schnee, Schnee und nochmals Schnee. Nachdem es nahezu den gesamten Rosenmontag schneite, konnten auch die Räumdienste des Großraums Hannover den anschließenden Verwehungen sowie der durch Kälteeinbruch einsetzenden Eisglätte nichts mehr entgegensetzen. Der Verkehr mehrerer Innenstädte war lahmgelegt. Besonders betroffen war die Bundesautobahn 2 (Hannover-Dortmund), wo der ASB Barsinghausen in der Nacht vom Montag auf Dienstag zur Autobahn gerufen wurde.

Um 17.51 Uhr erhielt die ASB-Zentrale in Barsinghausen den Hilferuf der BAB-Polizei aus Garbsen. „Nichts geht mehr“, hieß es, 25 ehrenamtliche Helfer mit acht Allradfahrzeugen fuhren los.

Der ASB versorgte die Strecke von Garbsen bis Rehren/Auetal. Insgesamt wurden 450 Liter heißen Tees ausgeschenkt und bis Mitternacht, nachdem sich der Zustand eher verschlechtert hatte, 350 warme Mahlzeiten an die Autofahrer ausgeteilt. Nur durch das Laufenlassen des Motors hatten viele Fahrzeuginsassen die Möglichkeit, sich warm zu halten. So mußte der ASB anschließend mit insgesamt 250 Litern Kraftstoff aushelfen. Geschäftsführer Jürgen Mackensen teilte der „Deister-Leine-Zeitung“ mit, daß die Hilfeleistungen dankbar angenommen wurden. Wieder einmal konnten die Helfer des ASB beweisen, daß man auf solche Fälle gut vorbereitet ist. Die Versorgung war mühsam, klappte jedoch reibungslos.

Ferner leistete der ASB Hilfe beim Freischaufeln und behelfsmäßigen Wiederbetrieb liegengebliebener Fahrzeuge. Da auch die Auf- und Abfahrten der Autobahn verstopft waren, brachte der ASB mit seinen allradgetriebenen Fahrzeugen besonders Kinder und ältere Leute aus dem Stau heraus. Viele Kraftfahrer verbrachten dennoch sechs bis acht Stunden in ihrem Pkw auf der Autobahn. Der Einsatz des ASB dauerte bis in die frühen Morgenstunden des Dienstags.

-Bra-

## Katastrophenschutz: Spitzengespräch in Bonn

Zu einem zweistündigen Meinungsaustausch kamen Bundesminister Wolfgang Schäuble und Vertreter der Hilfsorganisationen, darunter ASB-Vorsitzender Ehmer, im Bonner Kanzleramt zusammen. Einziges Thema: der Katastrophenschutz nach Tschernobyl. Während des Gesprächs erläuterten die Vertreter der Organisationen ein gemeinsam erarbeitetes Thesenpapier. Darin fordern sie ein „bürgernahes und effizientes Schutz- und Hilfeleistungssystem“. Außerdem müsse das Verständnis der Bevölkerung für den Katastrophenschutz verstärkt werden.

Einig waren sich alle Beteiligten, daß der Katastrophenschutz verbessert werden muß. Die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns, hieß es nach dem Treffen, sei unstrittig und das nicht erst nach dem Reaktorunfall in der Ukraine. Die Gespräche sollen mit Beteiligung der Länder und kommunalen Spitzenverbänden fortgesetzt werden.

Anschließend fand ein Gespräch der Organisationen mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Joachim Vogel, statt. Einigkeit auch hier: Im System des Katastrophenschutzes sind grundlegende Verbesserungen nötig. Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und den im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen müsse neu geregelt werden. Auch in der Bevölkerung sei ein „dauerhaftes“ Bewußtsein für die Notwendigkeit des Katastrophenschutzes anzustreben.

Die SPD-Bundestagsfraktion, teilte Vogel mit, will im Innenausschuß eine Anhörung zum Katastrophenschutz beantragen, um Defizite und Fehlentwicklungen aufzudecken.

Zu einem Gedankenaustausch über Tschernobyl und die Folgen hatte auch die F.D.P.-Bundestagsfraktion Vertreter aus den Verbänden eingeladen.

## Die zentrale Datenverarbeitung des ASB

In der Bundesgeschäftsstelle des ASB ist auch die Datenverarbeitung untergebracht, die einerseits dafür sorgt, daß die eingehenden Gelder (Beiträge, Spenden etc.) mit einem möglichst geringen (finanziellen) Verwaltungsaufwand ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt werden, andererseits aber alle Informa-

tionen „abrufbereit“ hält, die für normale Leistungen – wie beispielsweise den Mobilien Sozialen Hilfsdienst oder spezielle Aktionen etwa zur Hilfe bei Katastrophen und zur Rückholung von Kranken – erforderlich sind. Vereinfachend könnte man also sagen: Der Computer hilft bei der Hilfe zur Selbsthilfe.



Technik hilft helfen.

Heute verfügt das beim ASB eingeführte System über einen Hauptspeicher von 2,5 MB (ein MB = ein MegaByte = eine Million Zeichen), vier Magnetplatten-Laufwerke mit je 80 MB und vier Laufwerke mit je 300 MB, ein Disketten-Laufwerk (für 8-Zoll-Disketten) und ein Magnetband-Doppel-Laufwerk. Mit dieser Magnetbandeinheit werden die Bänder für den Datenträgeraustausch mit der Bank erstellt. Alle Beitragseinzüge werden so elektronisch verarbeitet.

Einen weiteren Vorteil der Magnetbänder hat der ASB genutzt, um die Informationen zur COM-Verfilmung weitergeben zu können. Die COM-Verfilmung wird eingesetzt, um den umfangreichen Papierausstoß gering zu halten. Das heißt, es werden für die ASB-Organisationsstufen, die ein Mikrofiche-Lesegerät besitzen, keine Listen gedruckt, sondern die Daten auf Mikrofiches weitergegeben. Mit diesem Verfahren werden Versand- und Papierkosten gespart.

Des Weiteren sind zwei Schnelldrucker (einer mit einer Leistung von 600 Zeilen pro Minute, einer mit 300 Zeilen/min), zwei Platten-Steuereinheiten und drei Terminal-Steuereinheiten installiert.

An die Terminal-Steuereinheiten sind zahlreiche Bildschirmgeräte angeschlossen, an die Bildschirmgeräte wiederum drei Bildschirm-Drucker (Arbeitsplatz-Hardcopy-Drucker) und zwei Mikrofilm-(Rollfilm) Lese- und Rückvergrößerungsgeräte. Ferner hängen an dem DPS-4-System Textsysteme TTX-35 und mehrplatzfähige Mikrocomputer MICRAL 90/50. Ein angeschlossener Akustik-Koppler dient der Fern-Diagnose über die Fernsprechleitung. Bei Bedarf kann ein Software- oder Hardware-Techniker des Herstellers eine Überprüfung der Anlage, z. B. von Düsseldorf aus, vornehmen. Dabei sind alle Maßnahmen zur Sicherheit des Datenschutzes berücksichtigt.

Der Bereich Mitgliederverwaltung verfügt über die meisten „elektronischen Hilfsmittel“; hier sind sechs Bildschirmgeräte, zwei Textsysteme TTX-35 und zwei Mikrofilm-Reader/Printer (Mikrofilm-Lese/Rückvergrößerungs-Geräte) im Einsatz.

Im Bereich der Buchhaltung stehen fünf Bildschirme zur Verfügung, die an ein Mehrplatz-System angeschlossen sind. Ebenso wird der Zentraleinkauf unterstützt durch zwei Bildschirme und einen angeschlossenen Drucker.

Der ASB-Geschäftsbereich wird durch einen Micral-90/50 unterstützt.

Wenn im In- oder Ausland eine Katastrophe auftritt, bei der der ASB zum Einsatz kommen soll, fragt man den Computer nicht nur, wo welche Helfer und Ärzte zu erreichen sind, sondern



Fahrzeuge für Afrika.  
(Foto: Blings)

beispielsweise auch, wo man die benötigten Decken, Fahrzeuge, Funkgeräte etc. am schnellsten abrufen kann.

Sechs Bildschirmgeräte helfen der ASB-Bundesschule. Die gesamte Lehrgangs-Organisation nebst „Zimmer-Reservierung“ läuft über den Computer. Er sorgt auch dafür, daß die Unterlagen über die Erste-Hilfe-Kurse, die der ASB in allen Städten durchführt, komplett sind.

Und damit die Aufzählung der „elektronischen Hilfsmittel“ komplett ist, sei erwähnt, daß zwei Bildschirmgeräte – eines davon mit Drucker – für Programmierung und Operating benutzt werden. Außerdem steht beim DV-Leiter ein Mikrocomputer für z. B. das Tabellen-Kalkulations-Programm Multiplan und das Mikro-Datenbanksystem dBase II.

Übrigens verwaltet der Computer auch die Adressen, die der Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit benötigt und unterstützt viele weitere Aufgaben.

## ASB- Auslandshilfe läuft weiter

Im Rahmen der seit 1983 laufenden Afrikahilfe lieferte der ASB weitere allradgetriebene Krankentransportwagen (KTW) nach Afrika.

Die Fahrzeuge wurden beim ASB-Kreisverband Hannover-Land/Schaumburg generalüberholt und anschließend nach Bremerhaven gebracht, von wo sie nach Port Sudan verschifft wurden. Dort werden die Fahrzeuge an die Eretrean Relief Association übergeben. Im Rahmen der Afrikahilfe hat der ASB mittlerweile 36 Fahrzeuge nach Afrika entsandt.

Des Weiteren wurde im Januar auch ein Schulbus von Barsinghausen auf den

Weg nach Beirut geschickt. Das Fahrzeug ist für eine Behinderteneinrichtung im Libanon bestimmt.

Seit 1983 hat der Arbeiter-Samariter-Bund in rund 20 Ländern der Erde Hilfe geleistet. Erst im Oktober/November 1986 waren Helfer des ASB nach einem Erdbeben in Griechenland im Einsatz, um täglich 10 000 Betroffene mit warmen Mahlzeiten zu versorgen. BB

## Feuer in Fabrik: ASB unterstützte Evakuierung

Mit Blaulicht und Martinshorn setzte sich am 28. Januar 1987 eine Kolonne von Fahrzeugen des ASB Barsinghausen (Landkreis Hannover) in Richtung Weetzen in Bewegung. „150 bis 250 Menschen müssen evakuiert werden“, so lautete die erste Meldung. In der Halle einer Reifenfirma war ein Brand ausgebrochen, bei dem sich giftige Gase entwickelt hatten. Auch bestand akute Explosionsgefahr, weil in der brennenden Halle Gas- und Sauerstoffflaschen lagerten.

Vorsichtshalber evakuierte man daher die Bewohner der umliegenden Häuser, eine Aktion, bei der der ASB zum Einsatz kam. Mehr als ein Dutzend Fahrzeuge, darunter auch Notarztwagen, mehrere Rettungswagen und Busse, dienten als behelfsmäßige Unterkunft für die evakuierten Menschen, die auf diese Weise vorübergehenden Schutz fanden und so wenigstens nicht in der Kälte frieren mußten. Weitere Überlegungen zur Unterbringung brauchten sich die Samariter nicht zu machen. Gegen 20.30 Uhr gaben Polizei und Feuerwehr Entwarnung, so daß die evakuierten Bewohner in ihre Häuser zurückkehren konnten. KM

Erste-Hilfe-Ausbildung durch die JUH in Ruanda

## „Nicht aufpfropfen, sondern zusammenarbeiten“

Engagement der JUH in der Breitenausbildung wichtig

„Wollen Sie eine Mahlzeit oder etwas zu trinken, während Sie auf Ihren Flug warten, Monsieur?“ „Entschuldigen Sie, Mademoiselle, aber in meinem Land in Afrika hungern sechs Millionen Menschen, deshalb will ich . . .“ – „Sie werden entschuldigen, aber das ist weder meine Schuld noch mein Problem, schon gar nicht um diese Zeit. Also?“

Es ist ca. 22.30 Uhr auf dem fast menschenleeren Brüsseler Flughafen. Die Nacht eines naßkalten Herbsttages, vom 12. auf den 13. Oktober. Die diensttuende Abfertigungsstewardesse scheint überarbeitet und gerät mit dem Schwarzafrikaner aus Zaire aneinander. Eine Szene, die mir zum erstenmal plastisch vor Augen führt, was zwischen Europa und Afrika steht, zwischen ehemaligen Kolonialmächten und jetzt unabhängigen afrikanischen Staaten. Ich bin auf dem Weg in ein afrikanisches Land: Ruanda.

Ruanda – das „Land des ewigen Frühlings“, wegen seiner klimabegünstigten Lage direkt unter dem Äquator könnte man zwei Ernten im Jahr einfahren; Ruanda – das „Land der tausend Hügel“, Durchschnittshöhe zwischen 1 400 und 1 700 Metern, der höchste Vulkan der angrenzenden zentralafrikanischen Vulkankette, der Karisimbi, hat eine Höhe von 4 507 Metern; Ruanda – einer der jüngsten Staaten Afrikas, seit 1962 unabhängig aus belgischer Kolonial- und Protektoratsherrschaft; von den 5,7 Millionen Einwohnern sind die Hälfte unter 15 Jahren, 20 Prozent unter fünf Jahren; Ruanda hat eine Größe von ca. 26 300 Quadratkilometern (fast so groß wie Hessen) und fast europäische Bevölkerungsdichte: ca. 175 Einwohner pro Quadratkilometer. Die Bevölkerung soll sich nach glaubhaften Schätzungen bis zum Jahr 2000 verdoppeln.

Dort also komm' ich an, in einem bei uns eher unbekanntem Staat. Es herrscht „kleine Regenzeit“. Man kann

die Uhr danach stellen: zwischen 15 Uhr und 17 Uhr steht das Leben in der Hauptstadt Kigali (155 000 Einwohner) still, in diesem zur Hauptstadt zusammengewachsenen Dörferkonglomerat einer „aufstrebenden Nation“. Ich soll hier Erste-Hilfe-Kurse mit der Ergänzung „Sportverletzungen“ halten. Als Ausbilder, der französisch spricht, arbeite ich hier im Auftrag der „Katastropheneinsatzleitung Ausland“ der JUH für den Landessportbund Rheinland-Pfalz. Ich werde, wie meine Kollegen, ein Basketball- und ein Volleyballschiedsrichter, wie ein „guter Freund“, ja fast wie ein Bruder, begrüßt. Mit einem Jeep samt Fahrer werden ich, mein Ausbildungsmaterial und drei Kisten „San“-Taschen für die auszubildenden Ersthelfer ins Landesinnere geschickt, in den Süden nach Kavumu, ein von Belgien eingerichtetes Ausbildungszentrum, das jetzt in ruandischer Verantwortung steht.



Die Teilnehmer sind mit großem Eifer bei der Sache. Hier wird ein Druckverband angelegt.

„Muzungu“ heißt der weiße Mann. Er kommt mit Know-how, Technik und Geld und baut und bildet und buddelt. Dazu passe ich auch. In das restliche „Muzungu“-Bild weniger: „Otto Normalmuzungu“ ist dick (= reich), viel älter als ich und fährt in einem teuren Auto. Aber ich: „Wie alt sind Sie? 21 Jahre? Sehr jung!“

Die Arbeit im Kurs hebt solche Überlegungen von beiden Seiten auf. Ich habe das Gefühl, mit Bildungshungrigen zusammen zu sein. Bereitwillig und kooperativ versuchen wir gemeinsam, Mängel und Probleme von Technik, Material (wo bekommt man was her?) und Planung zu überwinden. Das funktioniert gerade im Landesinneren erstaunlich gut. Begriffe wie Verwundungen und ihre Gefahren, Bewußtlosigkeit, Schock und Stabile Seitenlage sind schnell keine Fremdwörter mehr. Die knapp dreißig Teilnehmer aus beiden Kursen, die ich hielt – Funktionäre, Trainer, Spieler, Mitarbeiter in den einheimischen Sportverbänden und -vereinen, übrigens durchweg nur Männer in dieser noch stark männlich dominierten und orientierten Gesellschaftsordnung –, lernen das Umwandeln von theoretischem Wissen in praktische Anwendung, lernen die Reihenfolge von Versorgungsmaßnahmen und mit zunehmender Erfahrung auch die notwendige Schnelligkeit und Exaktheit in ihren Entscheidungen. Klar, es können nur Basismaßnahmen der Ersten Hilfe sein: von Dreieckstuchverbänden bis zur Mund-zu-Mund- und Mund-zu-Nase-Beatmung. Wie in Deutschland, ja, fast! Nur oft größerer Eifer und höhere Bereitschaft.

Ich erlebe auch so dieses Land hautnah, inklusive den Stichen der Anophelesmücke, die Malaria hervorrufen. Dagegen mußte ich regelmäßig Medikamente nehmen. Gegen andere Infektionskrankheiten hatte ich in Deutschland mehrere Impfungen über mich ergehen lassen.

Durch die Kurse in Kavumu und in der zweiten Ausbildungsstätte, im Nationalstadion in Kigali, erfahre und lerne auch ich sehr viel. Vom schwarzen Selbstbewußtsein: zum Beispiel einerseits abhängig zu sein von den Bedingungen des Weltmarktes, die von den Industrienationen geprägt sind, andererseits aber für milde Gaben aus den reichen Ländern danke sagen zu müssen. Selbstverständliche Partnerschaft, nicht gönnerhafter „Neokolonialismus“ ist gefragt. „Den Schwarzen“ gibt es übrigens genauso wenig, wie es „den Weißen“ gibt.

Einiges von meinem Afrika-Bild veränderte sich, manches wurde angeglichen, aber den tiefen, von „Daktari“ und Prof. Grzimek geprägten Träumen eines Mitteleuropäers entsprach wohl nur eines: unsere Expedition zu den letzten freilebenden Berggorillas im ruandisch-zairisch-ugandischen Vulkannationalpark. Nach einem langen Marsch erreichten wir eine Gruppe und beobachteten für einige Zeit diese wildlebenden Affen, die offenbar soviel „Menschliches“ an sich haben.

Bei dem gesamten Ausbildungsprojekt hatte ich auch ein wenig die Funktion, Neuland zu erkunden. In Begegnungen mit Schwarzen und Weißen, in vielen Gesprächen mit Entwicklungshelfern verschiedener Couleur und Motivation wurde mir klar, daß ein zukünftiges Engagement der JUH wichtig sein kann. Dies betrifft vor allem eine möglichst umfassende Breitenausbildung und damit Hand in Hand die Weiter- und Fortbildung befähigter einheimischer Ausbilder und einheimischer Ärzte. Auch hier

gilt: nicht aufpfropfen, sondern zusammenarbeiten. Afrika war für mich, mit allem faszinierend Neuen, Unerwarteten und allem bekannten Anderen eine großartige Möglichkeit. Den Sprung über ca. 5 000 Kilometer nach Hause konnte ich in einer Nacht nicht vollziehen. Lange noch war ich nicht nicht zu Hause, erappte mich dabei, wie ich „bei uns in Ruanda“ sagte. Deshalb: ora-heo, muzungu! Auf Wiedersehen, weißer Mann!

Frank Lorenz

Neues Johanniter-Zentrum  
in München eingeweiht

## „Großer Bahnhof“ für die JUH

Kreisgeschäftsstelle, Ausbildungs-  
und Aufenthaltsräume sowie  
Rettungswache für die JUH



„Ihr Münchner versteht es, Feste zu feiern“ — so faßte JUH-Präsident Wilhelm Graf von Schwerin seinen Dank und Gruß an alle zusammen, die zur Einweihung des neuen Johanniter-Zentrums in den alten Isarthalbahnhof gekommen waren.

Alle — das waren ihrer viele: Oberkirchenrat Theodor Glaser und Weihbischof Engelbert Siebler, die das Haus segneten, Festredner wie Staatssekretär Dr. Peter Gauweiler, Bürgermeister Dr. Klaus Hahnzog und Stadtdirektor Alfons Schweiger, illustre Gäste wie der Herrenmeister des Johanniterordens, Wilhelm-Karl Prinz von Preußen, Prinz Franz von Bayern, Präsident und Vizepräsident der JUH Italien, Mitglieder des Ordens und des Freundeskreises, Gastronomie und Stubnmusi ...

Wäre der größte Lehrsaal nicht zu klein, an Gästen, ihn zu füllen, hätte es gewiß nicht gefehlt. So aber mußte die offizielle Einweihung — von den Helfern kurz, aber herzlich „Häuptlingsfest“ genannt — auf knapp 120 Gäste begrenzt werden. Ein willkommener Anlaß, ehren- und hauptamtliche Johanniter aller Jahrgänge und Standorte, Förderer und Zi-

vildienstleistende, Repräsentanten von Institutionen und Münchner Mitbürger für den 27. Juni zu Johannisfest und Einweihungsnachfeier ins Johanniter-Zentrum einzuladen.

Informationen und die Möglichkeit zur Hausbesichtigung wird es dann ebenso geben wie Kulinarisches und Vergnügliches, dazu Überraschungen, die der Technische Zug nicht einmal KV-Mitarbeitern verraten will.

Viele Jahre provisorischer Unterbringung in Mietshäusern, das Fehlen von Garagen, die nächtliche Belästigung der Nachbarn durch Einsatzfahrten, weite Wege von der Landes- zur Kreisgeschäftsstelle, von dort zum Lager sind vorbei, denn nun ist alles unter einem Dach vereint. Mag der Isartalbahnhof durch seine Abmessungen — 8,5 Meter Tiefe bei 90 Metern Länge — gewisse Raumprobleme aufwerfen, mag der Ausbau des zweiten Garagentraks und der Seitenpavillons der Finanzen wegen noch einige Jahre warten müssen: Die Stadt München hat der JUH ein Zentrum überlassen, über das sich alle freuen können. 3,5 von den für die Sanierung notwendigen 5,5 Millionen

investierte die Stadt, dazu kamen 300 000 Mark aus dem Denkmalschutzfonds, 400 000 Mark aus Denkmalschutzmitteln des Freistaates, 1,3 Millionen mußte die JUH aufbringen, unterstützt von Diakonie, Landesstiftung Bayern, Glücksspirale und Freundeskreis.

Dazu kamen rund 13 000 Stunden Schutträumung, Rodung und sonstige Schwerarbeit, die die Münchner Helfer vor dem eigentlichen Baubeginn leisteten.

Stellvertretend für sie alle wurde Schirmmeister Kurt Sägenschnitter denn auch mit dem Ehrenkreuz der JUH ausgezeichnet. Dankadressen von JUH-Präsident Wilhelm Graf von Schwerin — nebst einer Darstellung jener Schwierigkeiten, mit denen Hilfsorganisationen heutzutage zu kämpfen haben —, vom Landesbeauftragten Hans-Roderich Doerfler und vom Kreisbeauftragten Levin von Wulffen waren nicht nur an die JUH-Mitglieder gerichtet, sondern (begleitet von einigen Auszeichnungen) auch an die Repräsentanten aller Institutionen, die das Projekt finanziell, organisatorisch oder ideell entsprechend unterstützt haben.

R. T.

Malteser nennen KJG-Kritik oberflächlich

## „Ausbildung von Schwesternhelferinnen stiftet großen Nutzen“

Im Rahmen einer bundesweiten Kampagne „Frauen und Militär“ sprach sich die Katholische Junge Gemeinde kürzlich gegen jeden Dienst von Frauen in der Bundeswehr aus. Schwerpunkt dieser Aktion soll die „Aufklärung“ von Teilnehmerinnen an Schwesternhelferinnen-Kursen des DRK, der JUH und des MHD über ihre „Verpflichtung“ bei öffentlichen Notständen und eventuellen Verteidigungsfällen Pflegedienste „leisten zu müssen“, sein.

Der Malteser-Hilfsdienst hat in einer Presseinformation diese Kritik der Jugendorganisation als oberflächlich zurückgewiesen, zumal eine solche Kampagne das Gebot der Nächstenliebe torpediere.

Das Wissen und Können von Schwesternhelferinnen ist nach Ansicht des Malteser-Hilfsdienstes nicht nur ein großer Vorteil für kranke und alte Familienangehörige, es kommt auch in Form von zahlreichen ehrenamtlichen sozialen Diensten vielen Tausenden von hilfsbedürftigen Menschen in den Gemeinden zugute. Das erklärte der stellvertretende Generalsekretär des MHD, Heinz Himmels, am Donnerstag, 26. März 1987, gegenüber der Presse.

Himmels forderte die Frauen auf, sich von oberflächlicher „Stimmungsmache“ gegen die SH-Kurse nicht von der her-

vorragend friedensstiftenden und christlich wie humanitär grundgelegten Tätigkeit abhalten zu lassen. Der Staat erhoffe sich seinerseits von der durch ihn finanzierten SH-Ausbildung, daß im Katastrophen- und Verteidigungsfall zusätzliches Personal für die Betreuung der Verletzten verfügbar sei. Natürlich müsse man sich einen Krieg in Europa mit derart verheerenden Folgen vorstellen, daß eine medizinische und pflegerische Betreuung für die meisten Verletzten unmöglich sei. Niemand könne jedoch im voraus und für jedes Stadium einer möglichen Auseinandersetzung die Schadenswirkungen bestimmen, folglich könne auch niemand jede Möglichkeit der Hilfeleistung in Abrede stellen, erklärte Himmels.

Die angekündigte Kampagne der Bundesleitung der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG), mit der – so die KJG –

schwerpunktmäßig die Teilnehmerinnen von SH-Kursen des DRK, der JUH und des MHD „aufgeklärt“ werden sollen, nannte Himmels gefährlich und überflüssig. Sie torpediere sowohl das Gebot der Nächstenliebe als auch im Ergebnis die konkrete Hilfe für alleinstehende alte, kranke Menschen und die qualifizierte Zuwendung zu den einzelnen Verletzten in einem nicht ausschließbaren Verteidigungsfall. Die Teilnehmerinnen würden selbstverständlich bereits von den Organisationen über die Ziele der Kurse informiert.

Himmels bedauerte, daß die KJG-Bundesleitung vor dem Start ihrer Kampagne kein Gespräch mit der katholischen Hilfsorganisation gesucht habe. KJG-Äußerungen über die SH-Kurse zeigten, daß die Leitung dieses Verbandes in wesentlichen Punkten dieser Frage schlecht informiert sei.

## „Tag der Schwesternhelferin“ in Trier

Ein sicherlich ungewöhnliches Thema an einem außergewöhnlichen Tag: Beim ersten „Tag der Schwesternhelferin“ aus Anlaß der seit nunmehr 25 Jahren geleiteten Schwesternhelferinausbildung in der Diözese Trier vermied man laute Töne über das, was man an sich mit gutem Recht im üblichen Rahmen hätte feiern können. In den vergangenen 25 Jahren wurden bei den Trierer Maltesern annähernd 5 000 Schwesternhelferinnen für den ehrenamtlichen Dienst in Krankenhäusern, Altenheimen oder für die Pflege kranker oder alter Menschen vorbereitet. Daß man sich dabei immer noch der Kritik erwehren muß, der MHD leiste mit diesem stillen Engagement gewollt oder ungewollt vermeintlichen Kriegsvorbereitungen Handlangerdienste, kann freilich jene nicht treffen, für die der Dienst am Nächsten keine leere Worthülse, kein Schlagwort ist.

Beim „Tag der Schwesternhelferin“ in Trier, von der Diözesanoberin Brunhilde Goebels-Kreisky sichtlich und doch über alles Gewohnte hinaus im Geiste der Malteser Grundsätze als Fortbildungsveranstaltung gedacht und von allen Mitwirkenden bewunderungswürdig gut organisiert, stand ein Thema im Mittelpunkt, das von unserer Gesellschaft

aus vielerlei Gründen verdrängt wird: „Sterbebegleitung“ als Lebensaufgabe, als Weg zum Leben.

350 aus der ganzen Diözese angereiste Schwesternhelferinnen – und mit ihnen einige Pflegediensthelfer – erfuhren in Referaten, Arbeitskreisen und Diskussionen von der Tiefe dieses Themas und den Möglichkeiten des Helfenkönnens.

Hierzu ist freilich eine von christlichen Überzeugungen geprägte Deutung und Lebenseinstellung unerlässlich. Ina Freifrau von Elverfeldt wies in ihren Dankesworten an die Teilnehmerinnen darauf hin, daß sich für den Christen, der sich im Glauben an Gott mit dem Sterben beschäftige, sogar die Chance biete, „munterer“ leben zu können. „Für ihn steht der Tod als Anfang zum ewigen Leben“, sagte die Generaloberin der Malteser-Schwwesternhelferinnen. Sie kritisierte zugleich die aktuellen Verdrängungsformen des Themas „Sterben“ in der Gesellschaft und einen allgemein zunehmenden Hochmut gegenüber dem Phänomen des Todes.

Auch der Münchner Pfarrer Karl-Heinz Fischer erhob in seinem Hauptreferat diesen Vorwurf. „Tod und Sterben kommt allenfalls noch am Freitagabend

in einem Fernsehkrimi vor", sagte Fischer. Persönlich fühle sich niemand mehr betroffen, zumal statistisch nur noch alle 37½ Jahre ein normaler Sterbefall direkt miterlebt werde. Sterben bleibe an sich immer eine Angelegenheit des anderen. Wer so denke, den trafe freilich der für jedermann unausweichliche Schritt des Todes unvorbereitet.

Für den zur Hilfe bereiten Menschen stelle sich das „Sterben“ als Aufgabe. Diesen an sich natürlichen und hoffnungsvollen „Prozeß des Loslassens“ müsse er denkend, mitfühlend und im Glauben an Gott begleiten.

Pfarrer Fischer berichtete mit nachhaltigem Eindruck von seinen Erlebnissen und Erfahrungen als „Sterbebegleiter“ an Münchner Großkliniken. Seine Anregungen und anhand der fünf Phasen des Sterbens nach Elisabeth Kübler-Ross als Verstehenshilfe (Verdrängen, Zorn, Verhandeln, Depression, Annahme) erläuterten Thesen bildeten die Ausgangsbasis intensiver Gespräche in den Arbeitskreisen mit Ärzten, Theologen, Juristen und Pflegern und in der Podiumsdiskussion.

Dieser erste „Tag der Schwesternhelferin“ in der Diözese Trier ging mit einem Gottesdienst zu Ende. Vielen Helferinnen wird er neue Kraft geschenkt und die Einsicht gestärkt haben, daß Sterbebegleitung Lebensaufgabe und Lebenshilfe zugleich bedeutet. -hgl-

Augsburger Malteser führen  
Mobilen Hilfsdienst durch

## „Mit der Einsamkeit fertig werden“

Mandarinen, Dosenmilch, Sonnenblumenöl, zwei Päckchen Zigaretten, eine Tüte Zitronenbonbons – Stefan Arndt (22) notiert alles ganz genau. Das hat seinen guten Grund. Er will nämlich nicht für sich oder seine Mutter einkaufen, sondern für einen Rentner, der im Augsburger Stadtteil Haunstetten wohnt. Für den sechzigjährigen Sebastian Hiltensberger ist der Besuch im nahegelegenen Supermarkt in letzter Zeit zu anstrengend geworden. Asthma und chronische Bronchitis zwingen ihn dazu, selbst bei solch alltäglichen Besorgungen auf die Hilfe von Jüngeren zurückzugreifen. Stefan, Zivildienstleistender beim Malteser-Hilfsdienst, kommt deshalb zweimal in der Woche

vorbei, um Hiltensberger zur Hand zu gehen.

Der Rentner gehört zu den rund 70 Bürgern Augsburgs, die vom „Mobilen Hilfsdienst für Senioren“ des MHD betreut werden. Mit dieser Einrichtung wollen die Malteser Menschen helfen, die aufgrund von Alter, Krankheit oder Behinderung ihren eigenen Haushalt nicht mehr ohne fremde Unterstützung führen können. Für Inge Kirsch, Referentin für Soziale Dienste in der Augsburger Geschäftsstelle, ist dabei ein Aspekt besonders wichtig: „In einem solchen Fall wollen die wenigsten Leute in ein Heim ziehen. Und das ist auch gar nicht nötig, solange wir mit gezielten Hilfen den Verbleib dieser Menschen in der gewohnten Umgebung sichern können.“

Tatsächlich sind es in der Regel immer die gleichen Tätigkeiten, die das Alltagsleben schwermachen: die Wohnungsreinigung, das Aufhängen von Vorhängen, Treppenputzen, der Gang zum Arzt oder eben das Einkaufen. Fünf Zivildienstleistende als „Stammbesetzung“ des Dienstes sowie ehrenamtliche Helferinnen und Helfer versuchen deshalb mit ihrem Engagement, hier Abhilfe zu schaffen.

An dem kalten Januarmorgen, an dem wir Stefan bei seinen Einsätzen in der bayerischen Großstadt begleiten, kommt aber noch eine ganz wichtige Aufgabe hinzu. Rentner Hiltensberger beheizt seine Wohnung mit Kohle. Und damit er bis zur kommenden Woche nicht frieren muß, hat der „Zivi“ einige Plastiktüten voll mit dem entsprechenden Brennmaterial aus dem Keller zu holen. Auf die Frage, ob solche Hilfeleistungen nicht auch Mitbewohner des Mietshauses übernehmen könnten, winkt der Sechzigjährige ab. Kontakt hat er nur mit einer älteren Dame aus dem benachbarten Wohnblock, ansonsten sind Stefan Arndt und dessen Kollegen die einzigen Ansprechpartner des alleinstehenden Mannes. „Es gibt viele Leute, die haben keine Familienangehörigen und Freunde mehr. Die sind deshalb froh, daß man ‚mal‘ mit ihnen spricht; die Arbeit im Haushalt hat dabei zweitrangige Bedeutung.“ Die Erfahrung, die der Zivildienstleistende auf der Fahrt zum nächsten Besuch anspricht, wird von der Malteser-Referentin bestätigt. Das größte Problem der meist alleinstehenden Menschen sei es, mit der Einsamkeit fertig zu werden. Hier zu helfen, darin sieht sie die wichtigste Funktion des Mobilen Hilfsdienstes.

Doch am gleichen Morgen zeigt sich auch, daß hohes Alter nicht immer mit der Verringerung menschlicher Kontakte verbunden sein muß. Die achtzigjährige Martha Thamm ist dafür geradezu ein

Paradebeispiel. Die ehemalige Realschullehrerin hat ihre Liebe zur Musik beibehalten und leitet in Augsburg einen Altenchor. Erst im vergangenen Jahr, so erzählt sie voller Stolz, habe man ganz groß das zehnjährige Bestehen gefeiert. Man merkt nur zu gut, daß die mit der Musik verbundene Geselligkeit der Frau über ihre Beschwerden (Arthrose in beiden Knien) hinweghilft. Die Musik läßt sie jedoch die 40 Stufen zu ihrer Wohnung im zweiten Stock nicht beschwingter nehmen. Aus diesem Grund muß Stefan alles erledigen, was mit dem lästigen Treppensteigen verbunden ist. Er bringt den Abfalleimer in den Keller, holt Rezept und Überweisungsschein beim Hausarzt sowie die fertig gepackten Einkaufstaschen im Supermarkt ab. Über die Schnelligkeit des „Jungen“ ist die Pädagogin immer wieder überrascht. Überhaupt hat sie für die Mitarbeiter des Malteser-Hilfsdienstes nur lobende Worte parat. „Die Leute sind zuverlässig, pünktlich und verträdeln die Zeit nicht.“ Eine Charakterisierung, der Stefan Arndt beim folgenden Staubsaugen und Wischen des Parkettbodens voll und ganz entspricht.

Wo liegen die Grenzen des Mobilen Hilfsdienstes? Inge Kirsch sieht sie ganz klar: „Wir können keine Krankenpflege betreiben. Die müssen wir den Sozialstationen überlassen.“ Denn einmal verfügen die fünf Zivildienstleistenden mit ihrer „Behindertenhelfer“-Ausbildung nicht über die richtige Qualifikation. Zum anderen wäre die Einrichtung zeitlich hoffnungslos überfordert, würde sie auch noch in den Pflegebereich einsteigen. Schon jetzt muß die gelernte Krankenschwester die Zahl der wöchentlichen Besuche pro betreuter Person auf drei begrenzen. Gleichwohl versuchen die Malteser, Hilfen anderer Art zu vermitteln, wenn diese notwendig sind. Sie selbst betreiben noch einen Behindertenfahrdienst, das „Essen auf Rädern“ können sie beim Paritätischen Wohlfahrtsverband in Augsburg anfordern, und auch die Verbindung zum Sozialamt wird sofort hergestellt, falls einem älteren Menschen finanzielle Unterstützung zusteht, von der er selbst bisher nichts gewußt hat.

Doch grundsätzlich bleibt der Mobile Hilfsdienst auf die praktischen Hilfen im Alltag beschränkt. Daß die Malteser hier auf dem richtigen Weg sind, zeigt schließlich ein Blick in die Statistik der 1980 gegründeten Einrichtung. Gab es damals nur 250 Einsätze im Jahr, so hat sich deren Zahl im Laufe der Zeit auf 3 065 (1986) erhöht. Auf diese Statistik kann der MHD sicherlich stolz sein. Noch stolzer aber über den erfolgreichen Versuch, das Leben älterer Mitbürger etwas angenehmer und menschlicher zu gestalten. Stephan Stickelmann

## Facharbeit des DFV auf neuer Grundlage

Elf neugegliederte Fachausschüsse begannen mit ihrer Arbeit — Fortsetzung in der bisherigen Arbeit

Nach der Neustrukturierung der Facharbeit innerhalb des Deutschen Feuerwehrverbandes nahmen die elf Fachausschüsse zwischenzeitlich ihre Arbeit auf. Das Aufgabengebiet der Facharbeit basiert auf § 13 der Satzung des DFV, die hierzu erlassene „Richtlinie für die Facharbeit“ und die erarbeiteten Aufgabenabgrenzungen. Durch die Neuordnung der Fachausschüsse wurde die Anzahl der DFV-Fachausschüsse von bisher 21 auf elf reduziert, welches vor dem Hintergrund einer zu geringen Effektivität durch die früheren Ausschußgliederungen notwendig wurde. Hauptziel der Neuordnung ist deshalb die Intensivierung der gesamten Arbeit. In den konstituierenden Sitzungen der neu gegliederten Fachausschüsse wiesen die als Fachgebietsleiter fungierenden Vizepräsidenten auch auf die Wichtigkeit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit, auf die Notwendigkeit einer fristgerechten Erledigung der gestellten Aufgaben und auf die Bedeutung der Anwesenheit möglichst aller Ausschußmitglieder in den jeweiligen Sitzungen hin. Sie verdeutlichten, daß die einzelnen Fachausschüsse selbständig und kontinuierlich arbeiten sollen.

Gemäß den neuen „Richtlinien für die Facharbeit“ ist es möglich, zur Lösung besonderer Fragen und kurzfristig gestellter Aufgaben (mit Zustimmung des jeweils zuständigen Vizepräsidenten) innerhalb eines Fachausschusses Arbeitskreise zu bilden. Diese Neuerung hat sich bei der Arbeit in den vergangenen Jahren als unumgänglich herausgestellt, da viele auf den DFV zukommenden Fachfragen in verhältnismäßig kurzer Zeit beraten und beantwortet werden müssen. Hierfür laufend den gesamten Fachausschuß einzuladen, hat sich in der Vergangenheit als vielfach nicht realisierbar herausgestellt. Der DFV hat in den vergangenen Jahren die vornehmlich von Bundesministerien zu kurzfristig gesetzten Termine für Stellungnahmen von ein bis acht Wochen wiederholt beanstandet, jedoch an dieser Situation

bisher noch nichts verändern können; — leider.

Eine bessere Effektivität soll auch die Mitarbeit des DFV in den verschiedensten Fremdgruppen erreichen, u. a. auch dadurch, daß die dort tätigen DFV-Vertreter im hierfür jeweils zuständigen DFV-Fachausschuß integriert sind. Die in Fremdausschüssen vertretene Meinung soll grundsätzlich zuvor in dem hierfür zuständigen DFV-Fachausschuß beraten und erarbeitet werden.

Die letzten Fachausschußtagungen ergaben folgende Ergebnisse:

### Fachausschuß „Technik“

Man hält die Bildung eines Arbeitskreises „Fermeldewesen“ für notwendig, um die in anderen Gruppen anstehenden fachspezifischen Fragen beraten und die Meinungsbildung der DFV-Vertreter vorbereiten zu können.

Das seit Jahren in Feuerwehrkreisen viel diskutierte Thema „Feuerwehr-Sicherheitsgurt“ (DIN 14 923) wurde erneut behandelt, ohne daß über ein für alle Feuerwehren vorliegendes befriedigendes Ergebnis berichtet werden konnte. Der Ausschuß nahm zur Kenntnis, daß man im FNFV-AA 1 weiter über notwendige und mögliche Verbesserungen am genormten Gurt nachdenkt und daß es für die Feuerwehren nur einen genormten Feuerwehr-Sicherheitsgurt gibt, nämlich den gem. DIN 14 923. Ab 1994 darf der zwischenzeitlich aus der Norm entfallene Feuerwehr-Hakengurt (Leder-gurt) nicht mehr getragen werden. Unbefriedigend ist auch die Erkenntnis, daß zwar über den heute genormten „Feuerwehr-Sicherheitsgurt“ in vielen Feuerwehren Kritik geübt wird, jedoch weder dem DFV noch dem Normenausschuß bisher nachprüfbarer Mängel vorgetragen und belegt wurden. Der DFV hat dem FNFV-AA 1 mitgeteilt, daß er großen Wert auf seine Beteiligung bei

der Erprobung neuer Versuchsgurte legt und grundsätzlich dabei beteiligt werden möchte.

Im FNFV-AA 3 steht die Beratung und Verabschiedung des Normentwurfes (DIN 14 530/Teil 16) für das Tragkraftspritzenfahrzeug TSF an. Die DFV-Vertreter im AA 3 werden einer Verabschiedung unter der Voraussetzung zustimmen, daß die in der Entwicklung befindlichen Überlegungen zu einem geänderten TSF, sobald sie normungsreif sind, umgehend aufgegriffen und in einem beschleunigten Normungsverfahren bearbeitet werden. Der DFV-Fachausschuß berät z. Zt. über mögliche Verbesserungen beim TSF, insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit des Mitführens von mehr Löschmitteln und benötigter Atemschutzgeräte.

Eingehend befaßte sich der Ausschuß mit der „Feuerwehr-Geräteprüfordnung“ und dazu notwendigen Änderungen. Die künftige Geräteprüfordnung, die derzeit vom BAGUV überarbeitet und wobei der DFV beteiligt wird, soll nur noch die Prüfungen und den Prüfumfang beinhalten, die von einem Sachkundigen (z. B. Gerätewart) mit den am Standort vorhandenen Möglichkeiten durchführbar sind. Bei speziellen Geräten wird zugestanden, daß diese Prüfung, anstatt am jeweiligen Standort der Feuerwehr, als Ausnahmefall auch an einem nahegelegenen Stützpunkt einer Feuerwehr bzw. Kreisfeuerwehrzentrale durchgeführt werden muß. Man vertrat die Auffassung, daß in der künftigen Geräteprüfordnung nur die Prüfungen aufzunehmen sind, die aus Gründen des Unfallschutzes und der Unfallverhütung sachlich gerechtfertigt und notwendig sind und wofür deshalb die Versicherungsträger zuständig sind. Prüfungen, die lediglich einer technischen Überprüfung der Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft, jedoch nicht vorrangig der Unfallverhütung dienen, gehören nicht in die Geräteprüfordnung, da für diesen einsatztaktischen Teil die Versicherungsträger keine Zuständigkeiten haben. Ein wesentliches Ziel der DFV-Vorschläge für die Neufassung der Geräteprüfordnung ist es, die Prüfzeiträume so weit wie möglich zu vereinheitlichen, die Prüfungen auf das vom Unfallschutz her Notwendigste zu begrenzen, um letztlich so die gesamten Geräteprüfordnungen mehr den Bedürfnissen der Praxis anzupassen und kostengünstiger zu gestalten.

Der Ausschuß sprach sich dafür aus, daß weiterhin eine wahlweise Verwen-

dung von 2 x 4 l 200 bar- oder 1 x 6 l 300 bar-Druckluftflaschen an Preßluftatmern („Mischtechnik“) der 300-bar-Technik bei den Feuerwehren zugelassen bleibt. Aus wirtschaftlichen Gründen ist es unverantwortlich, bei den derzeit ca. 300 000 noch im Einsatz befindlichen 4-l-Geräteflaschen die Genehmigung für die „Mischtechnik“ zurückzuziehen. Bisher sind keinerlei nachweisliche Sicherheitsmängel aufgetaucht. Der DFV wird sich für eine Beibehaltung der wahlweisen Verwendung einsetzen.

## **Fachausschuß „Katastrophenschutz“**

Den Mitgliedern dieses neugegründeten Fachausschusses wurde zu Beginn der Arbeit ein Überblick über den derzeitigen Stand der Zivilschutzgesetzgebung und aller damit zusammenhängenden Fragen gegeben. Der in der ausgelaufenen Legislaturperiode vom BMI vorgelegte Entwurf zur Änderung der Zivilschutzgesetzgebung hatte nicht die Zustimmung des Deutschen Feuerwehrverbandes gefunden, da verschiedene Regelungen die Feuerwehren und die Feuerwehrmänner entscheidend benachteiligten. Im Ausschuß bestand Übereinstimmung, daß der DFV bei der in nächster Zeit zu erwartenden neuen Beratungsrunde jede Möglichkeit seiner Einflußnahme mit Nachdruck geltend machen muß und dabei eine Zusammenarbeit mit den anderen im Erweiterten Katastrophenschutz tätigen Organisationen, wie in der Vergangenheit, von Bedeutung ist.

Im Jahre 1990 läuft das Finanz-Konsolidierungsprogramm des Bundes zur Verbesserung des Erweiterten KatS aus. Seit einiger Zeit gibt es erste Anzeichen dafür, daß die Beschaffungsplanungen des Bundes aus finanziellen Gründen nicht zum Abschluß gebracht werden können. Da der Fachdienst „Brand-schutzdienst“ der letzte zu berücksichtigende Fachdienst ist, besteht die Annahme, daß sich die finanziellen Engpässe zu Lasten der Feuerwehren auswirken. Der DFV wird bemüht sein, diese voraussichtliche Benachteiligung gegenüber anderen Fachdiensten so gering wie möglich zu halten. Des weiteren wurde darauf hingewiesen, daß die Aufgaben und Verpflichtungen des Bundes nicht mit dem laufenden Konsolidierungsprogramm enden können, sondern daß ein Anschlußprogramm nach 1990 unumgänglich ist. Der Vorstand des DFV wurde gebeten, sich rechtzeitig in dieser Angelegenheit an die zuständigen Bundesministerien und an das Parlament zu wenden.

Mit einer kritischen Bewertung nahm der Ausschuß zur Kenntnis, daß im Erw.

KatS beim LZW des „Brandschutzdienstes“ nach wie vor der zu diesem Zug gehörende Schlauchwagen vom Bund nicht zur Verfügung gestellt wurde. Hieraus ergibt sich die Tatsache, daß eine große Anzahl der LZW nur bedingt einsatzfähig ist und seine Aufgabe „Wasserförderung über weite Wegstrecken“ nicht erfüllen kann. Man forderte vom Bund, die in der STAN festgelegte Konzeption „zu beordnender Lkw“ und gelieferte Wasserversorgungsausstattung baldigst zu ändern und dafür einen im Feuerwehrdienst bewährten Schlauchwagen aufzunehmen und zu beschaffen.

Der Bund plant in diesem Jahr eine Änderung der Richtzahlen zur Berechnung der Jahresbeträge/Selbstbewirtschaftungsmittel für die Einheiten/Einrichtungen des Erw. KatS. Eine vom DFV vorgenommene Prüfung dieser Planungszahlen ergab, daß die Feuerwehren durch die neuen Werte benachteiligt werden.

Massive Einsprüche des DFV führten um die Jahreswende in Verhandlungen mit dem BMI zu Kompromißlösungen, die in den nächsten Jahren zu Gunsten des Fachdienstes „Brandschutzdienst“ noch weiter zu verbessern sind. Eine offizielle Entscheidung des Bundesinnenministeriums über die Höhe der künftigen Selbstbewirtschaftungsmittel steht noch aus. Im Interesse der Feuerwehren und der Gemeinden wird sich der DFV um eine weitere Verbesserung bemühen, zumal der Bund überproportional der Bundesanstalt THW Haushaltsmittel zukommen läßt. Die derzeitigen Richtlinien über die Verwendungsmöglichkeiten der Selbstbewirtschaftungsmittel sind für die Einheiten unübersichtlich und unklar. Der Ausschuß des DFV erarbeitet z. Zt. eine Arbeitshilfe, wie die Feuerwehren sachgerecht diese vom Bund jährlich für die Einheiten zur Verfügung gestellten Finanzmittel verwenden können. Mit der bevorstehenden Herausgabe dieser Arbeitshilfe werden die KatS-Züge der Feuerwehren gleichzeitig aufgerufen, sich um eine ordnungsgemäße und — soweit wie benötigt — vollständige Ausschöpfung dieser Bundesmittel zu bemühen.

Das Kernkraftwerksunglück „Tschernobyl“ und der Brand „Sandoz“ hatten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland Prüfungen zur Folge, wo hierzulande dringend Verbesserungen im vorbeugenden und abwehrenden Bereich notwendig sind. Bund und Länder begannen im letzten Halbjahr mit Fachberatungen in zahlreichen dafür gebildeten Arbeitskreisen, in denen auch der Deutsche Feuerwehrverband beteiligt wird. Der Fachausschuß wurde über diese Aktivitäten unterrichtet und wird hier mit begleitenden Beratungen tätig bleiben.

Mit Aufmerksamkeit verfolgt der Fachausschuß sich abzeichnende Entwicklungen, daß sich das THW mit massiver Unterstützung des Bundesinnenministeriums verstärkt um die Aufgabenübernahme friedensmäßiger Einsatzbereiche aus dem Aufgabenbereich der Feuerwehren bemüht, was nicht widerspruchlos hingenommen werden kann. Es wurde verdeutlicht, daß das THW nur im Rahmen seines „Errichtungserlasses“ bei friedensmäßigen Aufgaben im Wege der Amtshilfe tätig werden kann und daß das THW nur im Rahmen der gültigen STAN personell und materiell ausgestattet werden darf. Kritisch wurde zur Kenntnis genommen, daß das Bundesinnenministerium mit erheblichem zusätzlichen finanziellen Aufwand versucht, dem THW dieses ständige friedensmäßige Aufgabengebiet zu verschaffen.

Ein Arbeitskreis wird sich mit den vom Bund im KatS herausgegebenen Dienst- und Ausbildungsvorschriften beschäftigen, um Vorschläge zu erarbeiten, wie der fachliche Inhalt und die verwendeten Begriffe mit den rechtlichen und genormten Begriffen des Feuerwehrwesens vereinheitlicht werden können. Eine diesbezügliche Anpassung hält man längerfristig zumindest für den Fachdienst „Brandschutzdienst“ und den übrigen von den Feuerwehren wahrgenommenen Fachdiensten im Erw. KatS für notwendig.

Das Bundesamt für Zivilschutz hat im Herbst 1985 für eine zweijährige Erprobungsphase den Leitfaden „Allgemeine zusätzliche Ausbildung der Helfer im KatS“ herausgegeben. Bis zum 1. 9. 1987 ist über die Erfahrungen in der Erprobungszeit eine Stellungnahme abzugeben, wofür entsprechende Erfahrungsberichte aus den Feuerwehren, Kreisen und Ländern erforderlich sind.

Da die Unterlagen für den „Brandschutzdienst“ seitens des Bundes derzeit noch nicht vollständig vorliegen, werden sich die Feuerwehren kaum fristgerecht äußern können.

Für die Fahrzeuge (mit Führerscheinklasse 2) des Erw. KatS sind vom Bund in der jeweiligen STAN neben dem Fahrer auch zwei Ersatzfahrer vorgeschrieben. Nach einem Erlaß des Bundes vom 28. 12. 1979 trägt der Bund wegen „der angespannten Haushaltslage vorerst“ pro Fahrzeug nur die Umschulungskosten für einen Fahrer von Führerscheinklasse 3 in 2. Ferner geht der Bund davon aus, daß für den „Brandschutzdienst“ keine diesbezüglichen Kosten zu übernehmen sind, da die erforderliche Führerscheinausbildung zum Aufgabengebiet „friedensmäßige Ausbildung“ der Gemeinden gehört. Der DFV-Ausschuß ist hier anderer Meinung und

erwartet vom Bund, daß er sich selbst an die gültigen STAN hält, wonach neben einem Fahrer auch zwei Ersatzfahrer auszubilden sind. Laut Feuerwehrdienstvorschriften gehört eine Kraftfahrerausbildung nicht zum Ausbildungsumfang der Feuerwehr, so daß die diesbezügliche Feststellung des Bundes nicht zutrifft und der Bund auch für den „Brandschutzdienst“ des Erw. KatS die notwendige Führerscheinausbildung der Klasse 2 zu finanzieren hat. Der DFV bemüht sich um entsprechende Änderungen zum Erlaß.

Seit Jahren bemüht sich der DFV beim Bund um eine Neufassung und Vereinfachung der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Jahresbeträge und die Selbstbewirtschaftungsmittel im Erw. KatS“. Z. Zt. arbeitet unter Mitbeteiligung des DFV beim Bund ein Ausschuß an einer Neufassung, wobei auch der Bundesrechnungshof beteiligt ist. Vorliegende Verhandlungsergebnisse weisen auf einen erfolgreichen Abschluß dieser Gespräche hin, so daß ab 1988 mit der Einführung neuer Regelungen zu rechnen ist. Der Fachausschuß begrüßte es, daß sich insbesondere der Bundesrechnungshof in den Verhandlungen sehr positiv zu den Vorschlägen des DFV äußerte.

### **Fachausschuß „Ausbildung“**

Zur Erledigung anstehender Fragen wurden innerhalb des Fachausschusses folgende Arbeitskreise gebildet:

- AK „Ausbildung Rettungsdienst“
- AK „Fortbildung“

Die künftige Ausbildung zur Erlangung eines Berufsbildes gem. dem zu erwartenden „Rettungssanitätäergesetz“ erfordert auch bei den Feuerwehren, die im Rettungsdienst tätig sind, besondere zusätzliche Ausbildungen. Nachdem das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen, Gesundheit zwischenzeitlich einen 1. Vorentwurf der „Ausbildungs- und Prüfungsordnung“ vorgelegt hat und Ende April 1987 Frist für Stellungnahmen war, mußte bis dahin geprüft werden, wie diese neue zusätzliche rettungsdienstliche Ausbildung mit allen ihren organisatorischen Fragen in die Feuerwehrausbildung integriert werden kann.

Die Feuerwehrdienstvorschrift 2/2 enthält keinen Musterausbildungsplan „Fortbildung“, so daß dieser wichtige Bereich derzeit noch nicht bundeseinheitlich geregelt ist. Der Arbeitskreis „Fortbildung“ wird sich hiermit beschäftigen und einen Entwurf erarbeiten. Der Fortbildungsplan soll auch den 20%igen Anteil „besondere Ausbildung“ berücksichtigen.

Der Ausschuß hält es für sinnvoll, den Aktiven der Feuerwehren eine Richtlinie an die Hand zu geben, wonach ein „sportliches Training“ durchgeführt werden kann. Im Hinblick auf die besonderen Anforderungen bei der „Atemschutztauglichkeit“ wird eine solche Betätigung künftig für unerlässlich gehalten. Der Ausschuß wird einen Entwurf erstellen.

Von den Bestimmungen der FwDV 7 „Atemschutz“ ausgehend und unter Berücksichtigung vorhandener Atemschutzübungsstrecken hält es der Ausschuß für prüfenswert, ob zur FwDV 7 eine Ergänzungsvorschrift für die Benutzung von Atemschutzübungsstrecken erforderlich ist. Eine erste Beurteilung ergab, daß hierauf längerfristig nicht verzichtet werden kann.

### **Fachausschuß „Gesundheitswesen und Rettungsdienst“**

Dem Fachausschuß wurde in der letzten Tagung ein Bericht zum gegenwärtigen Stand des geplanten „Rettungssanitätäergesetzes“ und der zugehörigen „Ausbildungs- und Prüfungsordnung“ gegeben. Ein weiterer Beratungspunkt war die Absicht des Bundes, daß künftig alle Helfer des KatS, die die ABC-Schutzmaske tragen sollen, gemäß den arbeitsmedizinischen Grundsätzen (G 26) zu untersuchen sind. Bereits 1984 hat der Deutsche Feuerwehrverband durch Präsidiumsbeschluß festgelegt, daß nach seiner Ansicht eine generelle Untersuchungspflicht nicht notwendig ist, da es sich in Feuerwehren bei Einsätzen mit Filtergeräten um kurzzeitige Einsätze handelt.

In der nächsten Tagung wird sich der Fachausschuß u. a. mit der Situation (bedingt durch Personenförderungs-gesetz) beschäftigen, daß zunehmend private Unternehmer Aufgaben des öffentlichen Rettungsdienstes übernehmen wollen. Weitere Beratungspunkte sind „Frauen in der Feuerwehr aus medizinischer Sicht“ und „Qualifikation des Personals in gemeinsamen Leitstellen“.

### **Fachausschuß „Einsatz“**

In den nächsten Tagungen wird sich der Fachausschuß vorrangig mit folgenden Themen beschäftigen:

- a) Fahrzeug- und Gerätetechnik (kritische Betrachtung der Neukonzeption „Fahrzeuge“ unter dem Gesichtspunkt Einsatzstrategie und Einsatz-taktik mit Behandlung der Frage, ob diese Neukonzeption unter diesem Gesichtspunkt für die Feuerwehren sinnvoll ist).

- b) Strahlenschutz/Gefahrgut (Aufgaben und Möglichkeiten der Feuerwehren).
- c) Leitstellen (Organisation der Feuerwehrleitstellen).
- d) Kommunikation bei Großeinsätzen (Erarbeitung eines Leitfadens für länderübergreifende Einsätze; z. B. große Waldbrände, Probleme des Funkverkehrs, der Wasserversorgung usw.).
- e) Feuerwehreinsatz und Umweltschutz (Normen und gesetzliche Grundlagen).

### **Fachausschuß „Sozialwesen“**

Die seit Jahren seitens des BAGUV geplante Änderung UW „Feuerwehren“ befindet sich z. Zt. im Vorgehmungsverfahren beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Es kann davon ausgegangen werden, daß die Neufassung der UW frühestens zum Jahresende 1987 den Mitgliedsversicherungen des BAGUV zwecks Einführung in ihrem jeweiligen Versicherungsbereich zugestellt wird. Die intensive Mitarbeit des DFV an den Beratungen beim BAGUV führte in den letzten Monaten zu einer Kompromißfassung, mit der die Feuerwehren und die Unfallversicherungsträger letztlich arbeiten können. Im Ausschuß bestand Übereinstimmung, daß der Normtext einschließlich Durchführungsanweisung der UW „Feuerwehren“ einer weitergehenden Er-läuterung im Sinne einer textlichen und graphischen Aufarbeitung bedarf. Eine solche „UW-Fibel“ ist für die Feuerwehren unverzichtbar und sollte möglichst zum gleichen Zeitpunkt erscheinen, wie die neue UW „Feuerwehren“ in Kraft gesetzt wird.

Mit einer seitens des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung geplanten Änderung des Mehrleistungsrechts ist nach vorliegenden Informationen in den nächsten Jahren nicht mehr zu rechnen. Nach Ansicht des Ausschusses muß diesem für die Feuerwehren so wichtigen Versicherungsteil weiterhin höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden, um frühzeitig Erkenntnisse über geplante Änderungen zu erhalten. Für den DFV ist es unstrittig, daß auf dieses Mehrleistungsrecht zugunsten der Aktiven und ihrer Angehörigen nicht verzichtet werden kann.

Im Ausschuß wird ein Merkblatt mit Versicherungshinweisen erarbeitet, wie derzeit der gesetzliche Unfallversicherungsschutz von Angehörigen der verschiedenen Feuerwehrsparten (Freiwillige, Berufs- und Werkfeuerwehren) bei Tätigkeiten in Feuerwehrverbänden ist. Da dieser Versicherungsschutz und die damit zusammenhängenden Vorausset-

zungen für die drei Feuerwehrsparten und außerdem je nach Beschäftigungsart (ehrenamtlich, Lohnempfänger, Angestellter, Beamter) unterschiedlich ist, bedarf es im Interesse der Aktiven dieser Informationen.

Im Feuerwehrbereich besteht nach wie vor weitgehende Unsicherheit und Unklarheit darüber, welche der vielen Unfallverhütungsvorschriften derzeit von den einzelnen Feuerwehrunfallversicherungsträgern in ihrem Geltungsbereich für die Feuerwehren verbindlich eingeführt sind und welche nicht. Der DFV bemüht sich derzeit beim BAGUV um eine verbindliche Klärung.

### **Fachausschuß „Öffentlichkeitsarbeit“**

Als vordringliche Aufgaben wurden herausgestellt:

1. In den Feuerwehrverbänden und bei den Feuerwehren muß das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer guten Öffentlichkeitsarbeit geweckt werden. Des weiteren muß dieses in der Erkenntnis erfolgen, daß die hierfür benötigten Haushaltsmittel bereitzustellen sind.
2. Erarbeitung eines Konzepts zur Darstellung des DFV im Rahmen der ideellen Ausstellung der INTERSCHUTZ '88 in Hannover und auf dem 26. Deutschen Feuerwehrtag 1990 in Friedrichshafen.
3. Konzeption mit Detailunterlagen für die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Brandschutzwoche.

Zur Koordinierung der Arbeit dieses Ausschusses mit dem VFDB-Referat „Brandschutzgeschichte“ soll ein ständiger Vertreter des DFV benannt werden, da die dort geleistete Arbeit für alle Feuerwehren und den DFV von Bedeutung ist.

Es wurde ein Arbeitskreis gebildet, der für die Brandschutzwoche 1987 eine Konzeption für die Öffentlichkeitsarbeit des DFV und der Feuerwehren erarbeitet. Zur Gestaltung der künftigen, im zweijährigen Rhythmus stattfindenden bundesweiten Brandschutzwoche wird angeregt, diese nicht mehr mit einem Motto themengebunden durchzuführen, sondern mit einem neutralen Hinweis auf die Brandschutzwoche. Dagegen sollen jährlich wechselnde Schwerpunkte der Aufklärung und Information weiterhin beibehalten werden. Zur diesjährigen Brandschutzwoche werden Merkblätter und Pressemitteilungen herausgegeben, wobei die Pressenotizen so vorgesehen sind, daß eine Einheitlichkeit in der Pressearbeit auf Bundesebene erzielt wird. Die bundeszentrale Eröffnungsveranstaltung für die diesjährige Brandschutzwoche ist für Mittwoch, den

16. September 1987 in Bonn vorgesehen.

### **Fachausschuß „Musik“**

Der Ausschuß beschäftigt sich im grundsätzlichen mit allen Fragen, die die Musik in den Feuerwehren betreffen, und ist bemüht, dazu Empfehlungen und Arbeitshilfen zu geben.

Eine wesentliche Aufgabe sieht der Ausschuß — neben seinen verbandsinternen Fachaufgaben — in der Mitwirkung in den Gremien und Fachausschüssen der „Bundesvereinigung Deutscher Blas- und Volksmusikverbände“ (BDBV). Hinsichtlich der Durchführung von Lehrgängen vertritt der Ausschuß die Ansicht, daß sich die Mitgliedschaft im BDBV förderlich auswirkt und die im BDBV zur Verfügung stehenden Lehrgangsstätten und Lehrgänge in Anspruch genommen werden sollten. Im Herbst 1987 wird seitens des DFV an der Bundesmusikschule (Bad Gandersheim) ein D III-Lehrgang durchgeführt. Das Einladungs- und Meldeverfahren hierzu erfolgt über die Landesstabführer bzw. Landesfeuerwehrverbände/Landesgruppen.

Zahlreichen musiktreibenden Zügen der Feuerwehren liegt eine Einladung zum „2. Internationalen Musikfestival für Feuerwehrkapellen“ in Krumpendorf/Kärnten vor. Der Ausschuß weist darauf hin, daß diese Veranstaltung eine „private“ Veranstaltung ist und der DFV als Verband nicht beteiligt ist.

Der BDBV gibt künftig jährlich einen gemeinsamen Veranstaltungskalender für alle dem BDBV angeschlossenen Mitgliedsverbände heraus. Der Ausschuß bewertet dieses positiv und empfiehlt den Mitgliedsverbänden des DFV, künftig hiervon Gebrauch zu machen und rechtzeitig ihre Termine zu melden.

Beim letztjährigen Bundeswertungsspielen des DFV fand erstmals die Selbstwahlliste der BDBV Anwendung. Im Fachausschuß wurde darauf hingewiesen, daß die musiktreibenden Züge der Feuerwehren die noch nicht eingestuft und deshalb vom BDBV zu bewertenden Musikstücke nicht direkt an die BDBV schicken können, sondern daß diese über den zuständigen Landesfeuerwehrverband/Landesgruppe weitergeleitet werden. Die Einhaltung dieses „Dienstweges“ ist für ein rasches Einstufungsverfahren notwendig. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß die BDBV zwischenzeitlich eine überarbeitete Selbstwahlliste herausgegeben hat, die bei der Geschäftsstelle der BDBV zu beziehen ist. Den musiktreibenden Zügen der Feuerwehren wird empfohlen, die Einstufungen lt. Selbstwahlliste zu beachten.

Die der BDBV über den DFV angehörenden musiktreibenden Zügen der Feuerwehren haben die Möglichkeit, für verdiente Musiker in ihren Reihen die Ehrenzeichen der BDBV zu beantragen. Der verfahrensmäßige Ablauf der Antragstellung entspricht verbandsintern dem Ablauf wie für ein „Feuerwehr-Ehrenkreuz“ des DFV, nämlich über den Kreisfeuerwehrverband zum Landesfeuerwehrverband und von dort weiter. Für die Antragstellung gibt es spezielle, beim Landesstabführer vorhandene Antragsvordrucke.

### **Fachausschuß „Wettbewerbe“**

Besprochen wurden organisatorische Fragen für die Bundesauscheidungen im „Internationalen Feuerwehrwettkampf“. Die Veranstaltungstage 1988 in Hannover wurden gegenüber der Ausschreibung wie folgt geändert: Offizielles Training am Freitag, dem 27. Mai 1988 und Ausscheidungen am Samstag, dem 28. Mai. An diesen Tagen finden an gleicher Stelle neben dem „Internationalen Feuerwehrwettkampf“ auch die Bundesauscheidungen zum „Internationalen Jugendfeuerwehrwettkampf“ statt.

Das „Nationale Komitee der Bundesrepublik Deutschland im CTIF“ kann für die internationalen Wettbewerbe des CTIF im Jahre 1989 in Polen neben Teilnehmergruppen zum „Internationalen Feuerwehrwettkampf“ und zum „Internationalen Jugendfeuerwehrwettkampf“ auch max. drei Mannschaften für den „Internationalen Feuerwehrsportwettkampf“ des CTIF entsenden. Sofern sich hierfür mehr als drei Gruppen melden, müssen im Jahr 1988 auch hierfür Bundesauscheidungen durchgeführt werden.

Ein weiterer Beratungspunkt war die Prüfung von Möglichkeiten zur Durchführung eines bundeseinheitlichen Feuerwehrwettkampfes, der evtl. neben den derzeit in den Bundesländern bestehenden Feuerwehrleistungsbewerben/-wettbewerben durchgeführt werden kann.

Die im DFV gültigen Richtlinien für die Teilnahme deutscher Feuerwehren an Feuerwehrwettkämpfen im Ausland werden derzeit vom Fachausschuß überarbeitet. Die Liste der jährlich vom DFV beauftragten Abnahmeberechtigten für die Qualifikationsprüfung der Feuerwehren, die an Feuerwehrwettkämpfen im Ausland starten wollen, wurde für 1987 geltend überarbeitet.

### **Fachausschuß „Frauenarbeit“**

Wesentlicher Bestandteil der letzten Tagung war der Bericht der Landessprecherinnen über die Mitarbeit von Frauen

im Feuerwehrdienst und die dabei gewonnenen Erkenntnisse. Mittelpunkt dieser Berichte waren die Ausbildungsmöglichkeiten und der Ausbildungsstand für die weiblichen Aktiven in den Freiwilligen Feuerwehren.

Ein weiterer Beratungspunkt war die Problematik bei der Übernahme von Mädchen aus der Jugendfeuerwehr (bei Erreichen der Altersgrenze) in die Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr. Nach den Berichten der Landessprecherinnen werden nur in Baden-Württemberg die aus der Jugendfeuerwehr ausscheidenden Mädchen ausnahmslos übernommen, ansonsten stellte sich die Situation in den übrigen Bundesländern nicht befriedigend dar. In Verbindung mit Vertretern der Deutschen Jugendfeuerwehr will man dieses Problem weiterhin versuchen zu lösen.

Die Verbandsdarstellung im ideellen Teil der Ausstellung INTERSCHUTZ '88 soll u. a. dazu genutzt werden, die Mitwirkung von Frauen im Einsatzdienst der Freiwilligen Feuerwehren in geeigneter Weise der Öffentlichkeit vorzustellen.

### Fachausschuß „Vorbeugender Brandschutz“

In den nächsten Tagungen wird sich der Fachausschuß vorrangig mit folgenden Themen beschäftigen:

- Einspruch zu DIN 18 095
- Befestigungsmaterial von elektrischen Leitungen
- Stellungnahme zum Entwurf einer Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an haustechnische Leitungsanlagen
- Sammlung von Schadensereignissen (Sichtung von Parallelen)
- Ausrüstung der Arbeitsstätten mit Feuerlöschern
- RWA-Richtlinien/DIN 18 232

Der Fachausschuß lehnt den Entwurf DIN 18 095 (Rauchschutztüren) ab. Man war sich einig, daß der Preisunterschied zwischen den Rauchschutztüren der Klasse A und der Klasse B, der das Hauptargument zur Einführung der neuen Klasse A war, gering ist und daher vernachlässigt werden kann. Die Rauchschutztür Klasse A ist weiterhin nicht zu vergleichen mit der dichtschließenden Tür.

In der nächsten Tagung wird sich der Fachausschuß weiter mit einem Entwurf einer Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an haustechnische Leitungsanlagen beschäftigen.

Die vom Industrieverband Pflanzenschutz e. V. herausgegebenen IPS-Leitlinien „Brandschutz in Pflanzenschutzmitteln“ wurden begrüßt.

# Aufruf zur Brandschutzwoche 1987

Deine Feuerwehr — auch im Umweltschutz



Kein Tag vergeht, an dem nicht Presse, Rundfunk oder Fernsehen über Umweltkatastrophen in Europa oder der Bundesrepublik Deutschland berichten. Der Schutz der Umwelt ist zu einem vorrangigen Ziel unseres Zusammenlebens geworden — und das ist gut so. Die Zeit der sinnlosen Verschwendung von Rohstoffen, der gedankenlosen Belastung von Seen und Flüssen mit Chemikalien, Düngemittelrückständen, Schwermetallen und ungeklärten Abwässern muß der Vergangenheit angehören. Auch in einer Industriegesellschaft, wie es die Bundesrepublik ist, muß ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Produktion von Spitzentechnologie, gesunder Natur und damit Lebensqualität zu erreichen sein.

Die Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland sind nicht nur eine schlagkräftige, überall präsente, universelle Hilfeleistungsorganisation, sondern sie verstehen sich mit ihren mehr als eine Million aktiven Mitgliedern als verantwortungsbewußte, dem Demokratiedanken verbundene, staatstragende Organisation. Die Übernahme von Verantwortung setzt Handeln voraus.

Handeln ist den Feuerwehren in ihrer annähernd 150jährigen Geschichte nie schwergefallen. Aus dem Bewußtsein bürgerlicher Mitverantwortung heraus wurden die Freiwilligen Feuerwehren ge-

gründet. Auch Umweltschutz setzt die Mitverantwortung aller Bürger voraus.

„Umweltschutz“ allein ist ein abstrakter Begriff. Bürger wie auch Feuerwehrangehörige verdrängen zum Teil heute noch aus Unkenntnis ihre Mitverantwortung. Auf den Punkt gebracht bedeutet Umweltschutz „sinnvolles menschliches Leben, in dem die Natur tatsächlich noch eine Chance auf Bestehen und Weiterentwicklung hat.“ Dabei muß der Mensch erkennen, daß er die „Natur“ nicht wie durch ein Vergrößerungsglas betrachten kann, sondern daß er selbst ein Teil der Natur ist.

Umweltschutz fängt in der Familie und im Haushalt an. Umweltschutz ist Sache der Gemeinschaft aller Bürger. Gerade die Feuerwehr ist als eine der größten Bürgerinitiativen aufgerufen, sich noch stärker dem Umweltschutz zu widmen. Brände belasten die Luft mit Rauchgasen, die Chlor und Blausäure enthalten. Durch Düngemittel, Holzschutzmittel oder andere chemische Substanzen verunreinigtes Löschwasser darf nicht Flüsse und Seen belasten. Auch falsch eingesetzte Löschmittel können Umweltschäden, z. B. Fischsterben, hervorrufen. Mit Bindemitteln aufgenommene Säuren, Fette oder andere Schadstoffe sind dem Sondermüll zuzuführen. Brandverhütung und schnelle, sachgerechte Gefahrenabwehr sind praktizierter Umweltschutz.

Die Feuerwehren richteten in den letzten Jahren ihr Augenmerk verstärkt auf die „Gefährlichen Stoffe“. Immer mehr Feuerwehren verfügen somit über Spezialisten, die sich auch in Sachen Umweltschutz zu Wort melden können. Verschiedene Feuerwehren verfügen über Schadstoffsammelstellen. Der erste Schritt zur „Umwelt-Feuerwehr“?

Der Aufruf zur diesjährigen Brandschutzwoche soll nicht mit einer Frage enden. Vielmehr rufe ich die Angehörigen aller Feuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland auf, der Bevölkerung in der Zeit vom 16. bis 27. September 1987 zu demonstrieren, daß sich die Feuerwehr sehr viel Mühe gibt — der Umwelt zuliebe.

**Hinrich Struve**  
Präsident des  
Deutschen Feuerwehrverbandes

# 125 Jahre Feuerwehrverband in Nordrhein-Westfalen

Stadt Waltrop richtet „Geburtstagsfeier“ für den Landesfeuerwehrverband ganz groß aus

Die Wegweiser für die gesamte nordrhein-westfälische Feuerwehrorganisation zeigen gen Waltrop. Dort soll am letzten Juni-Sonntag, genau am 28. 6. 1987, Geburtstag gefeiert werden — gefeiert mit dem schwungvollen Elan, dem lebendigen Kameradschaftsgeist und dem verbindenden Gemeinschafts-sinn einer Feuerwehr-Idee, die landauf landab nur zu selten demonstrativ dokumentiert wird. Und weil es eben ein „runder Geburtstag“ ist, den es gebührend zu feiern gilt, soll die Festtagsfreude weit über Waltrop hinaus spürbar, fühlbar, ja hörbar sein: „125 Jahre Feuerwehrverband in Nordrhein-Westfalen“ ist schließlich der Beweis dafür, daß die Gründerideen unserer Väter, der Leitgedanke der Mitverantwortung für unsere Nachbarn, der kompromißlose Wille zur spontanen Nothilfe in einer so großen Organisation trotz aller Wirren der Zeitgeschichte, trotz aller gesellschaftlichen Strömungen nicht nur nicht untergegangen ist, sondern sich vielmehr mit immer neuen, immer weitergreifenden Inhalten erhalten und stetig erneuert hat.

Während in Waltrop, dem sympathischen Städtchen zwischen Datteln und Dortmund im Kreis Recklinghausen, die ersten Vorkehrungen für das große Feuerwehr-Ereignis auf Hochtouren ange laufen sind und Kreisbrandmeister Bernhard Schmedes längst zum emsigen Cheforganisator avanciert ist, hat der Vorstand des Landesfeuerwehrverbands die Weichen gestellt und den Rahmen gesteckt.

Tenor aller Planungen: Die Jubiläumsveranstaltung am letzten Juni-Sonntag soll mit vielerlei Vorführungen und Attraktionen nicht nur ein großes „Familienfest“ der Feuerwehr werden. Eine „Demonstration der Feuerwehr“ ist angesagt! Mit einem Aufmarsch aller Feuerwehrangehörigen aus Nordrhein-Westfalen, der „nach Tausenden gezählt“ wird. Untergrenze: 5 000 uniformierte Teilnehmer!

Aus allen Teilen des Landes sollen sich an diesem Sonntag die Marschkolonnen gegen Waltrop in Bewegung setzen, wohlgeordnet und nach festem Einsatzplan in Zugformation. Im Stadtgebiet von Waltrop werden die eintreffenden Züge ebenso generalstabsmäßig in Park- und Sammelzonen eingewiesen, abschnittsweise und getrennt nach Regierungsbezirken. Im Sternmarsch geht es von dort, musikbegleitet, zum weitläufigen Stadtpark, wo um 11 Uhr die Großkundgebung mit Innenminister Dr. Herbert Schnoor und dem Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbands, Hinrich Struve, beginnt.

**Die Heeresflieger der Bundeswehr werden im Rahmen der Jubiläumsfeier die Brandbekämpfung mit Außenlast-Löschwasserbehältern demonstrieren.**



Showprogramm, Ausstellungen, Vorführungen und viel Informationen en detail sollen das eintägige Jubiläumsprogramm abrunden, das etwa um 10 Uhr beginnt und bis zum Nachmittag dauert. Angesagt ist eine Hubschrauberstaffel der Heeresflieger mit Außenlast-Löschwasserbehältern, die Vorstellung des weltweit einmaligen Chemieschutz-Zuges der Werkfeuerwehr Bayer Dormagen, eine Fahrzeug- und Geräteausstellung zum Thema „Feuerwehr und Umweltschutz“ ebenso wie zu den Aufgabebereichen „Fernmelde“ und „Rettungsdienst“.

Die Feuerwehr-Jugend wird in Waltrop ihre vielseitige Attraktivität unter Beweis stellen. Spiel, Spaß und Unterhaltung sollen schließlich zur Geburtstagsfreude gehören. Die „musikalische Komponente“ wird die Festtagsstimmung eindrucksvoll unterstreichen, aus allen Landesteilen rücken die Musik- und Spielmanszüge der Feuerwehren an. Und Heißluft-Ballone schließlich sollen die Jubiläumsgrüße in die Wolken tragen.

- Apropos tragen: Getragen wird die ganze „Geburtstags-Torte“ von Kreisbrandmeister Mathias Schwartz aus Kevelaer, seines Zeichens Vize-Verbandsvorsitzender. Er hat absprachegemäß die Gesamtkoordination der Vorbereitung und Durchführung dieser Jubiläumsveranstaltung übernommen.

Wolfgang Hornung

DLRG stellt bundesweite Aktion „Kampf dem Herztod“ vor

## DLRG-Wasserretter bildeten bisher zwei Millionen Menschen in HLW aus

Norwegens Botschafter Sverre Julius Gjellum übergab der DLRG den Prototyp eines weltweit neuen Wiederbelebungs-Übungsgerätes

Vor dem Hintergrund von jährlich über 80 000 Todesfällen durch Herzinfarkt in Deutschland startet die DLRG in diesen Wochen eine bundesweit angelegte Ersthelfer-Ausbildungskampagne in „Herz-Lungen-Wiederbelebung“ (HLW).

Ziel der Maßnahme ist es, in den nächsten Jahren eine große Zahl von Bundesbürgern mit der HLW vertraut zu machen und sie somit in die Lage zu versetzen, bei einem von Atem- und Herzkreislaufstillstand betroffenen Menschen sachkundige Hilfe leisten zu können.

Als Vorbild für die DLRG-Aktion gilt ein Modellversuch der Universität Göttingen, mit der im Zeitraum von vier Jahren im Raum Göttingen 15 000 bis 20 000 Laienhelfer in HLW ausgebildet werden sollen.

Bereits seit Jahren lehrt die DLRG die HLW mit Erfolg im Rahmen ihrer Rettungsschwimmer-Ausbildung. Über zwei Mio. Menschen wurden hier bereits zu Ersthelfern ausgebildet.

Neu an der jetzt begonnenen Kampagne ist, daß sie sich nicht nur an Interessenten für eine Rettungsschwimmer-Ausbildung richtet, sondern grundsätzlich für jedermann zugänglich ist. Mit der Tagung des Präsidialrates am 27. März 1987 wurde die DLRG-Aktion „Kampf dem Herztod“ eröffnet.

Im Rahmen der Tagung wurde der DLRG eine von einem norwegischen Unternehmen neu entwickelte Übungspuppe zur Erlernung der Herz-Lungen-Wiederbelebung übergeben. Die neu konstruierte Lehrpuppe ermöglicht

— alle medizinisch relevanten Sachverhalte durch einen eingebauten Com-

puter zu erfassen und auswerten zu lassen;

- wettbewerbsmäßig Herz-Lungen-Wiederbelebung zu praktizieren.

Anwesend während der Übergabe dieser Lehrmittel-Weltneuheit war u. a. der Botschafter des Königreiches Norwegen, Sverre Julius Gjellum.

Nachstehend der Wortlaut der Rede von Botschafter S. J. Gjellum:

### „Größte Wertschätzung“

„Zuerst möchte ich Ihnen für Ihre Einladung zur Teilnahme an dieser Veranstaltung danken. Ich bin gerne heute zu Ihnen gekommen, denn es ist für die Botschaft und für mich eine ganz besondere Freude und Ehre, bei der Eröffnung dieser großangelegten Kampagne der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft anwesend sein zu dürfen.“



Oben: DLRG-Präsident H. J. Bartholdt überreicht dem Botschafter Norwegens, Sverre Julius Gjellum (links), eine Erinnerungsgabe.

Unten: Der Geschäftsführer der Herstellerfirma, Oystein Egeland (4. v. r.), stellt das neue Wiederbelebungs-Übungsgerät den DLRG-Vertretern vor.



Eine der Hauptaufgaben der Botschaft besteht in der Förderung des norwegischen Exportes. Diese traditionelle Aufgabe hat heute insofern einen ideellen Überbau erhalten, als es sich heute und hier nicht um eine Verkaufspräsentation, sondern um die Vorführung eines Produktes mit buchstäblich lebenswichtigen Funktionen für alle Menschen handelt, ein Produkt, das Leben retten helfen soll. Und welche Aufgabe könnte wohl wichtiger sein, als die Rettung von Menschenleben?

Deshalb ist der Partner des norwegischen Unternehmens kein gewöhnlicher Geschäftspartner, sondern die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, deren ständige Bemühungen, das Leben von Menschen zu retten, überall größte Wertschätzung und Anerkennung gefunden haben.

### Norwegische Wasserrettung hat eine lange Tradition

Auch in Norwegen hat die freiwillige Lebensrettungsarbeit eine lange Tradition. Norwegen hat nur eine geringe Bevölkerungszahl in einem riesigen Land, das gewaltigen Naturkräften ausgesetzt ist. Das Meer, die Wälder und die schroffen Gebirge haben stets die Lebensgrundlage gegeben — aber immer auch menschliches Leben gefährdet. Und überall und unter teilweise unwirtlichen Bedingungen müssen immer wieder Menschenleben von unseren beruflichen und freiwilligen Lebensrettern geborgen werden.

Die Geschäftsentwicklung, die die Herstellerfirma in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat, ist aus meiner Sicht bemerkenswert. In den 50er Jahren hatte man sich schlicht und einfach mit der Herstellung von Spielzeugpuppen beschäftigt, und dabei Erfahrungen und Kenntnisse mit der Verarbeitung von Weichplastmaterial gewonnen. Als dann die Herz-/Lungen-Wiederbelebung als beste Methode beim Versagen dieser Tätigkeiten entdeckt wurde, produzierten norwegische Spezialisten für die Amerikanische Herzgesellschaft eine Puppe in Lebensgröße, um auch den medizinischen Laien mit dem Umgang dieser Methoden vertraut zu machen. Diese Übungsmodelle wurden erstmals in den USA mit großem Erfolg vorgestellt. Daraus hat sich eine fruchtbare und intensive Zusammenarbeit mit der Amerikanischen Herzgesellschaft entwickelt, die heute noch von eminenter Bedeutung ist.

Die modernste Ausführung dieses Übungsmodells mit dem schönen Namen „Anne“ enthält zwei Mikroprozessoren, die die Effektivität der Wiederbe-

Norwegens Botschafter Sverre Julius Gjellum bei seiner Ansprache.



lebungsmaßnahmen messen. Hier wird also modernste Technik eingesetzt, um medizinische Leistungen auf den höchstmöglichen Stand zu bringen.

Diesen hohen Stand ihrer Produkte konnte die Firma nur erreichen, weil sie stets bemüht ist, vorzügliches theoretisches Wissen und technisches Können mit einer praxisnahen Produktentwicklung zu verbinden.

Schwerpunkt der Arbeit bildet die Notfallmedizin, und hier besonders das Verhindern des plötzlichen Herztodes. Schätzungen gehen davon aus, daß in der Bundesrepublik Deutschland jährlich ca. 80 000 Menschen an plötzlichem Herzversagen sterben, das mehrfache aller Verkehrstoten also. Vielen dieser Menschen hätte durch sofortige Hilfsmaßnahmen vor Ort geholfen werden können. Das heißt konkret, ein großer Teil dieser Menschen hätte durch entsprechende Kenntnisse medizinischer Laien gerettet werden können.

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft startet nun eine große Aufklärungskampagne, und die norwegische Firma unterstützt diese Aktion mit Lieferung von Übungsmaterial, das international führende Mediziner seit mehr als 25 Jahren mit der Firma im ständigen Gedanken- und Erfahrungsaustausch erarbeitet haben, nämlich naturgetreue Nachbildungen des Menschen, umfassende Ausbildungs- und Übungskonzepte sowie die entsprechende Notfall-Ausrüstung.

Meine Damen und Herren, im Namen der Firma habe ich die Freude, Ihnen, Herr Präsident, das Demonstrationsmodell „Anne“ und das dazugehörige Übungsmaterial übergeben zu können.

Ich wünsche Ihnen und der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft weiterhin sehr viel Erfolg für Ihre lebenswichtige Aufgabe, den Prinzipien von Gemeinsinn und Nächstenliebe in unserer Gesellschaft Geltung zu verschaffen.“

DLRG-Präsident H. J. Bartholdt:

## Wir wollen unser Wissen in den Dienst einer guten Sache stellen

Ansprache anlässlich der HLW-Aktion

„Im Namen der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, für die zu sprechen ich hier die Ehre habe, begrüße ich Sie sehr herzlich. Ich freue mich ganz besonders, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Die DLRG mit ihren 470 000 Mitgliedern ist die größte freiwillige Wasserrettungsorganisation der Welt. Unter ihrem heu-

tigen Leitspruch „Humanität und Sport“ hat sie seit 1913 über 27 Millionen Bürgern aller Altersstände das Schwimmen und Rettungsschwimmen gelehrt und über 276 000 Menschen vor dem Ertrinkungstod bewahrt.

Unsere Rettungsschwimmer, Taucher, Bootsführer und Sprechfunken stehen Jahr für Jahr an Küsten, Seen, Flüssen

und in Bädern zum Rettungswachdienst bereit und sorgen so für gesicherte Freizeit.

Zwei Anlässe haben uns hier heute zusammengeführt: Zum einen unsere Auftaktveranstaltung zur bundesweiten Verbreitung der Herz-Lungen-Wiederbelebung, zum zweiten sollen neue, oder ich muß vielleicht sagen verbesserte Wiederbelebungsgeräte vorgestellt werden. Letztere sollen dazu dienen, unsere verbandsinterne Ausbildung in der Wiederbelebung zu fördern, aber auch die vorgesehene Aktion zu unterstützen.

Interessant an diesem Gerät ist, daß es sich um den Prototyp einer Übungspuppe handelt, die sozusagen als Weltneuheit der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Wir sind sehr froh, daß wir als Partner der norwegischen Firma unsere Erfahrungen, die zu dieser Verbesserung führten, mit einbringen konnten und nun auch die ersten sind, die das Gerät gemeinsam mit den Herstellern der Öffentlichkeit präsentieren können.

Seit Beginn unserer Ausbildungsarbeit vor fast 75 Jahren gehört die Vermittlung von Methoden und Fähigkeiten zur Wiederbelebung Ertrunkener zum festen Ausbildungsprogramm.

Die Diskussion der Wissenschaftler um die besten Methoden haben eine lange Geschichte. Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit, stritten Mediziner um die effektivsten Wiederbelebungsmethoden.

Seit der Mitte der 60er Jahre wendet die DLRG Herzmassage in der Breitenausbildung an. Mehr als zwei Millionen Teilnehmer haben seit dieser Zeit die Ausbildungslehrgänge unserer Organisation durchlaufen und damit Kenntnis von dieser Methode erhalten. Allein im Jahre 1986 wurden fast 70 000 Prüfungen im Rettungsschwimmen abgenommen und somit diese Methode gelehrt.

Vor dem Hintergrund von jährlich über 80 000 Toten durch Herzinfarkt haben wir uns entschlossen, unser Wissen und Können sowie unsere Mittel und Möglichkeiten in den Dienst einer guten Sache zu stellen, indem wir die Fertigkeiten zur Herz-Lungen-Wiederbelebung nicht nur an Interessierte für Rettungsschwimmausbildung weitergeben, sondern sie grundsätzlich jedermann zugänglich machen.

Mehr als viele Ausführungen sind gesagt, wenn ich einen der deutschen Initiatoren zur Verbreitung der HLW für jedermann, Herrn Professor Dr. D. Kettler von der Universität Göttingen zitiere, der folgendes gesagt hat:

Warum machen wir diesen Modellversuch „Herz-Lungen-Wiederbelebung durch Ersthelfer“? Es hat sich gezeigt, daß trotz unseres gut organisierten Ret-

**DLRG-Präsident Hans-Joachim Bartholdt bei seiner Rede.**



tungswesens von allen am Notfallort wiederbelebten Patienten nur etwa 3% geheilt die Klinik verlassen können.

Selbst bei sehr kurzen Alarmierungszeiten wird die für das Gehirn kritische Wiederbelebungszeit von höchstens fünf Minuten weit überschritten: Teilweise oder totale Ausfälle der Hirnfunktion sind die Folge. Unverzüglich ergriffene Wiederbelebungsmaßnahmen durch die nächst verfügbare Person sind gegenwärtig die einzige denkbare Möglichkeit,

die Hirnzellen bis zum Eintreffen des Notarztes vor dem Untergang zu bewahren.

Erfahrungen in den USA, Skandinavien und Holland haben gezeigt, daß bei entsprechender Ausbildung eines großen Teils der Bevölkerung die Ergebnisse nach Wiederbelebung erheblich verbessert werden können. Bei uns können die durchaus willigen und auch überall in kritischen Situationen vorhandenen Ersthelfer wegen mangelnder Ausbil-

**Prominente Gäste aus Göttingen: Dr. Kurt Busse und Prof. Dr. D. Kettler (von links), Initiatoren des „Göttinger Modells“.**



**Wiederbelebungspraxis: Dr. Klaus Wilkens und Wilfried Wieneke (von links) erläutern den Computer der neuen Wiederbelebungspuppe.**



dung in den meisten Fällen dagegen nicht tätig werden.

In dieser Situation haben wir uns am Zentrum Anästhesiologie der Universität Göttingen entschlossen, den wissenschaftlich begleiteten Modellversuch „Herz-Lungen-Wiederbelebung durch Ersthelfer“ durchzuführen. Wir wollen den Wert einer regionalen Breitenausbildung in Wiederbelebungsmaßnahmen untersuchen — warum sollen die guten ausländischen Erfahrungen nicht auch den Menschen in unserem Raum zugute kommen? Voraussetzung ist aber, daß eine genügend große Zahl von Ersthelfern zur Verfügung steht, deshalb wollen wir innerhalb von vier Jahren etwa 15 000 bis 20 000 Bürger zwischen 16 und 60 Jahren ausbilden.

## Neue HLW-Übungsgeräte werden Training und Verbreitung der Herz-Lungen-Wiederbelebung wesentlich erleichtern

Dank an die Spender

Der DLRG-Präsident Hans-Joachim Bartholdt erklärte:

„Für die großzügige Spende bedanke ich mich sehr herzlich.“

Wenn eine Organisation wie die DLRG ihre satzungsgemäßen Aufträge effizient erfüllen will, benötigt sie gute Unterrichtshilfen.

Mit dem uns heute übergebenen Gerät, das wir in ähnlicher Ausführung schon besitzen, dem aber weitere folgen sollen, werden wir unsere Ausbilder ständig schulen und überprüfen und vielleicht auch die Herz-Lungen-Wiederbelebung in unsere Rettungswettkämpfe auf allen Ebenen einbeziehen können und damit Anreiz für gute und ständige Schulung dieser unter Umständen lebensrettenden Methode leisten können.

Durch die vorgestellte Aktion, die wir im Rahmen der heute beginnenden Präsidialtagung unseren Landesverbänden bekanntgeben wollen, wird es ein Anreiz sein, sich dem gesundheitspolitisch wichtigsten Anliegen und damit unserer humanitären Grundverpflichtung zu dienen.

Wenn ich richtig informiert bin, werden in den USA, in denen bereits seit längerem diese Breitenausbildung für jedermann betrieben wird, über 20%, die außerhalb des Krankenhauses reanimiert wurden, erfolgreich geheilt.

In der Erkenntnis, daß seit über 15 Jahren im Ausland gute Erfahrungen mit einer Breitenausbildung gemacht worden sind, haben wir uns den Versuchen in der Bundesrepublik Deutschland angeschlossen. Dies um so mehr, als wir, die DLRG und unsere Ärzte wohl die ersten waren, die sich schwerpunktmäßig für diese Form der Wiederbelebung klar entschieden haben und wir heute uns darin bestätigt fühlen, daß unsere Lehrmeinung mit der Lehrmeinung der American Heart Association übereinstimmt.“

Durch die Intensivierung und ständige Übung in den Fertigkeiten zur Anwendung der HLW werden auch unsere Helfer auf den Rettungswachstationen geschult, die im Jahre 1986 — 2 618 000 Rettungswachstunden geleistet haben und viel tausendfach erste Hilfe leisteten. Wir wollen unsere Ziele nicht zu hoch stecken. Es wird zu prüfen sein, wie hoch die Akzeptanz bei unseren Gliederungen, aber auch bei der Bevölkerung ist.

Nicht zuletzt möchte ich ganz deutlich anmerken, daß wir mit unserem Angebot nicht anderen Konkurrenz machen wollen, vielmehr wollen wir uns einreihen in die Gruppe derer, denen es ein Anliegen ist unter dem Motto „save a life“ wie es in England heißt, oder nach unserem Motto „Jeder kann helfen“, zur Verbesserung lebensrettender Sofortmaßnahmen beizutragen.

Auf der technischen Fachtagung der DLRG in Wermelskirchen wird ein Arbeitskreis weitere Voraussetzungen für die Durchführung unserer Aktion schaffen.“

## Bundesweiter Kampf der DLRG gegen den Herztod

Lehrgangsinformationen für DLRG-Gliederungen

Der Präsidialrat hat in seiner Tagung in Bad Honnef den Startschuß für eine bundesweit angelegte Ersthelfer-Ausbildungskampagne in der Herz-Lungen-Wiederbelebung (HLW) gegeben. Im Rahmen eines gemeinsamen Arbeitskreises mit Ärzten und Technikern aus den Reihen der DLRG während der technischen Fachtagung in Wermelskirchen wurden dazu weitere Einzelheiten für die Basis-Gliederungen vorgelegt und vorgestellt.

### Wer soll angesprochen werden?

Jeder Bürger (Laie als Ersthelfer) in der Bundesrepublik ab etwa zwölf Jahre muß in die Lage versetzt werden, einem Opfer bei einem plötzlichen Atem- und Herz-Kreislauf-Stillstand in kürzester Zeit bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes/Arzt die lebensrettende Hilfe leisten zu können.

Auf diese Weise könnten bis zu 35 Prozent der plötzlich Herztoten in der Bundesrepublik gerettet werden.

### Was ist neu für die DLRG?

Die DLRG leistet seit etwa 20 Jahren auf dem Gebiet der HLW in der Bundesrepublik im Gegensatz zu anderen Hilfsorganisationen Pionierarbeit und hat bereits im Rahmen der Rettungsschwimmbildung rund zwei Millionen Bürger/Laien in der HLW ausgebildet.

Mit dieser neuen Aktion will die DLRG mit ihren Gliederungen diese Lehrgänge in der HLW auch ohne Teilnahme an einem Rettungsschwimmkurs gesondert für jedermann zugänglich machen.

Eine Kooperation mit anderen Organisationen wird dabei angestrebt, damit die HLW-Ausbildung in der Breite ein Erfolg wird.

## Wie könnte ein HLW-Lehrgang aussehen?

Bei einem zeitlichen Umfang von sechs Unterrichtseinheiten ergäbe sich ein Konzept für zwei Abende:

### 1. Abend:

15 Minuten

Warum HLW? (Überlebenschance; Vermeiden von bleibenden Hirnschäden; internationale Erfolge)

10 Minuten

Mögliche Ursachen eines plötzlichen Atem- und Herz-Kreislaufstillstandes

30 Minuten

Anatomie der Atmung, des Herzens und des Kreislaufes sowie der Knochen und Organe des Brustkorbes

20 Minuten

Erkennen von Bewußtlosigkeit, Atemstillstand sowie Herz-Kreislaufstillstand (mit praktischen Übungen)

15 Minuten

Rettungskette, Alarmierung und Verhalten (Eigensicherung) am Ort

### 2. Abend

30 Minuten

Wiederholung des theoretisch/praktischen Teiles vom ersten Abend; in den ersten zehn Minuten Bearbeiten eines anonymen Fragebogens mit 20 Fragen zum Selbsttest

90 Minuten

Praxis der HLW an Übungspuppen in der Einhelfer Methode

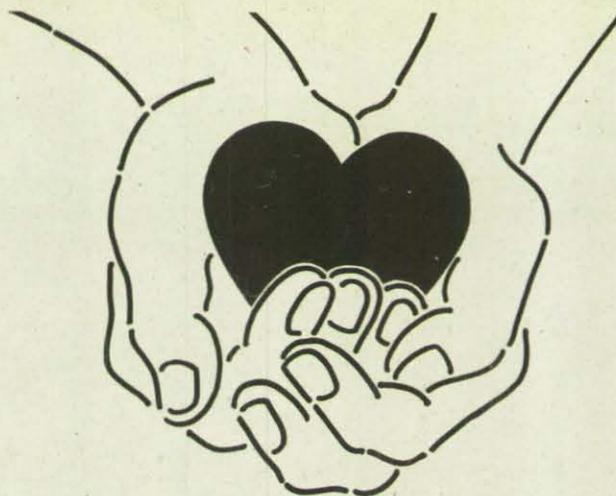
Diese HLW-Lehrgänge könnten aber auch an Samstagen oder Sonntagen in einem Durchgang absolviert werden; entscheidend ist der örtliche Bezug mit seinen stets eigenen Gegebenheiten!

## Welches Material steht durch das Präsidium zur Verfügung?

Das Präsidium unterstützt die Gliederungen von Anbeginn an mit Werbe- und Informationsmaterial. Nicht hoch genug eingeschätzt werden kann hierbei die Unterstützung der Firma Beiersdorf AG in Hamburg. Erst sie ermöglichte die schnelle und umfangreiche Bereitstellung dieser Materialien.

Folgende Materialien stehen abrufbereit:

**Plakat** mit Eindruck- bzw. Eintragungsmöglichkeiten für den HLW-Lehrgang, Format DIN A 2, mehrfarbig, Preis: kostenlos, je Plakat wird jedoch ein Ver-



## Kampf dem plötzlichen Herztod

**Jeder kann helfen!**  
**Die Herz-Lungen-Wiederbelebung ist in nur wenigen Stunden erlernbar.**

**Nehmen Sie teil am DLRG-Ausbildungslehrgang:**

**NIVEA**

Deutsche  
Lebens-  
Rettungs-  
Gesellschaft e.V.



Oben: Für die Ankündigung von Lehrgängen „vor Ort“ wurden in Zusammenhang mit einem Sponsor Ankündigungspakete im Format DIN A2 geschaffen.

Rechts: Für die Werbung zur Teilnahme an HLW-Lehrgängen schuf die DLRG Aufkleber.



# DLRG

WASSERRETTUNG SEIT 1913

## HERZ-LUNGEN- WIEDERBELEBUNG



Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V.

sandkostenanteil von DM —,10 berechnet, Best.-Nr. 6050.

**Broschüre** „Jeder kann helfen“, Format wie DLRG-Faltblattserie (10 x 20 cm), 12 Seiten Umfang, Preis: EK —,20, VK —,30, (Sonderverkaufsmaterial Gruppe 3), Best.-Nr. 8195.

**Urkunde** für den Lehrgangsteilnehmer, Format wie DLRG-Lehrschein, Preis: EK —,49, VK —,70 (Rabattgruppe 2), Best.-Nr. 2000.

**Aufkleber** HLW, 10 cm Durchmesser, Preis: EK —,20, VK —,50 (Sonderverkaufsmaterial Gruppe 3), Best.-Nr. 6815.

In Vorbereitung sind weiter spezielle Anleitungen für den Ausbilder sowie Video- und Diavorträge zur HLW.

Weiterhin können den Lehrgangsteilnehmern folgende Materialien angeboten werden:

- Lifeway-Beatmungshilfe  
Best.-Nr. 9740  
Preis: 27,—/32,—
- Taschenmaske 27,—/32,—
- Taschenmaske Laerdal mit Einwegeventil komplett  
Best.-Nr. 9741  
Preis: 14,50/19,50
- Ersatzventil zur Taschenmaske einzeln  
Best.-Nr. 9738  
Preis: 5,60/7,—

Bei diesen Artikeln handelt es sich um Sonderverkaufsmaterial Gruppe II.

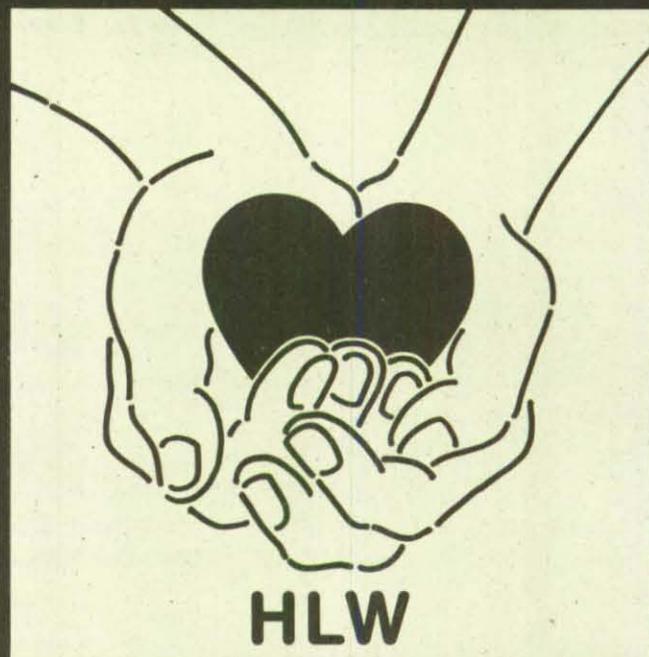
### Was kostet ein HLW-Lehrgang?

Die Bürger sollten eine Mark für die Broschüre und den Teilnehmerschein bezahlen. Lediglich der Gliederung entstehend, sollten den Teilnehmern weite-

Links: Jeder Teilnehmer an einem DLRG-HLW-Lehrgang erhält einen Teilnehmerschein mit späterer Verlängerungsmöglichkeit.

Rechts: Broschüre mit Anleitungen zur HLW für Lehrgangsteilnehmer

# Herz-Lungen- Wiederbelebung



Jeder kann helfen!

# DLRG

re Kosten nur im Ausnahmefall aufgebürdet werden.

### Wer kann Ausbilder sein?

Alle Lehrscheininhaber der DLRG können im Auftrag ihrer Gliederung nach einer entsprechenden Einführung in die HLW-Ausbildungsarbeit für Laien eingesetzt werden.

### Weitere Hinweise und Empfehlungen

In jedem Fall sollte eng mit den örtlichen DLRG-Ärzten zusammengearbeitet werden. Es empfiehlt sich auch eine enge Zusammenarbeit mit benachbarten Gliederungen, denn die Übungspuppen müssen im ausreichenden Maß zur Verfügung stehen (eine Puppe für etwa vier bis sechs Teilnehmer).

### Wer sollte angesprochen werden?

Grundsätzlich jeder Bürger; es empfiehlt sich aber für den Anfang ein Teilnehmerkreis, der „prädestiniert“ ist:

- Polizei
- Feuerwehr
- Schüler der Abschlußklassen
- Angehörige von Risikopatienten (Teilnehmer an Koronarsportgruppen)

### Nach welchen Richtlinien wird die HLW gelehrt?

Es gelten für jede HLW-Ausbildung in der DLRG die neuesten Richtlinien der American Heart Association.

Weitere Informationen dazu erteilt gern das DLRG-Präsidium.

# Presseschau des Inlands

## Schrader: 160 Millionen Mark Schaden durch Tschernobyl

Durch die Folgen der Reaktorkatastrophe im sowjetischen Tschernobyl hat die Lebensmittelindustrie und der Lebensmittelhandel in der Bundesrepublik einen Schaden von mehr als 160 Millionen Mark erlitten. Hinzu kämen fast 300 Millionen Mark Entschädigung, die von der Öffentlichen Hand an die Gemüsebauern als Ersatz für nicht verwertbare, radioaktiv belastete Produkte bezahlt worden seien, schrieb der Vorsitzende der Geschäftsführung der Deutschen Unilever GmbH, Jürgen Schrader, in der Zeitschrift des Markenverbandes in Wiesbaden. Nach Schraders Angaben belief sich der „Tschernobyl-Schaden“ im Lebensmittelhandel auf rund 100 Millionen Mark, bei der Industrie auf zwischen 60 und 70 Millionen Mark. (Aus: Süddeutsche Zeitung)

## Katastrophen- oder Notfallmedizin? — Con oder contra?

### Betrachtungen eines Außenseiters

Kann ein Arzt in diesem Zusammenhang überhaupt ein „Außenseiter“ sein? Ist nicht vielmehr jeder von uns in die allgemeine Diskussion um die Fragen zu dieser Thematik eingeschlossen; ob er will oder nicht? Einem Kinderarzt sei gestattet, sich einmal auf den Standpunkt eines Außenstehenden zu stellen und die Szene zu beschreiben, die sich dem unbefangenen Zuschauer bietet. Wie stellt sich das Geschehen dar?

Da streiten sich Gegner und Befürworter einer Regelung der ärztlichen Kompetenz und Verantwortung im Katastrophenfall. Von der einen Seite wird behauptet, Ärzte, die sich engagiert für Ausbildung, Organisation und Logistik medizinischer Hilfe in solchen Extremsituationen einsetzen, betrieben das Geschäft der Vorbereitung des atomaren

Krieges. Auch wird ihnen vorgeworfen, mit der „Triage“ ein unmenschliches Selektionswerkzeug anzuwenden, das der bevorzugten Behandlung für die Gesellschaft besonders „nützlicher“ Patienten dienen solle. Die andere Seite hält entgegen, daß die medizinische Hilfe bei Katastrophen in unserem Lande unzureichend vorbereitet sei. Sie weist auf Ereignisse wie die Flutkatastrophe 1962 in Hamburg und andere Situationen hin, für die es Pläne zu ihrer Bewältigung geben müsse.

In diesem Meinungsstreit wird die Definition einer Katastrophe inhaltlich dem Belieben nach zwischen den Extremen des atomaren Krieges und dem „banalen“ Auffahrunfall auf unseren Autobahnen hin- und hergeschoben. Das verleitet die Befürworter dazu, Katastrophenmedizin nicht als „Friedensmedizin“ zu bezeichnen. Ihre Gegner schließen daraus klar, daß es sich dann um „Kriegsmedizin“ handeln müsse und verweigern strikt die Mitarbeit. Sie stellen die allgemeine Notfallmedizin in den Vordergrund und sind der Ansicht, daß mit deren Ausbau und richtigem Einsatz eine Katastrophenmedizin überflüssig sei, wie sie von ihren Befürwortern vorgeschlagen wird.

Dem neutralen Beobachter sei erlaubt, an dieser Stelle innezuhalten und die Beschreibung der Szenerie zu beenden. Jeder von uns kann sie auf entsprechenden Kongressen und Tagungen täglich wieder erleben. Ihn beschleicht als Kinderarzt Unbehagen, wenn er im Hinblick auf die Triage an die Situation von verletzten Kindern in Katastrophenfällen denkt: Dürfen sie mit gleicher Berechtigung in gleicher Priorität behandelt werden wie Erwachsene — auch in der Extremsituation eines Krieges?

Er erinnert sich daran, wie er als Medizinstudent im letzten Semester nachts auf einer Kreuzung vor acht Schwerverletzten aus einem Zusammenstoß zweier Autos stand, allein, nur mit einer Infusionsflasche und seinem Erste-Hilfe-Kursus der Johanniter-Unfallhilfe „ausgestattet“. Die Situation wies alle Merkmale einer Katastrophe auf: Viele Menschen betroffen, Mißverhältnis zwischen Bedarf und Angebot medizinischer Hilfe, keine „Infrastruktur medizinischer Versorgung“ am Unfallort, keine Ahnung, wo zu telefonieren sei, kein Licht usw. Damals schwor er sich, daß er niemals wieder einer solchen „Katastrophe“ hilflos gegenüberstehen wolle. Aber han-

delt es sich in Wirklichkeit vielleicht gar nicht um eine Katastrophe?

Ganz offensichtlich ist eine Katastrophe nicht allein durch die Menge betroffener Menschen charakterisiert. Am Orte des Geschehens ist es den Beteiligten auch völlig gleichgültig, ob ihnen „notfall-“ oder „katastrophenmedizinisch“ geholfen wird. Sie kümmern sich nicht darum, ob der Helfer Uniform, Straßenanzug, roten Overall oder weißen Kittel trägt. Das konnte der Beobachter als Helfer während der Flutkatastrophe 1962 in Hamburg nur zu oft beobachten. Die Not einigte die Menschen.

Deshalb ist Katastrophenmedizin weder Kriegs- noch Friedensmedizin. Sie ist Medizin schlechthin! Medizin, die neben der normalen Ausbildung zusätzliche Kenntnisse benötigt — auch z. B. solche von den Unfallfolgen mit radioaktiver Strahlung. Die Teilnahme an ärztlicher Fortbildung in „extremer Notfallmedizin“ stempelt niemanden zum „Kriegstreiber“ (so dem Autor geschehen).

Ebensowenig verhindert die Verweigerungshaltung einen möglichen Krieg oder Mißbrauch politischer Macht, sie führt nur zum Schaden für die Opfer ziviler Katastrophen.

Im extremen Notfall, verbunden mit der Aufhebung jeder öffentlichen Ordnung, ist die Wiederherstellung geregelter Handlungsabläufe oberstes Gebot. Darin erfahren ist natürlich besonders das Militär oder die Polizei. Daß sie sich um diese Belange richtig geplant zu kümmern haben, scheint dem Beobachter nur vernünftig.

Der Streit beider Gruppen um Katastrophenmedizin an sich ist absurd. Dem Arzt obliegt Hilfe in allen Notlagen menschlichen Lebens, Hilfe für den Säugling, den Greis, den Soldaten und die junge Frau. Dieser Aufgabe ist er uneingeschränkt verpflichtet, gleich in welcher Situation er sich befindet.

Training und Kenntnisse sind notwendig. Sie sollten von denjenigen vermittelt werden, die erfahren sind, ob leitender Notarzt, Einsatzleiter der Feuerwehr oder erfahrener Offizier von Polizei oder Militär. Ob es dazu jedoch sogenannter „Lehrgänge in Wehr- und Katastrophenmedizin“ bedarf, wie sie jetzt in manchen Universitäten Deutschlands angeboten werden, muß wohl dahingestellt bleiben.

(Prof. Dr. P. Lemburg, Düsseldorf, in „Notfallmedizin“)

# Presseschau des Auslands

## Zivilschutz bei Katastrophen

Der Zivilschutz ist als Glied unserer Gesamtverteidigung von Auftrag, Organisation, Ausbildung und Ausrüstung her primär auf die Bedürfnisse des Bevölkerungsschutzes sowie der Rettung gefährdeter Personen in Kriegszeiten ausgerichtet. Bei Katastrophen in Friedenszeiten können die Kantone oder Gemeinden geeignete Teile ihrer Zivilschutzorganisationen zur Verstärkung bzw. Ablösung der Notfalldienste der 1. Staffel (Feuerwehr, Polizei, Spital) anbieten. Wegen des Milizcharakters des Zivilschutzes (keine Pikettorganisation in Friedenszeiten) verstreicht bis zum Eingreifen einige Zeit (je nach Situation mehrere Stunden bis wenige Tage).

Aufgrund der Ereignisse von Tschernobyl und Schweizerhalle wird nun die dauernde Funktionsbereitschaft der Alarmsirenen sowie die kurzfristige Bezugsbereitschaft der Schutzräume bereits in Friedenszeiten gefordert; beide Ansprüche decken sich nicht mit der geltenden Konzeption. Ohne eine gewisse Professionalisierung und neue gesetzliche Grundlagen (Einschränkung der Friedensnutzung der Schutzräume) lassen sie sich nicht erfüllen.

Unsere Nachbarländer beneiden uns um unseren Zivilschutz, ohne den eine glaubwürdige Verteidigungskonzeption nicht denkbar ist. Die Konzeption des Zivilschutzes ermöglicht innerhalb gewisser Grenzen die Anpassung an neue Erfordernisse. Jedoch wird sich der Zivilschutz als große Miliz-Nothilfeorganisation für nationale und regionale Bedrohungen und Schadenlagen stets wesentlich von professionellen und halbprofessionellen Notfalldiensten unterscheiden (...).

(Leserbrief in „Weltwoche“, Zürich)

## Das „rote Telefon“ ist in der Bundeswarnzentrale

Im Frühsommer ... wird (im neuen Bundesgebäude des österreichischen Zivilschutzverbandes) ... auch die Bundeswarnzentrale zu arbeiten beginnen.

Rund um die Uhr wird dieses „rote Telefon“ besetzt sein. Ein Service für alle Einsatzorganisationen und eine Anlaufstelle für andere Staaten bei atomaren Störfällen. Neben der Hauptaufgabe der Warnung und Alarmierung hat die Bundeswarnzentrale vor allem auch die Funktion einer Schaltstelle für die überregionale Katastrophenhilfe zu erfüllen.

Die Bundeswarnzentrale wird ... mit einer EDV-gesteuerten Einsatzmitteldatei ausgestattet sein, die von allen Einsatzorganisationen rund um die Uhr angesprochen werden kann. Dabei soll ... angefragt werden können, wo es für den Einsatz in Katastrophenfällen notwendige Spezialgeräte gibt, die am Einsatzort nicht vorhanden sind.

Durch das Naheverhältnis zur Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit wird auch diese als Informationsstelle für Meldungen von Gendarmerie und Polizei, was Katastrophenfälle betrifft, mitbenutzt. Zweimal jährlich werden alle Daten über die verfügbaren Einsatzmittel ergänzt und aktualisiert. Über den neuesten Stand werden dann Ausdrücke über das Einsatzmittelreservoir an die entsprechenden Einsatzorganisationen weitergeleitet. Herangezogen werden auch die Meldekanäle der Hilfsorganisationen und Länder sowie der Sicherheitsdienststellen und -behörden.

In die Bundeswarnzentrale sind auch der Flugrettungsdienst mit seiner neuen Suchsonde für Lawinenkatastrophen sowie die ÖBB miteingebunden.

Für die zentrale Sirenenauslösung soll ein „Display“ installiert werden, auf dem die Sirenenauslösung bis auf Bezirksebene ersichtlich ist. Eine Ringleitung (Konferenzschaltung) wird die Verbindung der Bundeswarnzentrale zu den Landeswarnzentralen der Bundesländer herstellen. Dabei können alle betroffenen Länder bei Alarmierung in kritischen Fällen mithören.

Laut den Beratungen bei der ... Landeshauptleutenkonferenz ... soll es noch vor dem Sommer zu einem Staatsvertrag Bund-Länder gemäß Artikel 15 a der Bundesverfassung über eine Beteiligung der Länder an der Finanzierung des Endausbaus des Warn- und Alarmsystems in ganz Österreich kommen. Seit 1. Januar 1987 stehen nunmehr jährlich hierfür 50 Mio. S aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung.

Bei überregionalen Katastrophen sind noch weitere rechtliche Voraussetzungen für den Hilfeinsatz zu schaffen. Obwohl der Katastrophenschutz Landessache ist, liegt z. B. bei Hochwasser im Inland, wenn es die Grenze eines Bundeslandes überschreitet, aber seine Ursache im Ausland hat, die Zuständig-

keit beim Innenministerium, weil es als einziger Kontakt mit dem Ausland aufzunehmen berechtigt ist. Ein entsprechendes Gesetz soll noch im Frühjahr 1987 in Begutachtung gehen und Verfassungsrang erhalten.

Die Internationale Atomenergie-Organisation hat ... mit ihrem multilateralen Vertrag zwar die Grundlage für ein Frühwarnsystem bei atomaren Störfällen geschaffen. Darüber hinaus ist die Bundesregierung aber dabei, Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung vor allem mit den Nachbarstaaten — derzeit gibt es Verhandlungen mit der BRD und der Schweiz — zu schließen. Die Bundeswarnzentrale ist eine Ansprechstelle, ob bei Waldbränden in Jugoslawien oder im Fall eines AKW-Störfalles in der CSSR. (Zivilschutz, Österreich)

## Arbeitsgruppe eingesetzt

Gemäß Artikel 19 der Zivilschutzverordnung können die Kantone und Gemeinden den örtlichen Schutzorganisationen im aktiven Dienst Aufgaben der Ortsfeuerwehren übertragen. Diese Übertragung muß bereits in Friedenszeiten vorerst im Kanton und anschließend in der Gemeinde zwischen den Organen des Zivilschutzes und der Feuerwehr im Detail abgesprochen werden.

Auf Anregung des Schweizerischen Feuerwehrverbandes (SFV) hat sich das BZS zur Ausarbeitung gemeinsamer Empfehlungen in dieser Sache bereits erklärt. Für die Ausarbeitung dieser Empfehlungen wurde eine Arbeitsgruppe BZS/SFV eingesetzt, in welcher die kantonalen Ämter für Zivilschutz vertreten sind.

Diese Arbeitsgruppe hat den Auftrag, vorerst Reihenfolge, Zielsetzungen und Arbeits- sowie Stoffprogramme der auf den Stufen Kanton und Gemeinde zu empfehlenden Rapporte, Kurse und Übungen vorzuschlagen und hierauf Detailunterlagen für diese Veranstaltungen bereitzustellen. Dabei ist soweit möglich auf bereits vorhandene Unterlagen des Zivilschutzes und der Feuerwehr abzustellen. Die vorerwähnten Unterlagen sollen anfangs 1989 in Deutsch, Französisch und Italienisch verfügbar sein.

Hinsichtlich der Aufgaben der Stützpunktfeuerwehren ist die Arbeitsgruppe angewiesen, vom Vorhandensein eines auch im aktiven Dienst durch die Feuerwehrinstanzen sicherzustellenden Stützpunktdispositivs auszugehen. Diese Rahmenbedingung wird durch ein Schreiben des Schweizerischen Feuerwehrverbandes an die kantonalen Feuerwehrinstanzen unterstrichen.

(Zivilschutz, Schweiz)

# Wissenschaft & Technik

## Vielseitiges Schwerschaum-Wasserstrahlrohr

Für den Einsatz auf Flughäfen entwickelt wurde ein jetzt in Serie gefertigtes Schwerschaum-Wasserstrahlrohr. Beim Retten von Insassen aus einem brennenden und mit Schaum gelöschten Flugzeug ist die Gefahr der Rückzündung so groß, daß schon Schrittspuren im Schaumteppich den Brand neu entfachen können. Um diese Gefahr wirkungsvoll und sofort zu meistern, müssen die Spuren mit neuem Schaum gesichert werden.

Eine zweite Einsatzmöglichkeit ist bei Massenkarambolagen von brennenden Fahrzeugen gegeben. Vorteilhaft sind die verschiedenen Funktionen des Strahlrohrs. So läßt es sich sowohl beim Einsatz von Protein-Schaum von Nahsprühstrahl auf Weit-Vollstrahl als auch beim Verwenden von Wasser von Sprühstrahl auf Vollstrahl stufenlos umstellen.

Dabei ergeben sich in Schaltstellung Sprühstrahl 4,5 m<sup>3</sup>/min Schaummenge und 4 m Wurfweite sowie in Schaltstellung Vollstrahl 2 m<sup>3</sup>/min Schaummenge und 15 m Wurfweite. Verwendet man Löschwasser, liegen die Werte bei 400 l/min und 10 m Wurfweite (Sprühstrahl) und bei 300 l/min und 20 m Wurfweite (Vollstrahl).

Das isolierte und mit Stützkrümmer versehene Strahlrohr ist für den Schlauch-

anschluß mit einer C-Festkupplung versehen. In Rohrmittle befindet sich ein Kugelabsperrhahn mit Drehgriff zum Öffnen und Schließen sowie einer Seitenmarkierung für die Kugelhahnstellung. Durch Verstellen um 90° wird der vorn am Rohr aufgeschraubte Düsenkopf gesteuert.

Im Schaumkopf, der sich über einen Spannverschluß abnehmen läßt, stecken zwei nach außen gewölbte Siebe mit unterschiedlicher Maschenweite. Eine Schulterstütze dient der besseren Handhabung. Alle Metallteile sind weitgehend isoliert, um dem Feuerwehrmann einen wirksamen Kälteschutz zu bieten. (Foto: Krupp)

## Clinoboxen im Einsatz

Clinoboxen erlauben sterile Behandlungen in klimatisierten Räumen. Zwar sind diese containerisierten Einrichtungen teurer als Zeltstationen, aber in ihnen können die medizinischen Einrichtungen sicher geschützt transportiert werden, während die Einrichtungen, getrennt von Zelten transportiert, leicht Schaden nahmen und durch äußere Einwirkungen unbrauchbar wurden.

Die Idee, Clinoboxen zu entwickeln, wurde vom Internationalen Roten Kreuz in Genf vor vielen Jahren an den Hersteller in Langenfeld/Rheinland herangebracht. In über 30jähriger Tätigkeit hat das Unternehmen ein System mobiler und transportabler medizinischer Versorgungseinheiten entwickelt und diese fahrbaren Kliniken inzwischen in 25 Ländern der Erde exportiert.

Erst kürzlich konnten wieder mehrere Clinoboxen in ein afrikanisches Land geliefert werden. Bei diesen containerisierten Anlagen handelt es sich jeweils um einen Operationsraum mit abgeschlossenen Räumen zum Röntgen, für die Untersuchung, für ein Labor und die Dentalbehandlung. Eine Gruppe von vier

Clinoboxen wird untereinander zu einem kleinen Feldlazarett verbunden.

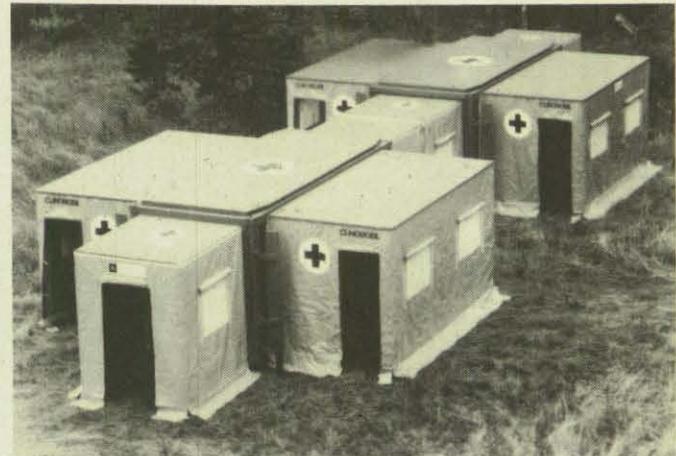
Clinoboxen bilden eine Alternative zwischen dem veralteten System der Zeltlazarette und den auf Fahrgestellen fest installierten mobilen Lazaretten, weil bei ihrer Standortverlagerung vorhandene Fahrzeuge — gleich, welchen Fabrikats — genutzt werden können. Auf die Anschaffungskosten für das Fahrgestell kann dadurch oftmals verzichtet werden. (Foto: Clinomobil)

## Undichtigkeiten schnell festgestellt

Ein Hersteller von Atemschutzgeräten und Chemikalienschutzanzügen stellt ein neues Lecksuchspray zum Auffinden



von undichten Stellen an diesen Ausrüstungen vor. Das Spray ist leicht anzuwenden und zeigt sofortige Wirkung. Selbst kleinste Undichtigkeiten werden durch gut sichtbare Blasenbildung an der undichten Stelle angezeigt. Das neue Lecksuchspray ist hautverträglich und formaldehydfrei. (Foto: Interspiro)



# Neue Bücher

## Fragensammlung für den Rettungsdienst

Verlag Hoffmann-Druck KG,  
8900 Augsburg 41

Die Fragensammlung stellt zu allen Wissensgebieten, die für den im Rettungsdienst Tätigen unentbehrlich sind, ausgewählte Fragen vor. Darüber hinaus können auch Angehörige anderer medizinischer Assistenzberufe ihr Wissen anhand dieser Fragen überprüfen.

Mit der Fragensammlung soll dem angehenden Rettungssanitäter während des Erlernens des Stoffes die Möglichkeit gegeben werden, seinen Lernerfolg fortlaufend zu überprüfen. Auch der bereits ausgebildete Rettungssanitäter muß sich ständig weiterbilden und kann seinen Lerngewinn anhand der Fragen kontrollieren.

Die Gliederung der Fragensammlung lehnt sich an das „Lehrbuch für den Rettungssanitäter“ (Herausgeber: BRK-Präsidium) an, das den für den Rettungssanitäter erforderlichen Wissensstoff umfassend darstellt. Zu jedem Kapitel dieses Buches wurden Fragen erstellt. Bei manchen Kapiteln wurden die Fragen in mehrere Gruppen aufgeteilt, insbesondere bei den Kapiteln, die zugleich anatomisch-physiologische und Notfallmedizinische Kenntnisse enthalten, damit der Lernende bereits nach kleineren Lernschriften sein Wissen testen kann.

## Vom Notfall bis zur Rehabilitation

Herausgegeben vom Präsidium des Bayerischen Roten Kreuzes  
Verlag Hoffmann-Druck KG,  
8900 Augsburg 41

Der 1. Fachkongreß des Arbeitskreises Medizinische Assistenzberufe des Bayerischen Roten Kreuzes stand unter dem

Motto „Medizinische Assistenzberufe helfen heilen — Vom Notfall bis zur Rehabilitation“. Über 1 000 Personen aus der Schweiz, Österreich, Lichtenstein und der gesamten Bundesrepublik Deutschland nahmen daran teil.

Mit der vorliegenden Broschüre werden die dort gehaltenen Vorträge veröffentlicht. Die Themenpalette der Referate reicht von der Unfallchirurgie über die Desinfektion und die Triage bis zur Rehabilitation Behinderter und Kranker.

Das Bayerische Rote Kreuz legt damit eine Dokumentation vor, die allen medizinischen Assistenzberufen für ihren Wirkungsbereich hilfreich sein soll.

## Das Taktikschema — Merkblätter zur Feuerwehr-Einsatzlehre

2. Auflage  
Von Heinrich Schläfer  
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Die Lösung taktischer Probleme ist dem Feuerwehrführer nur durch eine entsprechende Schulung in der Einsatzlehre möglich. Die vorliegende Veröffentlichung soll ein Hilfsmittel bei der Ausbildung der Gruppen- und Zugführer sein, sie dient als Arbeitsunterlage bei Planübungen sowie zur Vor- und Nachbereitung von Einsatzübungen.

Die einzelnen Phasen des für die Lösung taktischer Aufgaben bewährten Denk- und Handlungsablaufs werden anschaulich beschrieben und durch zugehörige Merkblätter verdeutlicht. Das „Regelungstechnische Blockschema eines Feuerwehr-Einsatzes: Taktikschema“ wird ebenso erläutert wie die Grundbegriffe der Führungsorganisation. Da die Gruppen- und Zugführer auch mit Aufgaben der Technischen Einsatzleitung betraut werden können, schließt sich ein kurzer Abriß über Aufgaben und Organisation einer TEL an.

## Die Roten Hefte

Lehrschriften für den Feuerwehrmann  
Verlag W. Kohlhammer,  
7000 Stuttgart 80

Die Hefte der Schriftenreihe, die über 50 Titel umfaßt, werden ständig überarbeitet, um den vielfältigen Aufgaben der Feuerwehr gerecht zu werden. Auch in den vorliegenden Neuerscheinungen wurden alle neuen Erkenntnisse berück-

sichtigt, um den jeweiligen Themenbereich auf den aktuellen technischen Stand zu bringen.

Lutz Rieck  
Feuerlöscharmaturen  
Band 6, 9. Auflage

Jürgen Kallenbach  
Arbeitsschutz und Unfallverhütung bei den Feuerwehren  
Band 17, 6. Auflage

Eckbert Zylmann  
Erste Hilfe im Feuerwehrdienst  
Band 19, 7. Auflage

Georg Zimmermann  
Tiefbau- und Silo-Unfälle  
Band 51, 2. Auflage

Döbbemann/Jensen  
Retten und Selbstretten aus Höhen und Tiefen  
Band 54, 2. Auflage

## Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Zivilschutz und Zivilverteidigung  
Handbücherei für die Praxis  
20. Ergänzungslieferung  
(Januar 1987)  
Herausgeber:  
Ministerialdirektor a. D. Kirchner,  
Ministerialdirigent Merk  
und Regierungsdirektor Beßlich  
Verlag W. Jüngling, 8047 Karlsfeld

Mit der 20. Ergänzungslieferung wird Teil O „Energiesicherung“ aktualisiert und damit der Bereich „Sicherstellung der Versorgung“ innerhalb der Loseblattsammlung auf den neuesten Stand gebracht.

In den Jahren 1973 und 1975 wurden Sondergesetze zur Sicherung der Energieversorgung erlassen, die jeweils auf fünf Jahre befristet waren. Diese Energiesicherung wurde seinerzeit in einem besonderen Teil O behandelt. Inzwischen ergaben sich mehrere Veränderungen.

Auf Grund dieser Entwicklung wurde der Teil O neu gestaltet und das Nebeneinander von Vorschriften zur Energiesicherung in Versorgungskrisen (Energiesicherungsgesetz) und für Verteidigungszwecke (Wirtschaftsicherstellungsgesetz) übersichtlich dargestellt.

Günter Lämmel

## Das Minimagazin

# Anlagen und Geräte des Katastrophenschutzes

(Bundesausstattung)

## Heißwasser-Hochdruckreiniger Typ HDS 100 II

### Allgemeines

Zur **ABC-Spür- und Dekontaminationsausstattung, Ergänzungsausstattung, verlastbar auf Lkw 5 t**, Pl.-Nr. 4230-00216, gehört u. a. ein HDS 100 II mit folgendem Zubehör:

- Handspritzpistole mit Strahlrohr und HD-Düse 25°
- Hochdruckschlauch
- Ansaugschlauch
- 2 Stück Chemikalienbehälter 20 l
- Kalkstabilisator für den Verkalkungsschutz
- Reinigungsmittel, alkalisch und mild alkalisch
- Dichtungssatz

### Einsatzbereich (taktische Grundforderung)

Entfernung von radioaktivem Staub und verdickten, fest anhaftenden chemischen Kampfstoffen bei der Dekontamination von Fahrzeugen, Geräten und Materialien. Es hat sich gezeigt, daß die Entfernung solcher Verunreinigungen günstig bei einem Druck von 50–80 bar durchgeführt werden kann, wobei der Auftreffwinkel des Sprühstrahls für die Effektivität des Spachtel-effekts von großer Wichtigkeit ist.

Die Möglichkeit, dem Reinigungswasser oberflächenaktive Stoffe beizumischen, erweist sich als vorteilhaft, weil durch Unterwanderung der Verunreinigungen deren besseres Abheben ermöglicht wird.

Die Temperatur des Reinigungswassers sollte für diesen Einsatzbereich bei 50–80°C liegen. Eine verfügbare Wassermenge wird mit max. 1000 l/h als ausreichend angesehen.

Für den Strom- und Wasseranschluß ist der HDS 100 II so ausgelegt worden, daß er an öffentliche Versorgungsnetze angeschlossen werden kann. Bei unabhängigem Betrieb arbeitet der HDS 100 II für die

Wasserversorgung im Ansaugverfahren. Die Stromversorgung erfolgt über ein Stromerzeugeraggregat.

### Technische Daten

Wasserspritzmenge stufenlos regelbar	500–1 100 l/h
Betriebsdruck mit Standarddüse stufenlos regelbar	22–130 bar
Dampf (mit Dampfdüse)	15 bar
Chemikalienansaugung	0–60 l/h
Temperatur stufenlos bis max.	150°C
max. Energieverbrauch Heizöl EL	10,2 l/h
Wärmemenge im Wasser max.	87 kW
Stromart	380 Volt, 50 Hz
Nennstromaufnahme max.	5,5 kW
Abmessungen:	
Länge	1 250 mm
Breite	705 mm
Höhe	1 055 mm
Füllmengen:	
Brennstofftank (eingebaut)	40 l
Chemikalienbehälter (herausnehmbar)	2×20 l
Wasserinhalt der Heizschlange	6,1 l
Leergewicht des Gerätes	180 kg

### Allgemeine sicherheitstechnische Hinweise für den Betrieb des HDS 100 II

Prüfdruck und Ausführung entsprechen der Dampfkesselverordnung.

Für den Betrieb des Gerätes in der Bundesrepublik Deutschland gelten die „Richtlinien für Flüssigkeitsstrahler“, herausgegeben vom Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften.

Hochdruckstrahler müssen nach den „Richtlinien für Flüssigkeitsstrahler“ — Abs. 6.1 — mindestens alle 12 Monate von einem Sachkundigen geprüft werden und das Ergebnis der Prüfung schriftlich festgehalten werden. Im Anhang der Bedienungsanleitung befindet sich ein Prüfblatt zur Eintragung des Prüfergebnisses. In den KatS-ZW sind ausgebildete Mitarbeiter, die als Sachkundige die vorgeschriebene Prüfung durchführen können.

Der Wasserinhalt des Gerätes beträgt weniger als 10 l. Das Gerät ist deshalb kesselseitig frei von Aufstellungsvorschriften. Beim Arbeiten mit Temperaturen von über 100°C und unbeaufsichtigtem Betrieb muß der Brenner mit einer Flammenüberwachung ausgerüstet werden. Die örtlichen baupolizeilichen Vorschriften sind zu beachten!

Die Heizeinrichtung ist eine Feuerungsanlage, die nach der ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes jährlich einmal durch den zuständigen Bezirksschornsteinfeger auf Einhaltung der Auswurfbegrenzungswerte überprüft werden muß. Die Messung muß der Betreiber des Hochdruckreinigers veranlassen.

Beim Betrieb der Geräte in Räumen ist eine gefahrlose Ableitung der Rauchgase zu gewährleisten (Rauchgasrohr mit Zugunterbrechung). Auch ist Sorge dafür zu tragen, daß eine genügende Belüftung vorhanden ist (Verbrennungsluft).

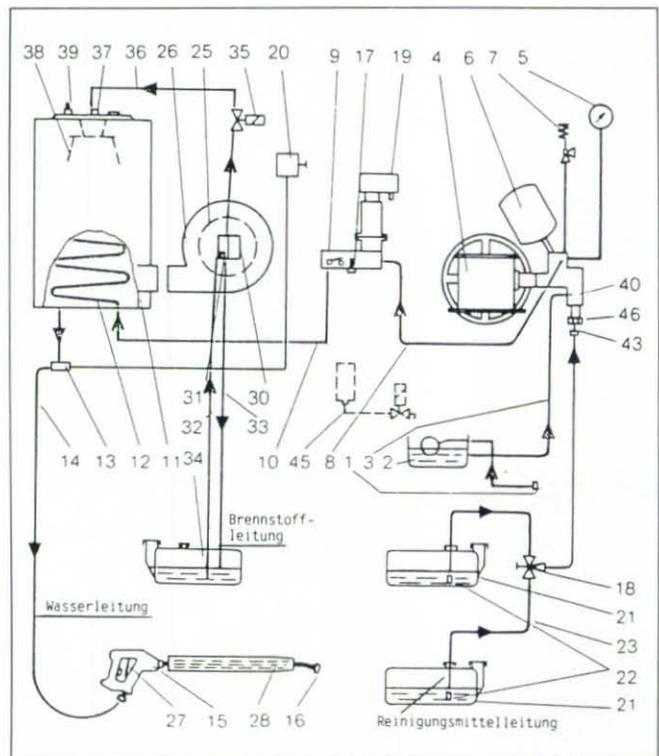
Vor Abschwenken der Haube Netzstecker ziehen. Überprüfung der Elektroteile von einem Fachmann durchführen lassen.

Das Gerätehandbuch sollte unbedingt dem Bedienungspersonal zur Verfügung gestellt werden, damit die zur richtigen Handhabung des Gerätes notwendige Information vorhanden ist.



Positionstafel zum Geräteschema (rechts)

- 1 Wasseranschluß, 2 Schwimmventil, 3 Saugschlauch, 4 Wasserpumpe, 5 Manometer, 6 Schwingungsdämpfer, 7 Sicherheitsventil, 8 Druckschlauch, 9 Wassermangelsicherung, 10 Speiseleitung, 11 Durchlauferhitzer, 12 Heizschlange, 13 Knotenstück, 14 Hochdruckschlauch, 15 Handspritzpistole, 16 Düse, 17 Sieb, 18 Reinigungsmittel-Dosierventil, 19 Druckschalter, 20 Temperaturregler, 21 Reinigungsmittelbehälter, 22 Reinigungsmittelfilter, 23 Reinigungsmittelsaugschlauch, 25 Motor, 26 Gebläse, 27 Hebel, 28 Strahlrohr, 29 Elektroschrank, 30 Brennstoffpumpe, 31 Brennstofffilter, 32 Saugleitung, 33 Rücklaufleitung, 34 Brennstofftank, 35 Brennstoffmagnetventil, 36 Brennstoffschlauch, 37 Brennerdüse, 38 Brenner, 39 Zündelektroden, 40 Saugschlauchanschluß, 41 Saugschlauch (extern), 42 Haubenhalterung, 43 Rückschlagventil, 44 Geräteschalter, 45 Wasserenthärter, 46 Reguliereinrichtung, 47 Wasserschlauch



## ABC-Zug: erkunden und dekontaminieren



ABC-Erkundung und Dekontamination – dies sind die beiden Hauptaufgaben des ABC-Zuges, dem auch bei friedensmäßigen Einsätzen eine immer größer werdende Bedeutung beigemessen wird. Über die Ausbildung der Helfer im ABC-Dienst und über ihre Aufgaben innerhalb der taktischen Einheit, des Zuges, wird im Innenteil dieser Ausgabe berichtet.

Am Beispiel des „Ausbildungslehrgangs für Gruppenführeranwärter des ABC-Dienstes“ in der Katastrophenschutzschule Nordrhein-Westfalen in Wesel wird beschrieben, wie die Helfer eingewiesen werden in den Aufbau und in die Handhabung z. B. der Heißwasser-Dekontaminations-Anlage (HDA), des Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeugs (DMF) und der Dekontaminations-Stellen für Personen (P) und Geräte (G).